

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Intention-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 1. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Duma und „Kadetten“.

II.

Im Rausche des Sieges, fortgerissen von den revolutionären Phrasen während der Wahlkampagne, inmitten revolutionärer Wähler gingen die Kadetten zu weit. Sie merkten nicht, daß hinter ihrem Rücken eine neue Macht erwuchs, die sie in den Kampf stieß. Sie übersahen vollständig, daß der von ihnen errungene Sieg gar nicht ihr Sieg war, daß sie vielmehr die Besiegten waren.

Auf einen solchen Sieg waren die Liberalen nicht gefaßt. Er übertraf alle ihre Erwartungen. Die Hälfte der Mitglieder der Duma gehört zu ihrer Partei, die andere Hälfte besteht aus den verbündeten Bauern — eine erdrückende Majorität. Allein, wie erwähnt, sie waren nicht darauf vorbereitet. Nachdem der erste Siegestaumel sich gelegt hatte, und sie sich der Wirklichkeit Auge in Auge gegenüber sahen, zeigte es sich, daß die Lage durchaus nicht so erfreulich war, wie es im ersten Rausch der Wahlsiege erschien. Die Partei sah sich als Waffe in der Hand von jemandem hinter ihrem Rücken, und schon auf dem Parteitag zeigte es sich, daß in ihre Mitte ein fremder, seinem Wesen nach feindlicher Geist eingedrungen war. Der Sieg, den die Kadetten so gefeiert hatten, erschien schon nicht mehr als Parteisieg, und die von der Partei der Volksfreiheit errungenen Mandate erwiesen sich schon nicht mehr als gewöhnliche Mandate, sondern als solche mit einer besonderen Mission, hinter der ein kategorischer Imperativ stand. Die Kadetten fühlten sich durch irgend etwas gebunden; sie fühlten, daß eine kolossale, ihnen unverständliche Gewalt sie stößt und treibt, und sie griffen krampfhaft nach den Stützpunkten der Wohlgesinntheit und Loyalität, um nicht rettungslos in den Abgrund zu stürzen, dem ihr Schicksal sie entgegentrieb. . . . Zu spät begriffen sie, wer sie in das Parlament geschickt hat, wer ihnen das Mandat mit dem kategorischen Imperativ gegeben und ihnen die Rolle aufgedrängt hat, die sie mehr als alles fürchteten, und gegen die sie sich aus allen Kräften gewehrt hatten: die russische Revolution, die sie ausgesandt hatte, um ihr den Weg zu ebnen — die russische Nation, die die Kadetten als Mauerbrecher, als Sturmbock benutzte, um die neue Bresche in die Mauer des Absolutismus zu schlagen, deren Stärke sie dann nicht mehr mit Hilfe der Kadetten, sondern der breiten Volksmacht im Sturm nehmen wird.

Und obendrein mußten auch noch diese Bauerndeputierten da sein, von denen niemand wußte, daß sie so extrem in ihren Forderungen seien! Ein einmütiges Kadettenparlament ohne eine so starke Gruppe der sozialistischen Bauern hätte noch hingehen können; man hätte sich der revolutionären Aufgabe irgendwie entledigt, hätte jede wahre Handlung in einer Blut schöner Reden ertränken können. Und das hätte alles leicht und loyal eingerichtet werden können, zugleich auch schön und effektiv, um so mehr, als die Grundgesetze die Duma von jeder Verantwortlichkeit befreien und ihr von vornherein alle Macht nehmen. Man konnte sich auf Resolutionen und Projekte beschränken, sich im äußersten Falle bis zum Ministerium vordrängen, die konstitutionelle Monarchie befestigen, die Revolution mit kleinen Zugeständnissen beschwichtigen, das Werk der Reformen bis in die Unendlichkeit hinaufziehen und schließlich kein Ziel erreichen und einen bürgerlich-liberalen Parlamentarismus einführen. . . . Ja, wenn nur diese Bauern nicht wären! Widen wir jetzt genauer hin, so werden wir finden, daß die Bauernpartei sich bereits abgehoben hat: sie schmeißt die Bauern immer mehr zusammen und zieht sie zu sich heran. Sie hat sich bereits als sozialistisch erklärt, und sie ist bereits mit der proletarischen Zeitung, in Gestalt des Arbeitslosenkomitees, des 100 000 Köpfe zählenden Petersburger Proletariats in Verbindung getreten.

Die „Parlamentarische Gruppe der Arbeit“, wie sich diese Partei der durch die intelligenten Kreise verdorbenen Bauern nennt, diese revolutionäre Ruschikowskij-Partei besitzt die Kraft des Stieres und die Durchsichtigkeit des Bären, die Ausdauer des Bauern und den Fanatismus der Sektierer. Und diese Bauern gedenken bei jedem Schritte jener, die sie in das Parlament geschickt haben; voll Mißtrauen blicken sie auf die Partei der liberalen Herren, verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit deren Taktik, fühlen hinter sich die Macht der „Schwarzen Erde“, empfinden die Unterdrückung des Millionen zählenden, geknechteten, aber bereits erwachten Volkes; und diese Volksvertreter sprechen es frei und offen aus, daß sie die Abgesandten der Revolution sind. Sie betrachten sich nicht nur als Abgeordnete, sondern als Delegierte, als Parlamentäre einer kriegsführenden Partei, die gekommen sind, ihre letzten Forderungen zu nennen, das Ultimatum zu überbringen.

Und diese Männer werden vor nichts zurückweichen. Bei ihnen fühlt man den Hauch bevorstehender Agrarunruhen und Bauernrevolten, einer altrussischen Schreckenszeit, wie zu Zeiten Pugatschews, die das ganze russische Reich erfassen und all die Millionen geknechteter, entrechteter Bauern aufwühlern und mit sich fortziehen wird. Und die Hälfte aller Deputierten gehört ja bereits den Bauern, so daß sie eine starke Partei bilden, mit vorzüglichen Führern an der Spitze und einem festen, einigen Kern. Und sie haben schon ihr Wort

gesprochen, all die Anikin, Madjin, Pustowoitoff, Masarenki usw. Die Revolution hat auf ihren Schultern nicht nur die Kadetten in die Duma getragen, sondern sie hat auch jenen „Berg“ geschaffen und jene „Bergpartei“, die sich auf kein Kompromiß einlassen wird. Die Revolution ist selbst in der Duma vertreten.

Arme Kadetten, ihr russischen Girondisten, die ihr zwischen Hammer und Amboss geraten seid, zwischen die Bajonette der Regierung und die Revolution des Proletariats und der Bauern!

Nicht umsonst haben sie, die Kadetten, so schmähdlich ihren roten Ausruf zu verdecken begonnen und die großen Losungsworte beiseite getan. Nicht umsonst haben sie auch von ihren Gefühlen für den Monarchen zu sprechen begonnen, von den kaiserlichen Vorrechten. Die Lage wird ernst. Die Regierung spaßt nicht, und mit bloßer Hand wird man nichts erreichen. Aber die Revolution, die die Kadetten in die Duma entsandt hat, spaßt nicht, und sie wird ihnen den Verrat nicht verzeihen; sie wird die Freiglinge nicht schonen, die eine revolutionäre Rolle auf sich genommen und den Mut verloren haben.

Auf der einen Seite sieht der Absolutismus, auf der anderen die Revolution. Was werden die Kadetten tun? —

## Die Revolution in Rußland.

Duma, Ministerium und Kamarilla.

Das „Prestige“ der Duma soll nach einer Meldung aus Petersburg seit dem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium im ganzen Lande außerordentlich gewonnen haben. Es verlautet, daß eine größere Anzahl von Organisationen, die ursprünglich der Duma nicht günstig gesinnt waren, nunmehr ihre Vereinnahmung erklärt hätten, die Duma zu stützen, falls sie fortfahren würde, der Regierung radikale Opposition zu machen. —

Der offenbar nicht ungeschickt geleitete Kadettenklub trägt dieser Strömung sofort Rechnung. Er hat am letzten Mittwoch beschloffen, die Duma solle durch Interpellationen die Tätigkeit der Regierung aus Tageslicht bringen, um sie im Lande und vor ganz Europa zu diskreditieren! —

Trotz alledem wird das Ministerium, wie die „Now. Wr.“ und das „Zwanzigste Jahrhundert“ übereinstimmend berichten, vorläufig nicht demissionieren, sondern die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen weiter betreiben. Goremykin soll nach der denkwürdigen Sitzung vom 13./27. Mai nur (seine Lieblingsphrase!) gesagt haben: „Geduld, es wird sich schon machen“. In Peterhof aber, besonders in den Kreisen der „Sternpartei“, soll man über das Vorgehen des Reichstages sehr aufgebracht sein, einen Bruch aber doch nicht riskieren. Zur Strafe für die Biderpensitigkeit der Duma aber sei der bereits fertige Amnestieerlaß wieder zurückgezogen worden!

Die Duma selber läßt sich in ihren Beratungen nicht stören. Gestern (Donnerstag) beschäftigte sie sich mit dem Antrage betreffend Abschaffung der Todesstrafe. Rabakoff schlug vor, die Kommission, die den Entwurf betreffend die Unverletzlichkeit der Person bearbeitet, auch mit der Ausarbeitung eines die Abschaffung der Todesstrafe betreffenden Gesetzentwurfes zu betrauen. — Lednitsky führte aus, die Regierung begehe politische Morde, sie sei ein wahrer Moloch, der immer neue Opfer fordere. — Madin führte aus, die Duma könne sich nicht an den Kaiser wenden, ohne das Zwerg, die die Regierungsgewalt ausüben, sich dazwischen legen und sie verspotten. Mit der Komödie der Interpellationen müsse man aufhören. Die Duma sei ohnmächtig, sie habe diese lächerlichen Minister nicht zu sich gebeten, diese aber seien stärker als sie, weil sie die Kanonen besäßen! Die Nation dürfe die Duma nicht anklagen, sondern sie solle wissen, wer die Schuldigen sind. (Weisfall.) — Priester Boyarkoff sagte, die Regierung achte nicht auf die Duma, sie sei ihr zu dreist. Man müsse den Kaiser bitten, die Todesstrafe abzuschaffen, sonst wäre es besser, von Petersburg fortzugehen und nicht anständig dazubleiben und die Diäten zu erheben! —

Im weiteren Verlaufe der Sitzung rief der Präsident den Abgeordneten Derschow zur Ordnung, weil er sagte: Die Hinrichtungen in Riga bedeuten eine Ohrfeige für die Duma. — Abg. Prof. Kusmin Karabaiew legt dar, welche vergebliches Bemühen es sei, die politischen Morde mit der Todesstrafe in Verbindung zu bringen; man müsse die Epidemie der politischen Morde bekämpfen durch Beseitigung ihrer Ursachen, deren eine eben die Todesstrafe sei. — Nach einer Rede des Abg. Gredeskul Roditschew nimmt die Duma einen Antrag Rabakoff an: eine Kommission zu ernennen mit dem Auftrage, innerhalb fünf Tagen einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe auszuarbeiten.

Um 1/2 Uhr wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

### Selbstmord eines Duma-Mitgliedes.

Petersburg, 31. Mai. Der Bauerndeputierte Andrianow hat durch Selbstmord geendet, weil er unter dem Einfluß der zaren-treuen Bauern die Duma-Adresse als zu scharf verurteilt hatte und seiner späteren Bestimmung Änderung kein Glauben mehr geschenkt wurde.

### Gerücht oder Wahrheit?

Petersburg, 31. Mai. Mehrere dem Kaiser sowie dem Staat gehörige große Ländereien, darunter solche in der Nähe von

Peterhof, wurden an ausländische Gesellschaften verkauft, um auf diese Weise die Forderung auf Verteilung von Ländereien unter die Bauern zu vereiteln.

### Ausbeutung der Auswanderung.

Petersburg, 31. Mai. Die starke Ausbreitung der russischen Emigranten veranlaßte den Handelsminister, eine Kommission einzusetzen zwecks Ruhbarmachung der einheimischen Handels-schiffahrt für die Auswanderung durch Begründung direkter Linien.

### Dienstbotenstreik.

Unter dem weiblichen Dienstpersonal St. Petersburgs macht sich gegenwärtig eine Bewegung zugunsten einer Verbesserung ihrer ökonomischen Lage bemerkbar. Die Forderungen, welche bereits im November des verfloffenen Jahres ausgearbeitet, aber noch nicht geltend gemacht worden sind, sollen jetzt belampt gegeben werden. Falls die Frau vom Hause auf die Forderungen nicht eingehen sollte, beabsichtigen die weiblichen Dienstboten, den Dienst zu quittieren.

### Gelindere Saiten.

Das Ministerium der Volksaufklärung hat erklärt, daß, wenn ein Lehrer verhaftet worden ist, bloß weil er im Besitz illegaler Literatur oder von Waffen war, er, nach seiner Entlassung aus der Haft, nicht aus dem Dienst entlassen, sondern nur auf einen anderen Platz versetzt werden soll.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Mai.

### Die große liberale Einigung.

Die sogenannten entschiedenen liberalen Parteien bemühen sich neuerdings, ihren seit Jahren in der Presse erörterten „Einigungsgedanken“ zu verwirklichen, jedoch in einer Form, die mit Sicherheit voraussehen läßt, daß schließlich das unter krampfhaften Wehen erstandene Erzeugnis des dreieckigen Liebesverhältnisses zwischen dem männlichen, dem weiblichen Freisinn und der sächsischen Volkspartei nichts anderes sein wird, als eine bedauernde Spottgeburt. Nicht in den Gegenden beginnen die Freisinnigen der verschiedenen Nuancen mit ihrem großen Einigungswerk, wo sie einen größeren Einfluß besitzen und durch ein festes Zusammenhalten bei den Reichstagswahlen tatsächlich gegenüber den reaktionären Parteien gewisse, wenn auch bescheidene Erfolge erzielen könnten, sondern in den Landesteilen, wo sie nur eine kaum in Betracht kommende Anhängerzahl haben, und diese schon bisher gewöhnlich bei den Hauptwahlen, fast stets aber bei den Stichwahlen zusammenging —, so daß an dem Verhältnis der Parteien zu einander also wenig oder nichts geändert wird.

Die erste dieser Einigungen, deren Bedeutung oder vielmehr Unbedeutendheit wir bereits kritisiert haben, ist in Ostpreußen erfolgt. In gleicher Richtung wird in Stettin gearbeitet, wo kürzlich der Vorstand des liberalen Wahlvereins und des Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei sich vereinigt haben, um den Anstoß zu einem engeren Zusammenschluß aller wirklich liberalen Männer im Stettiner Wahlkreis zu geben: eine Einigung, die für Stettin von vornherein wenig Zweck hat, da dieser Wahlkreis zum festen Bestände unserer Partei gehört. Als drittes Gebiet für ihr Einigungswerk haben sich die Freisinnigen Westfalen ausgerufen. Wie liberale Blätter melden, soll dort bereits in verschiedenen Kreisen der Beschluß gefaßt worden sein, bei den nächsten Reichstagswahlen gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Von diesem Vorgehen versprechen sich die Herren einen großen Erfolg; tatsächlich ist jedoch, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mit Recht ausführt, daran kaum zu denken. Bekanntlich besitzt die Freisinnige Volkspartei in Westfalen bloß zwei Kreise, die sie aber auch nur in der Stichwahl mit Hilfe der Nationalliberalen, die in der Hauptwahl den Freisinnigen an Stimmenzahl nur wenig nachstanden, erobert hat. In allen übrigen Kreisen aber, die teils von unserer Partei, teils vom Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen vertreten sind, haben die Parteien, die sich jetzt „vereinigte Liberale“ nennen, 1903 keine oder nur verhältnismäßig wenige Stimmen erhalten. So hat im Kreise Tecklenburg Dr. Parth 362 gegenüber 18 566 Zentrumstimmen, im Kreise Münster der Volksparteiler 106 gegenüber 18 418 Zentrumstimmen, im Kreise Minden der Volksparteiler 3967 gegenüber 8638 konservativen Stimmen, im Kreise Olpe der Volksparteiler 93 gegenüber 15 568 Zentrumstimmen, im Kreise Dortmund der Volksparteiler 1100 gegenüber 21 117 nationalliberalen Stimmen, im Kreise Hamm der Volksparteiler 3203 gegenüber 10 461 nationalliberalen Stimmen und im Kreise Bielefeld der Volksparteiler 115 gegenüber 11 971 Zentrumstimmen erhalten. In den Kreisen Borden, Lüdinghausen, Herford, Bielefeld, Paderborn, Warburg, Siegen und Bochum aber erhielten die in Betracht kommenden Parteien bei den letzten Reichstagswahlen überhaupt keine Stimmen.

Von irgend welcher größeren politischen Bedeutung ist also der Beschluß der „vereinigten Liberalen“ Westfalens nicht. Zudem aber regt sich, obgleich die ganze Einigungsbewegung noch in den allerprimitivsten Anfängen steht, schon die Eifersucht zwischen den beteiligten Parteien. Kürzlich hat der „Landesausschuß des freisinnigen Landesvereins für das Großherzogtum Hessen“ eine aus männlichen und weiblichen Freisinnigen, Nationalsozialen und heftigen demokratischen Volksparteilern bestehende Vereinigung, sich für ein Zusammen-



gehen der entschieden liberalen Elemente bei den Wahlen ausgesprochen und zugleich gewagt, die von dem „Wahlausschuss der vereinigten Liberalen“ bei der Darmstädter Reichstagsersatzwahl ausgegebene Stichwahlparole zu billigen. Solche Vermessenheit geht der „Fr. D. Presse“ und ihren Hintermännern gegen den Strich. Herr Müller-Sagan erklärt deshalb in seinem Organ einen Unkas, in dem er erklärt, daß für das Verhalten der freisinnigen Volkspartei zu den anderen Parteien die Meinungen des hessischen „freisinnigen Landesvereins“ abfolot bedeutungslos sind:

„Ein freisinniger Landesverein für das Großherzogtum Hessen“ ist kein Glied der Organisation der freisinnigen Volkspartei, sondern kennzeichnet sich selber als aus „Angehörigen der drei linksliberalen Parteien“, aus der freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei, zusammengesetzt. Wahrend für die Haltung der freisinnigen Volkspartei zu anderen Parteien sind die Beschlüsse der Parteitage, vornehmlich des Parteitages zu Wiesbaden, dem zuwider die Darmstädter einen nationalsozialen Kandidaten auf den Stuhl erhoben haben. In dem Beschlusse des Wiesbadener Parteitages heißt es: „Der Parteitag hält ein Zusammenwirken mit nationalsozialen Elementen für eine politische Unmöglichkeit, gleichviel, welcher politischen Gruppe sie sich anschließen.“

Was soll da erst werden, wenn es sich nicht nur bloß um nichtsagende Beschlüsse, sondern um die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten und um gemeinsame Arbeit handelt. Vielleicht erleben wir noch die hübsche Komödie, daß in einigen Wahlkreisen die männlichen Freisinnigen sich mit der freisinnigen Vereinigung, in einem anderen mit den Nationalliberalen „vereinigen“, und daß dann beide Gruppen, ähnlich wie bei der Darmstädter Stichwahl, gegen einander intrigieren. —

### Landtagserien.

Gestern sind auch die beiden hohen Häuser des Landtages, das Kurhessische Dreiklassenparlament und das edle Haus der Kesseln, in die Ferien gegangen, das Abgeordnetenhaus auf unbestimmte Zeit, das Herrenhaus bis zum 15. Juni. Redlich haben sich die konservativen Herren beider Konfessionen mit Unterstützung der nationalliberalen „Staatsmänner“ bemüht, die ihnen von der Regierung vorgelegten reaktionären Gesetzesvorlagen zu verschlechtern, und unter Aufwand ihrer von den Vätern ererbten Weisheit ist ihnen das, wie anerkannt werden muß, bei den meisten Vorlagen, besonders bei dem Schulverfassungsgesetz und dem Knappschaftsgesetz, auch vortrefflich gelungen. Selten hat bisher eine Tagung der westfälischen Duma gleich Wertvolles auf dem Gebiet der reaktionären Bestrebungen geleistet; und es ist daher begreiflich, daß die hohen Herren hinausstreben nach Miedroy und Heringdorf, nach Baden-Waden oder nach dem feudalen Heiligendam, um sich von den im Dienste der vaterländischen Interessen überstandenen Hirnschrapagen zu erholen.

Es war denn auch den beiden hohen Häusern vergönnt, in dem beendeten Sessionsabschnitt eine recht stattliche Anzahl von Gesetzen zu verabschieden, nämlich: 1. den Entwurf betreffend die Abänderung des Einkommen- und Ergänzungsteuergesetzes, 2. das Knappschaftsgesetz, 3. den Entwurf über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, 4. den Entwurf betreffend Einsetzung von Bezirks-eisenbahnräten, 5. die Hercynia-Vorlage, 6. das Sekundärbahngesetz, 7. den Entwurf betreffend Verbesserung der Wohnungsverhältnisse staatlicher Arbeiter, 8. die Wahlrechtsreformvorlage (Schlußabstimmung im Herrenhause steht noch aus), 9. die Lotterieverträge mit Thüringen und Neuf, 10. den Staatshaushaltsetat.

Vom Herrenhaus erledigt, im Abgeordnetenhaus aber noch unerledigt geblieben sind: 1. der Entwurf betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, 2. der Entwurf betreffend die Zulassung einer Verschuldungsgrenze für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke, 3. der Entwurf gegen die Verunstaltung von Drischaffen, 4. der Entwurf betreffend Abänderung des Hammoverschen Gesetzes über die Zusammenlegung der Grundstücke, 5. der Entwurf zur Dellarierung des Kommunalabgabengesetzes. Vom Abgeordnetenhaus erledigt, im Herrenhaus aber unerledigt geblieben sind: 1. der Entwurf betreffend Gewährung von Geldmitteln für die Vorstudienverhältnisse an der Ober; 2. der Staatsvertrag wegen der Mainkanalisierung; 3. die Schulvorlage.

Von beiden Häusern unerledigt bleiben die Entwürfe über die Ausübung des Jagdrecht und der Entwurf über die Wanderarbeitsstätten. Der vom Abgeordnetenhaus angenommene Entwurf über Aenderung des Kommunalabgabengesetzes (Zusatz der Betriebs-gemeinde an die Wohnortsgemeinde zu Schul- und Armenlasten) ist vom Herrenhause geändert worden, muß also vom Abgeordnetenhaus nochmals beraten werden.

Rechnet man dazu die vielen Kommissions- und Fraktions-sitzungen sowie die anstrengenden „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ aller Art, so haben die Herren beider Häuser entschieden Bedeutendes an Arbeit zum Wohl des preussischen Volkes, vornehmlich natürlich seines „edelsten“ Teiles, geleistet. —

### Nach den Wahlen.

Man schreibt uns aus Brüssel: Die Kompliziertheit der Berechnung beim Proportional-System bringt es mit sich, daß die Feststellung der Ergebnisse der Sonntags-Wahlen erst am Dienstag morgen zu ermöglichen war. So erübrigte es sich denn auch, über die neue politische Lage in Belgien v o r h e r etwas zu sagen.

Die Wahl erstreckte sich auf die eine Hälfte des Landes, nämlich auf die Provinzen Brabant, Antwerpen, Namur, Lüttich und West-Flandern. Von den 85 Kammer-Mitgliedern, deren Mandate erledigt waren, gehörten 54 der Liberalen, 20 der Liberalen, 10 der sozialdemokratischen und einer der christlich-demokratischen Partei an.

Die Wahlen brachten den Katholiken nur noch 50, den Liberalen aber 23 und den Sozialdemokraten 12 Sitze! Damit ist die Mehrheit der Ultramontanen von 20 auf 12 Stimmen gesunken, und die neue Kammer wird bestehen aus: 89 Katholiken, 46 Liberalen, 30 Sozialdemokraten und einem christlichen Demokraten.

Da die beiden Oppositionsparteien nun verstärkt ins Parlament einziehen, könnte man sich leicht versucht fühlen, den Sieg der Liberalen und der Sozialdemokraten zu überschätzen. Man muß aber folgendes bedenken: Vor den Wahlen schien der Sturz der Reaktionsregierung besiegelt, denn die Katholiken waren nicht nur durch ihre nun 22 Jahre dauernde Oberherrschaft, sondern auch durch persönliche und prinzipielle Uneinigkeiten in den eigenen Reihen geschwächt, sie hatten kein zugkräftiges Regierungsprogramm für die Zukunft. Und so traten sie vor die Wähler!

hingegen hatte die Opposition alle guten Chancen für sich: Die liberale Partei war durch den Beitritt der sogenannten „gemäßigten“ Elemente gekräftigt, ihr und der Sozialdemokraten Programm war im ganzen Lande populär; denn die drei Reformforderungen: Allgemeines Wahlrecht, allgemeine Schulpflicht, allgemeine Wehrpflicht nebst Verkürzung der Dienstzeit sind allen nichtkatholischen Belgiern seit Jahren geläufig. Zur Eroberung dieser Reformen und mit dem Ziele,

die Mängel des belgischen Proportional-systems zu beseitigen, schien das Liberal-sozialdemokratisch-christlich-demokratische Kartell aufs beste präpariert: den Katholiken die Majorität zu entreißen.

Diese Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt. Allerdings sind die Liberalen schließlich, wenn man die Stimmenzahlen in Betracht zieht, noch besser fortgekommen als die Sozialisten. Sie gewannen zum Beispiel in Brüssel 27 000, die Sozialisten nur 300 Stimmen. Aber darüber kann uns immerhin die Tatsache hinwegtrösten, daß die für die Kandidaten der Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen diesmal wenigstens als „reine“ sozialistische Stimmen angesprochen werden dürfen. Hat die Partei trotzdem keinen Sitz eingebracht, sondern sogar zwei erobert, so gibt das uns für zukünftige Kämpfe immerhin nicht unerfreuliche Ausblicke auf den Weg.

Die Regierung ist mit dem Wahlergebnis recht unzufrieden. Zwar ist die Uebermacht der Schwarzen für zwei weitere Jahre garantiert, aber der Übergang ihrer Majoritätsziffern macht sie doch ängstlich und bedenklich. Schon verflüchtigen die Vorsichtigen unter ihnen, man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, dem Volke einige Konzessionen zu gewähren, ihm einige seiner Forderungen zu erfüllen. Die schwarze Reaktions-Suppe soll also in Zukunft ein wenig verdünnt werden.

Wir werden uns redliche Mühe geben, unseren Merkmalen bei den Wahlen 1908 gehörig in ihre saure Suppe zu spruden. —

## Deutsches Reich.

### Saus-Prämierung.

Einen Vorschlag zur Abwägung der Brauenerhöhung auf die Konsumenten leistet sich das Berliner Fachorgan „Deutsche Brauindustrie“. Obgleich bekanntlich selbst für die allergrößten Brauereien die Steuererhöhung nur ungefähr 1,15 M. pro Hektoliter Bier beträgt, plädiert das Blättchen dafür, daß die Brauereien sämtlich ihren Preis um 2 M. erhöhen sollen. Damit aber nun nicht die Gastwirte die Benachteiligten sind, sollen diese den Preis für jedes erste Glas Bier, das ein Gast bei ihnen trinkt, um 5 Pf. erhöhen. Wörtlich schreibt das Blatt der „notleidenden“ Großbrauereien:

Die norddeutschen Bierbrauereien sollten sich mit den Gastwirten auf folgendes Vorgehen einigen:

1. Die Brauereien erhöhen den Preis für untergäriges Bier in ganz Norddeutschland gleichmäßig um 2 M. pro Hektoliter.
2. Die Gastwirte fordern für das erste Glas Bier zwanzig Pfennig, für jedes weitere 15 Pf. wie bisher. Bei 200 Glas zu  $\frac{1}{10}$  Liter macht der Gastwirt noch ein gutes Geschäft, denn ein Meße kommt schon durch das erste Glas zu 20 Pf. heraus.

Das Publikum hat es dabei vollständig in der Gewalt, die ihm durch den Reichstag und Bundesrat auferlegte Verbrauchs-abgabe zu tragen oder abzulehnen. Wer fünf Glas Bier trinkt, hat die für das erste Glas Bier mehr gezahlten 5 Pf. wieder eingebracht; wer mehr trinkt, hat schon einen Vorteil gegenüber dem weniger Trinkenden. Und der Wirt hat außerdem sechshundert Gäste, denn mancher, der gewohnt ist, die Lokale mehrmals zu wechseln, wird dies unterlassen, weil er im neuen Lokale für das erste Glas wieder 20 Pfennige zahlen muß.

Die Antialkoholiker kommen dabei aber am wenigsten auf ihre Rechnung, denn der Bierverbrauch wird nicht zurückgehen, sondern eher steigen. Es wird dann gewissermaßen ein Trinken stattfinden um die „Prämie von fünf Pfennig“ bei fünf Gläsern Bier.“

Der Vorschlag erscheint als ein fauler Witz; er ist aber tatsächlich ernst gemeint, wie denn auch hinterher das edle Brauorgan in komischer stiller Entrüstung über die „Hege“ der Tageszeitungen gegen die Brauereien zeteriert. Für die Wirtle dürfte sich allerdings die vorgeschlagene Methode, wenn sie sich durchführen ließe, als recht profitabel erweisen; denn es gibt genug Leute, die es in der Trunkseligkeit noch nicht bis zum sechsten Seidel gebracht haben, sondern sich mit einem oder zwei Seidel begnügen. Für diese würde der Aufschlag nicht weniger als  $33\frac{1}{3}$  bzw.  $16\frac{2}{3}$  Proz. betragen. —

Aus dem Reichstagswahlkreise Rinteln-Hosfeldmar, der infolge des Ablebens des Grafen Reventlow vor einer Ersatzwahl steht, wird uns geschrieben: Schon jetzt treten die Genossen Rinteln in die Agitation ein. Sie sammeln die gelefenen Parteizeitungen und den „Wahren Jakob“ und der Genosse Lambrecht verbreitet sie in den Dörfern der Umgegend. Am Dienstag kam er in das Dorf Rolschagen. Der Bürgermeister hielt ihn auf der Straße an und forderte ihn auf, mit in die bürgermeisterliche Wohnung zu gehen, um seine Person festzustellen. Der Bürgermeister erklärte, er habe vom Landratsamt zu Rinteln die Anweisung bekommen, wenn in seinem Orte sozialdemokratische Schriften verbreitet würden, sie zu beschlagnahmen. Er nahm daher dem Genossen Lambrecht den Rest seines Agitationsmaterials, etwa 40 Nummern des Parteiblattes und 20 Exemplare des „Wahren Jakob“, ab.

Man muß annehmen, daß das Oberhaupt der Gemeinde Rolschagen die Verfügung des Landratsamtes falsch verstanden hat, denn es ist nicht recht denkbar, daß dieses eine solche wider das Gesetz bestehende Anordnung ergehen ließ. Solche bürgermeisterliche Irrtümer sind aber für die Genossen jetzt bei Beginn der Wahlkampagne sehr unangenehm und deshalb werden sie durch ungesäumte Beschwerde dafür sorgen müssen, daß das Landratsamt den Voroberhäuptern unabweisbar mitteilt, daß das Verbreiten von Druckschriften, und seien sie noch so sozialdemokratisch, in geschlossenen Räumen ein gesetzliches Recht des preussischen Staatsbürgers ist und daß nach offizieller Auseraumung und Verkündung des Wahltermins — die für Rinteln-Hosfeldmar allerdings noch nicht stattand — sogar die öffentliche Verteilung auf Straßen und Plätzen durch Reichsgesetz gewährleistet ist. —

### Ein preussisches Kulturdokument.

In Lägerdorf, einem größeren Fabrikort in der Nähe von Tschode (Schleswig-Holstein), haben unsere Parteigenossen schon seit Jahren in der Gemeindevertretung die Siege der 3. Klasse beinahe unbestritten inne. Durch ihren selbstlosen Eifer und ihr kommunalpolitisches Verständnis haben sich die sozialdemokratischen Vertreter längst auch innerhalb der Gemeindevertretung eine sichere Position errungen. Es herrscht im allgemeinen ein gutes Einvernehmen zumal zwischen den Vertretern der 2. und 3. Klasse und häufig geben bäuerliche, Kleinbürgerliche und proletarische Gemeindevorordnete Hand in Hand, wenn es gilt, gegenüber der privatkapitalistischen Interessenspolitik der „erklassigen“ Vertreter, zur Hauptfrage Angestellte und Direktoren der großen Zementfabriken, das Wohl der Allgemeinheit wahrzunehmen. Aber auch die Fabrikdirektoren haben auf neutralem Gebiete schon wiederholt Gelegenheit gehabt, der Stellung unserer Genossen Anerkennung zu zollen, und so war es durchaus nicht Ueberauszendes, als vor einiger Zeit bei der Wahl des Schulvorstandes unter anderem auch der Kandidat der dritten Klasse, unser altbewährter Genosse H i n s c h e, einstimmig als Schulvorsteher gewählt wurde.

Der Aufsichtsbehörde scheint die Einmütigkeit dieser Vertrauens-umgebung weniger gefallen zu haben, denn sie weigerte sich, die

Wahl zu bestätigen. Genosse H i n s c h e versuchte vergeblich, im Instanzenweg die Anerkennung seiner Wahl durchzusetzen und er hat nunmehr von der obersten Stelle, dem preussischen Unterrichtsministerium, folgenden Bescheid von wahrhaft kulturhistorischer Bedeutung erhalten:

Ihre gegen unseren Bescheid vom 2. Januar 1906 gerichtete Beschwerde vom 22. Januar 1906 hat der Herr Unterrichtsminister uns mit dem Auftrage überfandt, sie in seinem Namen abzuheben zu beschließen.

Der Herr Minister ist gleich und der Ansicht, daß bei Ihrer ausgesprochenen staatsfeindlichen Stellung mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Sie das Amt als Schulvorsteher, falls man es Ihnen übertragen hätte, dazu benutzen würden, den staatlichen Bestrebungen zur Förderung der Schule geradezu entgegen zu arbeiten.

Sie haben Ihre sozialdemokratische Gesinnung unzweideutig betätigt, sich an dem Kampfe gegen die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung beteiligt und sich damit in bewussten Gegensatz zu den Aufgaben der Schule gestellt, in die Herzen der Schüler Frömmigkeit, vaterländische Gesinnung und Königstreue zu pflanzen.

Nach haben Sie durch Ihren politischen Lebenswandel öffentlich Kergerniß bei denen erregt, welche die zu Recht bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung hochhalten und die Erziehung ihrer Kinder zu gottesfürchtigen und vaterlandsliebenden Menschen erstreben.

Ihre Bestätigung als Mitglied des Schulvorstandes würde daher den staatlichen und Schulinteressen zuwiderlaufen.

Königliche Regierung in Schleswig.

Man sieht, die preussische Regierung wittert in dieser Aera der Schulverfassung Morgenluft. Sozialdemokratische Schulvorstandsmitglieder sind in allen Landesteilen ja auch bisher regelmäßig nicht bestätigt worden. Aber eine Begründung von solch reaktionärem Ignorismus konnte doch wohl erst in Kielwasser des allerjüngsten Verminderungsurtes sich hervorwagen. Das Nachweil im einzelnen zu glossieren, ist überflüssig — es spricht in jedem Worte berechtigt für sich selber und ist besonders an den Stellen, wo es die Ziele der Volksschule nach preussischen Regierungsgrundrissen formuliert: Frömmigkeit, vaterländische Gesinnung und Königstreue, von wahrhaft klassischer Prägnanz. Nur darauf sei hingewiesen, daß die Regierung sich mit den Tatsachen in einem geradezu klaffenden Widerspruch befindet, wenn sie in ihrem Schreiben sich auf Eltern beruft, denen die Wahl des Sozialdemokraten anständig sein könnte. Die Behörde kann ganz Lägerdorf mit sämtlichen Leuchten des Kultusministeriums absuchen, und sie wird keinen einzigen unbeamteten Schwurzeugen für ihre Behauptung aufzählen. —

Wie notwendig die Entschädigung unschuldig Verhafteter ist, schreibt die Mainzer „Volkszeitung“, zeigt folgender Vorfall, der sich vor mehreren Wochen hier abspielte. Ein auf der Reise befindlicher Wegereiseleiter fragte bei einem Wegereiseleiter nach Arbeit und erhielt von ihm, da keine Beschäftigung vorhanden, nach altem Brauch ein Geschenk. Nach Verlassen des Ladens wurde der Geselle von einem Schuttmann verhaftet und nach dem dritten Bezirk verbracht, wo er ganz entschieden bestritt, gebettelt zu haben. Aber alle Verenerungen halfen nichts. Nach vierzehntägiger Untersuchungsfrist stand Verhandlung vor dem Schöffengericht an. Als Zeuge trat hier der Wegereiseleiter auf und sagte aus, daß der Geselle nicht gebettelt, sondern nur um Arbeit nachgefragt habe. Nicht wenig erstaunt war der Richter, als ihm ein Protokoll vorgelesen wird mit ungefähre folgender Einleitung: „Auf Vorladung erscheint der Wegereiseleiter A und giebt folgendes an usw.“, nämlich daß der Geselle gebettelt habe. Auf die Frage des Richters, wie er dazu komme, auf dem Revier den Bittel des Gefelien auszugeben, erklärt der Meister, gar nicht auf dem Revier gewesen und nicht von dem Kommissar vernommen worden zu sein. Er könne sich nur entsinnen, daß um fragliche Zeit ein Schuttmann bei ihm gewesen und ein Schreiben zur Unterschrift vorgelegt habe. Da er aber gerade mit Arbeit überhäuft gewesen, habe er das Schreiben nicht durchgesehen und seinen Namen darunter gesetzt. Hätte ihm der Schuttmann den Inhalt des Schreibens mitgeteilt oder wäre er auf dem Revier vernommen worden, würde er nicht unterschrieben haben. Der Angeklagte wurde daraufhin auf freien Fuß gesetzt; 14 Tage war er unschuldigweise seiner Freiheit beraubt, ohne daß schließlich ein Haß danach kräft. . .

Eine Untersuchung soll nach dem Blatte eingeleitet sein, doch verlautet bis jetzt nichts über ihr Ergebnis. Die Volkszeitung, die der Bericht enthielt, läßt sich mit parlamentarischen Worten gar nicht kennzeichnen. —

### „Blamage“ und Blamage.

Herr Dr. Wilhelm Kronsbain, Chefredakteur der „Post“, hat es sich nun einmal in sein Köpchen gesetzt, partout zu beweisen, daß man studiert, ja sogar einen Dokortitel erworben haben kann, ohne über eine allzu große und allzu ergiebige Behirnmasse zu verfügen.

Am Donnerstagsabend reitet Sancho Panza-Kronsbain wieder auf der „Postblamage der Sozialdemokratie“ herum. Es ist kein Ruhm, ihn aus dem Sattel zu heben; doch müssen wir uns leider mit seinen Reitkünsten noch einmal beschäftigen — einfach zur Steuer der Wahrheit, zur Ehre der Logik und des menschlichen Mitgeföhls.

Eine ehemalige russische „Untertanin“ hat die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Sie wirkt in Deutschland in einer Weise, die der russischen Regierung arg mißfällt. Nach deutschen Gesetzen ist ihre die Hirne revoltierende Tätigkeit nicht strafbar — von einigen Fällen abgesehen, die denn auch prompt zur Verstrafung der „Sünderin“ führen. Nach russischen Gesetzen oder richtiger: nach russischer Willkür steht auf dieselben „Verbrechen“, die in Deutschland mit ein paar Mark oder geringer Gefängnisstrafe „gesühnt“ werden, jahrzehntelange Kerkerhaft, Zwangsarbeit, Sibirien!

Von Ihrer Familie abgeschnitten, von all' denen getrennt, die ihrem Herzen die Nächsten sind, aus ihrer früheren Heimat verbannt, die gerade in den Geburtswehen einer großen Zeit zu freizien beginnt, bedient sie sich des Mittels, dessen sich unzählige Exilerte vor ihr bedient haben: sie bemüht einen Paß, der ihr „legaler“ Weise nicht zukommt! Bemüht ihn, um in Rußland nicht verhaftet und bestraft zu werden für „Verbrechen“, die in Deutschland begangen, nach deutschen Gesetzen nicht strafbar oder längst gesühnt sind, in Rußland aber zu Willkür-Akten bekannter Art ausgenutzt werden können. Bemüht ihn ohne jede Absicht, irgend etwas Strafbares, irgend etwas Selbst nach russischen Gesetzen Verbotenes zu begehen! Wen schädigt sie damit? Wen betrügt sie? —

Herr Schöne ist ein einflussreicher Beamter im Deutschen Reich. Herr v. Brodhagen steht in Diensten dieses Beamten. Die Regierung des Deutschen Reiches steht nach den offiziellen Erklärungen im besten, schönsten Einvernehmen mit der russischen Regierung. Deutsche Beamte geben sich dazu her, einem russischen Staatsangehörigen einen falschen Paß verschaffen zu helfen zu dem ausgesprochenen Zweck, die russische Regierung zu bespödeln, ihr Geheimnisse abzuhorchen, diese der deutschen Regierung zu überbringen, damit sie unter Umständen gegen Rußland verwendet werden können! Wen



suchen diese Maßfälliger zu schädigen? Wen wollten sie be-  
tügen? —

Diese Fragen stellen heißt: sie beantworten. Die „Poh-  
Blamage der Sozialdemokratie“ bedeutet ein formelles Ver-  
gehen, eine sogenannte „Kontradiktion“, die diktiert ist durch  
Gefühle, die nur ein Kronsbene als unedel zu bezeichnen im-  
stande ist. Die Poh-Blamage der deutschen Regierung be-  
deutet den skandalösen, von einem hohen deutschen Beamten  
begünstigten Versuch, einen russischen Staatsangehörigen zu  
ehrloser Treulosigkeit gegen das eigene Vaterland zu kaufen.  
Wer diesen faulstidigen Unterschied nicht begreifen kann, der ist  
geistig blind, oder ihm mangelt jedes Fäherchen jenes echten,  
wahren Ehrbegriffs, der nicht an das Geschehene gebunden ist.  
Und damit basta! —

Von Abraham Morris, dem Anführer der Gottentotten, wußte  
der diplomatisch verunglückte Oberst von Deimling längst im Reichs-  
tage zu erzählen, daß er der Sohn eines Rabbiners sei, der in der  
Nähe von Posen sei. Die seltsame Mär erklang von vornherein  
etwas deimlingisch-gottentottisch und tatsächlich weiß denn auch jetzt  
der „Tag“ von „unterrichteter Seite“ zu berichten:

Abraham und sein gleichfalls öfter erwähnter jüngerer Bruder  
Eduard Morris sind die Söhne eines alten schottischen Händlers  
Morris und einer Gottentottin. Auf eine Erbschaft hin  
lehrt dieser in seine alte Heimat zurück, ohne sich weiter  
um seine Erbschaft zu kümmern. Ein Verwandter der Mutter,  
Abraham Steyer in Darmstadt, zog die Knaben auf. Meines Wissens  
sind sie auch dort getauft und konfirmiert worden. Bei Erziehung  
einer deutschen Eingeborenen-Polizeitruppe in Darmstadt wurde erst  
Eduard und später Abraham Morris eingestellt. Sie waren in-  
telligente gewandte Jungs, sprachen gut holländisch sowie etwas  
deutsch und englisch und waren als vorzügliche Jäger bekannt. Den  
Feldzug gegen die Afrikaner-Gottentotten im Jahre 1897 machten  
sie auf deutscher Seite mit. Abraham konnte sich nicht recht in die  
deutsche Disziplin fügen und schied bald aus der Polizeitruppe  
aus, der fähigere Eduard gehörte ihr dagegen zwei bis drei  
Jahre an.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Von der Straf-  
kammer in Köln war der Kaufmann Daniel David wegen In-  
hälterei zu einer erheblichen Gefängnisstrafe, verbunden mit nach-  
herigem Aufenthalt in der Zwangsarbeitsanstalt, verurteilt worden.  
Er verfuhr vergebens, seine Unschuld versichernd, den Prozeß neu  
zur Verhandlung zu bringen. Er glaubte nun, wie er angibt, sein  
Ziel zu erreichen, wenn er eine Majestätsbeleidigung begebe. Vor  
der Strafkammer wurden drei Briefe verlesen, in denen er die deutschen  
Bundesfürsten beleidigt haben soll. Der Gefängnisarzt erklärte in  
einem Gutachten, daß bei dem Angeklagten der § 51 Str.-G.-B. (Straf-  
freiheit wegen Unzurechnungsfähigkeit) nicht Anwendung finden  
könne. David stamme allerdings aus einer geistig nicht einwandfreien  
Familie und habe sich einmal selber eines Mordes bezichtigt, doch  
sei die Untersuchung ergebnislos geblieben. David sei ein Phantast,  
ein Degenerierter erster Klasse und halte sich auch für einen Großen-  
sohn. Ferner habe David große gelehrte Abhandlungen, namentlich  
über die Verheine, geschrieben und schwermütige Gedichte verfaßt.  
Der Staatsanwalt beantragte neun Monate. „Mir egal, und  
wenn es neun Jahre sind!“ rief der Angeklagte. Das Gericht er-  
kannte auf fünf Monate Gefängnis gegen einen Menschen, der in  
eine Heilanstalt gehört.

Die eskalierende Besatzungsbrigade. Der Dampfer „Kedar“ des  
Norddeutschen Lloyd traf heute früh mit den Truppen der ostasiatischen  
Besatzungsbrigade, bestehend aus 120 Offizieren und 1800 Mann in  
Bremen ein. Generalleutnant v. Verlen begrüßte die vor der  
Mondhalle angetretenen Truppen. Mittags wurden die Truppen  
mittels Gztrazuges nach dem Bodländer Lager gebracht.

## Husland.

### Oesterreich.

#### Auf dem toten Punkt.

Die Kabinettsbildung geht denn doch nicht so einfach von  
Statten, wie der alte Kaiser es sich gedacht haben mochte, als  
er Hohenlohe nach Hause schickte. — Zwar gibt sich ja Freiherr  
von Beck redliche Mühe, ein Ministerium zusammen-  
zubauern, aber es läßt sich leicht denken, daß dies in der augen-  
blicklichen Situation und nach den Erfahrungen, die das kurz-  
lebige Kabinet Hohenlohe mit Franz Josef machen mußte,  
noch schwieriger ist als sonst. Am energischsten stemmen sich  
bis jetzt noch die Tschechen dagegen, ins neue Ministerium  
einzutreten, wenn ihnen nicht gewisse ihrer nationalen Forde-  
rungen garantiert werden. Aber da der Kaiser den Wunsch  
geäußert haben soll, das Kabinet noch vor Pfingsten traulich  
vereint zu sehen, so dürften wohl auch die tschechischen Wider-  
stände befestigt werden. Desgleichen die der Christlich-Sozialen,  
die sich auch noch ein wenig zieren.

Sollte das Parteimengsel-Ministerium nicht zustande  
kommen, so wird man sich bis auf weiteres wohl mit einem  
Beamten-Kabinet begnügen.

Doch so oder so: Unsere österreichischen Parteigenossen  
sind auf der Hut. Sie treffen ihre Vorkehrungen. Kein  
Ministerium wird sie überraschen, kein Kabinet ihnen das  
allgemeine Wahlrecht versagen können, dessen Bispel sie fest-  
halten und nicht mehr freigeben. —

### Frankreich.

Paris, 31. Mai. Die Fraktion der geeinigten Sozialisten kon-  
stituierte sich gestern in der Kammer. Sie beschloß, um ihre Un-  
abhängigkeit zu bewahren, keinen eigenen Kandidaten für das  
Präsidium der Kammer aufzustellen und einen sofortigen Amnestie-  
antrag einzubringen.

### England.

#### Die Schulvorlage.

London, 29. Mai. Nach einer ganzen Woche lebhafter Kom-  
missionsberatungen — in England werden Regierungsvorlagen vom  
ganzen Hause als „Kommission“ beraten — wurde gestern der erste  
Paragraf mit 358 gegen 160 Stimmen angenommen. Dieser  
Paragraf ist vor etwa 14 Tagen von uns als der wichtigste be-  
zeichnet worden. Der Unterrichtsminister Mr. Birrell nannte ihn  
„das Rückgrat des Entwurfs“. Er bestimmt, daß alle Volksschulen,  
die aus öffentlichen Mitteln erhalten werden, einen allgemein christ-  
lichen Religionsunterricht (einfaches Lesen bestimmter Bibelkapitel  
ohne Katechismus) haben sollen. Die konfessionelle Schule wurde  
also von der Kommission verurteilt.

Der von den Arbeiterabgeordneten gestellte Antrag auf Aus-  
scheidung der Religion aus der Schule wurde mit 477 gegen  
63 Stimmen verworfen.

Ein Antrag Chamberlains, der sich als Zusatz zum Arbeiterantrag  
charakterisiert, den Staat von den Pflichten des Religionsunterrichts  
befreien und diese Pflichten den verschiedenen religiösen Konfessionen  
übertragen wollte, wurde mit 367 gegen 173 Stimmen verworfen.

Die Debatten über die Schulvorlage werden die ganze Session  
ausfüllen. Aber die übrigen Paragrafen sind zum Teil nur Aus-  
führungs-, zum Teil Ausnahmestimmungen zum ersten Para-  
graphen. —

## Der Tiger als Affe.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Genosse Kressin hatte als verantwortlicher Redakteur der „Leip-  
ziger Volkszeitung“ gestern abends vor der Leipziger Strafkammer  
auf Einladung der Staatsanwaltschaft zu erscheinen.

Die ungeheure Blamage, die sich die herrschende Klasse mit den  
Räufungen zum 21. Januar zugezogen hatte, wurde in einem, mit  
„Tiger als Affe“ überschriebenen Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“  
vom 22. Januar besprochen. Die Signatur des 21. Januar — so  
hieß es darin — sei gewesen: Ueberfällige Versammlungen,  
ruhige Haltung der Arbeiter, wahnwitzige Anführerstellungen  
des Völkertums, . . . Vorbereitungen des Militärs und der  
Polizei. Der Wert des 21. Januar liege gerade darin,  
daß er die herrschende Klasse zur Demaskierung gezwungen habe.  
Und das Medusenhaupt, das hinter dieser Maske hervorkam, wird  
noch jahrelang alle Herzen mit Ekel, Empörung und Entsetzen er-  
füllen. Die wahrhaft rutzlosen, schändlichen Vorbereitungen zum  
Massaker der Arbeiter hätten die Unversöhnlichkeit der sozialen  
Gegensätze heller beleuchtet, als es tausend „Hegreden“ und „Heg-  
artikel“ zu vermöchten. Es sei das böse Gewissen, das die herr-  
schenden Klassen zu den Vorbereitungen getrieben habe; für sie sei  
dieser Tag ein solcher der tödenden Lächerlichkeit, der Schmach und  
Schande geworden. Die ruhige, überlegene Art der Sozialdemo-  
kratie habe der Bewegung Hunderttausende neuer Anhänger zu-  
geführt, den Mittelstaaten Preußen und Sachsen Hunderttausende  
entschlüssener und erbitterter Feinde geschaffen.

Die Leipziger Anklagebehörde erwirkte vom preussischen und  
sächsischen Kriegsministerium und den Ministerien des Innern die  
Antragstellung auf Strafverfolgung gegen die „L. V.“ wegen dieses  
Artikels. Der Anklagebescheid erodete den Genossen Kressin  
hinreichend verdächtig, durch den Artikel öffentlich Beamte und Mit-  
glieder der verpönten Macht in Beziehung auf ihren Verfall be-  
leidigt zu haben, speziell die Angehörigen der preussischen und  
sächsischen Armee und der Zivilverwaltung, insbesondere die Polizei-  
organe, die bei den Maßnahmen zur Unterdrückung etwaig ent-  
stehender Unruhen bereitgestellten hätten, sowie die, die die An-  
ordnung gegeben hätten.

In der Verhandlung gegen den Genossen Kressin vor der  
dritten Strafkammer des Landgerichts stand weniger der Inhalt des  
Artikels als die „Tendenz“ der „L. V.“ zur Verhandlung. Ein Vor-  
gang aus der Verhandlung ist für unsere Mitbürger und für die  
Schullosigkeit des Angeklagten besonders bezeichnend.

Oberstaatsanwalt Böhm erlaubte sich von einer  
„handwerksmäßigen“ Beschäftigung des Angeklagten in der Redaktion  
zu sprechen. Diese Behauptung des Oberstaatsanwalts ist haltlos,  
ohne eine Spur eines tatsächlichen Inhalts auf-  
gestellt, unwahr, steht mit der Sache selbst in keinerlei Zusammenhang  
und ist nach Form und Inhalt lediglich geeignet, den Angeklagten zu  
kränken und zu beleidigen. Das Gericht, dem keine Disziplinär-  
gewalt gegen den Staatsanwalt zusteht, schritt gegen dies empörende  
Verhalten nicht ein. Genosse Kressin wies den staatsanwaltschaftlichen  
Anwurf mit Nachdruck zurück und hob mit vollem Recht  
heraus, daß man viel eher von einer handwerksmäßigen  
Beschäftigung des Staatsanwalts sprechen könne. Das  
Gericht belegte den Genossen Kressin hierauf mit einer  
Ordnungsstrafe von zwei Tagen Haft! Diese völlig unberechtigte  
Strafe für eine in Wahrnehmung berechtigter Interessen vor-  
genommene Jurisdiktion einer zum allermindesten groben Un-  
geheuerlichkeit des Staatsanwalts zeigt, wie weit dies Leipziger  
Gericht von der Möglichkeit einer objektiven Beurteilung entfernt ist.  
Vor vierzehn Jahren hat dieselbe Oberstaats-  
anwaltschaft ihre Stellung dazu mißbraucht, den leider ver-  
storbenen Genossen Albert Schmidt vor der Chemnitzer Strafkammer  
als „gewerbmäßigen Grabhauer“ zu bezeichnen. Sie mußte sich  
die Entgegung gefallen lassen, daß wenn überhaupt im Gerichts-  
saale nur eine Person sich befindet, auf den die Behauptung eines  
gewerbs- oder berufsmäßigen Grabhauers zutreffend sei — das  
sei der amtlich nach dem Gerichtsverfassungsgesetz sogar zu Ver-  
leumdungen verpflichtete Vertreter der Staatsanwaltschaft. Der  
Generalstaatsanwalt Held rügte das Verhalten des Ober-  
staatsanwalts Böhm als ungeschicklich von Amtswegen im Aufsichts-  
wege und hängte diese Mähe im Reichstage niedriger. Man sieht,  
das hat nichts genützt. Heute diktiert sogar das Gericht dem Ange-  
klagten, weil er sich gegen den leichtfertigen Vorwurf des Ober-  
staatsanwalts verteidigt, eine Haftstrafe zu. Es befremdet damit, daß  
es von dem Recht des Angeklagten und von den Aufgaben eines  
verantwortlichen Redakteurs eine ebenso beschämend falsche  
Ansicht wie der Oberstaatsanwalt besitzt.

In der Sache selbst verurteilte das Gericht den  
Genossen Kressin wegen Beleidigung der sächsischen und preussischen  
Armee und der Polizeiverwaltungen zu 10 Wochen Gefängnis.  
Die Beleidigung erblickte das Gericht darin, daß die vermeintlich  
Beleidigten durch den Artikel lächerlich gemacht und mit Tieren ver-  
glichen seien.

Die gegen Kressin verhängte Ordnungstrafe enthält eine so  
grobe Verletzung der Rechte des Angeklagten und eine so offensicht-  
liche Unkenntnis über das Wesen und die technische Herstellung der  
Presse, daß wir eine Aufhebung des Urteils durch das Reichsgericht  
erwarten, wiewohl und dessen Abneigung gegen Aufhebung  
von Strafen gegen Preßlinder und Sozialdemokraten nicht un-  
bekannt ist.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 31. Mai,  
nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um  
5 1/2 Uhr.

Nächst findet unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters  
Kirchner eine gemeinsame Sitzung des Magistrats  
und der Stadtverordneten-Versammlung statt zur Wahl von Mit-  
gliedern und Stellvertretern für den Bezirksauschuss.  
Durch Jura werden die auscheidenden Herren wiedergewählt.

In den Ausschuss für die Vorberatung der zu revidierenden  
Grund- und Umfahsteuer-Ordnung sind unter anderem auch die  
sozialdemokratischen Stadtverordneten Arons, Borgmann,  
Heimann, Singer deputiert.

Eine lange Liste von Urlaubsmeldungen wird zur Kenntnis  
gebracht.

Die Wahl des Stadtv. Reis (R. L.) ist in letzter Instanz  
vom Ober-Verwaltungsgericht entgegen der Entscheidung des Be-  
zirksauschusses für gültig erklärt worden.

Ueber die Vorlagen betr. 1. den Bau einer Fußgänger-  
brücke oberhalb der im Zuge der Eisenbahnstraße über  
die Spree führenden Brücke und 2. den Austausch einer  
städtischen Fläche des Plänterwaldes gegen das zur Ver-  
längerung der Eisenbahnstraße erforderliche Straßenland hat ein  
Ausschuss in zwei Sitzungen beraten und auch eine Lokal-  
beschickung vorgenommen. Für die Brücke sind 30 000 M.  
angefordert. Die Plänterwaldfläche ist auf 353 805 M. (11 798 1/2  
Meter a 30 M.), die dem Fiskus gehörige auf 618 400 M. (1985  
Meter a 304 M.) abgemessen; die Kosten für die erwähnten Bauten  
sind mit 7400 M. veranschlagt, so daß die Stadt im ganzen noch  
171 895 M. zugucken hätte. Die Mehrheit des Ausschusses hat  
die fiskalische Offerte schließlich zu akzeptieren empfohlen, aber  
nur unter der Bedingung, daß auf der abzutretenden Plänterwald-  
parzelle am Spreeweg nur Vaulichkeiten für Uebungszwecke des  
Garde-Pionier-Bataillons mit nicht über 8 Meter Höhe errichtet  
werden dürfen und daß bei Wegfall der Benutzung des Grundstücks  
als Vaulichungsplatz des Bataillons der Stadt Berlin das Rück-  
kaufrecht zum Verkaufspreise zugestanden, sowie daß für die Be-  
nutzung militärischen Geländes durch die Hülfstrasse an der  
Eisenbahnstraße ein besonderer Entgelt nicht gefordert wird.

Referent ist der Stadtv. Stapp (R. L.).

Stadtv. Tollsdorf (Soz.): Für Verkehrserleichterungen und  
Verbesserungen sind wir stets da; in diesem Falle können wir  
aber nicht zustimmen. Die Eisenbahnbrücke ist ein alter Verkehrs-  
weg, Gleise und Brücke sind seit langem vorhanden; es handelt  
sich also eigentlich nur um abzutretendes Gelände. Der ge-  
forderte Preis von 384 M. pro Quadratmeter ist ganz entsetzlich  
zu hoch. Wie kommt der Militärfiskus zu dieser Schätzung?

Warum sollen wir bis 130 M. pro Quadratmeter mehr bezahlen  
als wir selbst in jener Gegend, am Schliesischen Tor, bekommen?  
Ueberdies steht die alte Kaiserne schon über ein Jahr leer. Viel  
besser und für die Stadt günstiger wäre es also, das Terrain zu  
enteignen. Und nun sollen wir sogar noch eine Parzelle des  
Plänterwaldes abtreten! Wer den Schiffahrtsverkehr und die  
Entwicklung der Industrie dort sieht, muß diesen Gedanken weit  
abweisen. Wir würden ja beide Augen zudrücken, wenn wir auf  
die Zukunft keine Rücksicht nähmen. Sollen wir selbst und eine  
neue Schwierigkeit schaffen?

Magistratsrat Dr. Franz tritt als Magistratskommissar für  
die Vorlagen ein. Die Abtretung der Plänterwald-Parzelle würde  
gerade verhindern, daß sich in unmittelbarer Nähe dieser schönen  
Anlage Fabriken usw. ansiedeln. Gegen die von dem Ausschuss  
beantragten Vorbehalte würden wohl weder der Magistrat noch  
der Fiskus etwas einzuwenden haben.

Stadtv. Schulz II (Soz.): Wir wollen den Fiskus nicht im  
Plänterwald haben, denn sobald er sich da festgesetzt hat, werden  
wir ihn nie wieder los. Das haben wir schon vor zwei Jahren  
ausgeführt, und heute bereits stellt sich diese Vorhergabe als zu-  
treffend heraus. Verkauft man ihm jetzt die Parzelle, so wird  
er nach einigen Jahren das ganze Terrain bis nach oben den Kanal  
entlang fordern. Jetzt ist ein wunderbar schönes Wassergrundstück  
dort vorhanden. Es ist doch unser Grund und Boden, wie selbst  
werden ihn doch nicht verkaufen, um Fabriken hinbauen zu lassen.  
(Sehr richtig!) Der Fiskus kauft doch aber wieder das ganze  
Terrain ab und baut seine Baracken hin. Die Spitze am Kanal  
bei der Kunheimischen Fabrik haben wir doch erst erworben, um  
dort eine gerade Straße zu erlangen. Heute wird das alles für  
unförmig erklärt; sobald eben der Militärfiskus kommt, duckt sich der  
Magistrat jedesmal und macht einen krummen Buckel. (Der Vor-  
steher rügt diese Ausdrucksweise.) Die Stadt könnte doch ein so  
schönes Terrain später selbst anderweit vermieten. Ich beantrage  
die Ablehnung der zweiten Vorlage und die Enteignung des  
Terrains für die Fußgängerbrücke. Das Beispiel des Victoria-  
speichers ist eine dringende Warnung. Wie steht es denn übrigens  
mit der Kanalisierung der Kaiserne in Kretzow, wofür die Stadt  
doch eine auf den Brückenbau bezügliche Gegenleistung gefordert  
hatte?

Magistratsrat Dr. Franz: Der Magistrat duckt sich nicht vor  
der Militärbehörde, darum handelt es sich gar nicht. Was die  
Stadt seinerzeit erreichen wollte mit der Kanalisierung der Kaiserne  
ist eben nicht erreicht worden. Der Fiskus hat gar nicht geantwortet.  
Der Polizeipräsident verlangt jetzt von uns die Entfernung eines  
Grundstückes der Eisenbahnbrücke, die ein Hindernis für die Schiff-  
fahrt ist. Dem müssen wir nachkommen. Eine neue Fußgänger-  
brücke ist bereits Beschluß der städtischen Behörden. Eine  
Notbrücke ist notwendig. Dazu brauchen wir ein Stück fiskalisches  
Landes, das wir leicht bekommen können, wenn wir uns auf den  
Tausch einlassen. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Haberland (R. L.) hält den geforderten Preis für an-  
gemessen. Man werde bei der Enteignung nicht billiger wegkommen.  
Fast durchweg müsse die Stadt im Enteignungswege mehr zahlen,  
als vorher gefordert worden war. Die Brückenangelegenheit müsse  
endlich in Ordnung kommen. Die Plänterwaldfläche sei kein Ver-  
ständnis des Rates und der dafür geforderte Preis ebenfalls an-  
gemessen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Gleichviel was das Enteignungs-  
gesetz vorschreibt, in so strittiger Sache ist die Enteignung immer  
vorzuziehen. Ich will lieber die Brücke im Zuge der Eisenbahn-  
straße vermissen, um nur recht schnell zu der Brücke im Zuge der  
Monteuffelstraße zu kommen. (Zustimmung.) Dem Verkehrs-  
bedürfnis wird nur durch diese letztere Brücke genügt, nicht durch  
das Surrogat im Zuge der Eisenbahnstraße. Die Plänterwald-  
parzelle sollen wir nun noch als eine Art Kompensation in Kauf  
geben, und sie ist tatsächlich nur ein Teil dessen, was der Fiskus  
früher noch weiter von uns verlangen wird. Die Garnison ist ja  
gar nicht Berlin, sie ist Trepow, Berlin hat also gar keine Ver-  
pflichtung, dem Fiskus irgendwie entgegenzukommen. Soll der  
wunderschöne Wasserweg, den Berlin dort geschaffen hat, auf diese  
Weise Schaden erleiden? Verweisen Sie die Vorlage in den Aus-  
schuss zurück!

Stadtv. Goldschmidt (R. L.) schließt sich letzterem Antrage an.  
Der vom Fiskus verlangte Preis scheint tatsächlich zu hoch; ander-  
erseits werde Berlin von der einmal verkauften Plänterwald-  
Parzelle, so lange Deutschland steht, nichts wiedersehen.

Stadtv. Haberland entgegnet dem Stadtv. Borgmann, daß er  
mit seinem Vorschlag die so wünschenswerte Ausführung der  
Brückenbauten nur verzögere.

Stadtv. Paul (R. L.): Die abzutretende Parzelle ist gar kein  
Bestandteil des eigentlichen Plänterwaldes (Widerspruch); der  
bleibt in seiner Schönheit durchaus erhalten.

Die Zurückverweisung an den Ausschuss wird abgelehnt, die Aus-  
schussvorschlüsse gelangen mit schwacher Mehrheit zur Annahme.

Der Antrag Arons u. Gen. (Soz.), den Magistrat zu er-  
suchen, daß in Zukunft ebenso wie für die 1. und 2. Abteilung  
auch für die 3. Abteilung 18 Wahlbezirke für die  
Stadtverordnetenwahlen gebildet werden, ist seinerzeit vom Aus-  
schuss mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt worden. Am  
18. Januar er. verwies die Versammlung den Ausschussbericht mit  
einem Antrage Deusch, im Interesse der Gleichmäßigkeit der  
Wahlen für die 1. und 2. Abteilung je 48 Bezirke zu bilden, an  
den Ausschuss zurück, der am 8. Mai neuerdings beraten hat. Der  
Antrag Deusch ist einstimmig, der Antrag Arons gegen 3 Stimmen  
abgelehnt worden; dagegen hat der Ausschuss folgende Reso-  
lution einstimmig angenommen: „Den Magistrat  
zu ersuchen, baldmöglichst, spätestens aber bis vor den Wahlen  
Ende 1909, eine Neueinteilung der Wahlkreise der  
3. Abteilung entsprechend der veränderten Wählerzahl vor-  
zunehmen.“

Referent ist Stadtv. Liebenow (R. L.).

Von den soz.-fortschrittl. Mitgliedern Macgraff  
u. Gen. ist beantragt, die Neueinteilung auch auf die Wahlbezirke  
der 1. und 2. Abteilung mit zu erstrecken.

Stadtv. Deusch (soz.-fortschr.): Wir liegen Daten vor, welche  
für die 1. und 2. Abteilung womöglich noch größere Ungleichheiten  
in der Wählerzahl nachweisen als in der dritten. (Referent teilt  
einige Zahlen mit.) Will man eine Ungerechtigkeit beseitigen, so  
beseitige man sie in der 1. und 2. Abteilung auch!

Stadtv. Borgmann: Wir haben gegen den Antrag nichts ein-  
zutenden, wenn uns auch die 1. und II. Abteilung naturgemäß nicht  
so am Herzen liegt. Unseren ursprünglichen Antrag haben wir heute  
nicht wieder eingebracht bei dieser völligen Ausschusslosigkeit. Die  
Darlegungen der Mehrheit des Ausschusses sind keineswegs  
sachlich fundiert. Es besteht keine Gefahr, daß wie 1882 der Ober-  
präsident einem auf Grund unseres Antrages gefassten Beschlusses wider-  
sprechen würde, denn in der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse sehr  
verändert. 1882 durfte nicht in Unterabteilungen gewählt werden,  
heute ist das gesetzlich zulässig, es wird ja heute in manchen Be-  
zirken in zehn Unterabteilungen gewählt. Das wichtigste bei unserem  
Antrage aber ist die Tatsache, daß dann die betreffenden Wähler  
alle zwei Jahre sämtlich an die Wahlurne geführt werden und da-  
durch ein viel größeres und lebhafteres Interesse für die öffentlichen  
Angelegenheiten in diese Kreise getragen wird, als es bei dem jetzigen  
sechsjährigen Turnus möglich ist. Wir haben doch alle gleiche Ursache, die  
Wahlerschaft mehr als bisher für die kommunalen Verhältnisse zu  
interessieren. Die Wahlbeteiligung wird nicht geringer werden, denn  
die Analogie der I. und II. Abteilung kann doch nicht herangezogen  
werden. Prozentual ist übrigens in der I. Abteilung die  
Beteiligung manchmal größer als in der dritten. Jedenfalls  
bitten wir heute um die Annahme der Resolution des Aus-  
schusses. Damit, daß wir Anträge gestellt haben, um eine  
Verbesserung des Wahlverfahrens herbeizuführen, wollen wir natür-  
lich keineswegs dieses Wahlverfahren als ein gerechtes anerkennen,  
unsere Bemühungen werden vielmehr stets und immer auf die Ver-  
seinerung desselben gerichtet bleiben und wir laden Sie ein, dabei  
kräftig mitzuwirken, daß wir auch in der Gemeinde das allgemeine,  
gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bekommen! (Beifall.)



Eine weitere Diskussion wird nicht beliebt. Der Referent sucht die Einwände der Vorredner zu entkräften. Er plädiert dabei auch eifrig gegen den Antrag Deutsch, der dem Ausschusse gar nicht vorgelegen hat. Stadtv. Deutsch sieht darin einen „Mißbrauch“ der Referentenfunktion, nimmt diesen Ausdruck aber auf Vorhalten des Vorstehers zurück.

Die Anträge Krans und Deutsch werden abgelehnt, der Ausschuhvorschlag findet eine große Mehrheit.

Die verabschiedete Errichtung eines Düngebanens auf dem Viehhofe, der 11 200 M. kosten soll, hat der niedergesetzte Ausschuh abgelehnt. Dagegen soll der Magistrat ersucht werden, der Vieh- und Schlachthofverwaltung aufzugeben, den frischen Dünger sobald als möglich zu verkaufen und eventuell durch einen Unternehmer jede Tagesration sofort abfahren zu lassen.

Die Verammlung beschließt nach kurzer Debatte gemäß dem Ausschuhantrage.

Stadtv. Cassel (A. L.) berichtet hierauf über die bisherigen Verhandlungen des Ausschusses für die Reuwahl eines Stadtschulrates und eines unbesoldeten Stadtrates. Die Stadtschulratsstelle soll mit 12 000 M. Gehalt ausgeschrieben werden; Meldungen sind bis 15. Juli einzureichen.

Die Verammlung stimmt den Ausschuhentwürfen zu.

Die Bestellung von 16 Kistenwagen für die städtische Verwaltung soll auch für die drei Jahre vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1909 wie bisher dem Fuhrverleihsbesitzer Riehoff, Greiswalderstraße 200, übertragen werden. Der Mietpreis pro Wagen wird von 2200 auf 2250 Mark erhöht und die Zahl der Wagen um drei vermehrt.

Stadtv. Sassenbach (Soz.): Die Firma Niehoff zahlt ihren Ausschuhern Löhne bis zu 18 M. herunter. Ein solcher Lohn entspricht weder dem durchschnittlichen Tagelohn, noch dem Mindestlohn städtischer Arbeiter. Wir wollen keinen Antrag stellen, sondern nur betonen, daß wir es für das Recht und die Pflicht der Kommune halten, auch bei der Vergabe von städtischen Arbeiten für angemessene Entlohnung der Arbeiter zu sorgen. Ich bitte den Magistrat zu versuchen, einen höheren Lohn für die Ausschuh zu erlangen, und auch in künftigen Fällen keine Vermehrungen in dieser Richtung aufzugeben. In den abzuschließenden Verträgen dürfen diese Fragen nicht nebensächlich behandelt werden, sondern sie haben die Hauptrolle zu spielen.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

Von dem alten Wasserwerkgrundstück vor dem Stralauer Tor sollen fünf Parzellen mit etwa 6044 Quadratmeter an der Naglerstraße und am Warschauerplatz zum Preise von 125 M. pro Quadratmeter an die Firma „Berliner Mörtelwerke“ Gebr. Labbert und den Kaufmann Albert Labbert verkauft werden.

Die Vorlage wird angenommen, nachdem auf Antrag des Stadtv. Schloppe (A. L.) die Bedingung hinzugefügt ist, daß spätestens in drei Jahren mit der Bebauung begonnen werden muß. Die Ueberlassung des Bestandes des Rathhauses an die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft für einen Vergrühungsabend gelegentlich ihrer 20. Wanderansammlung Mitte Juni 1906 und für den Empfang des Vereins Deutscher Ingenieure am 9. Juni aus Anlaß seiner 47. Hauptversammlung wird genehmigt.

Der Magistrat hat der Verammlung jetzt seine Vorschläge betreffs anderweitiger Festsetzung der Grundsätze für die Aufnahme in die städtischen Heimstätten unterbreitet. Im wesentlichen folgt er den Beschlüssen, welche die eingesezte gemischte Deputation im Dezember 1905 für diese Revision gefaßt hat. Danach sollen hinfert:

I. in die Heimstätten für Gensende (zurzeit Blankenburg und Heinerödorf) 1. hier wohnende und hier unterstützungsberechtigte Personen aufgenommen werden, welche nach einer überstandenen Krankheit oder zur Verhütung einer zu befürchtenden Krankheit zwecks schnellerer Wiedererlangung ihrer Gesundheit oder ihrer Erwerbsfähigkeit der Ruhe und Pflege bedürfen und diese in ihrer eigenen Häuslichkeit nicht finden können; 2. Wöchnerinnen mit ihren Kindern.

Ausgeschlossen von der Aufnahme sind Epileptische, Schwindsüchtige, Syphilitische und Alkoholiker.

II. In die städtischen Heimstätten für Brustkranke (z. B. Blankenfelde, Malchow, Gütergoy und Buch) unter den gleichen Voraussetzungen Brustkranke, bei welchen der Krankheitsprozeß zu einem gewissen Stillstand gekommen ist, die kein Fieber haben und Herstellung einer Erwerbsfähigkeit erwarten lassen.

Ausgeschlossen sollen neben den oben genannten Kategorien auch Schwerkranke sein.

Der Vorsteher Dr. Langerhans beantragt die Vertweifung der Vorlage an einen Ausschuh.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): An sich hätten wir nichts gegen eine nochmalige Erörterung, aber ich gebe doch zu bedenken, daß die Sache schon in gemischter Deputation aufs eingehendste erörtert und einmütig gegen eine Stimme, allerdings die unseres verehrten Vorstehers, im Sinne der Vorlage entschieden worden ist. Es wäre also eigentlich erneute Ausschuhberatung unnötig.

Gegen 8 Stimmen wird der Antrag Langerhans abgelehnt; die Vorlage gelangt fast einstimmig zur Annahme.

Schluß gegen 8 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Und wieder Unternehmerterrorisnius.

Auch in Dortmund ist wieder ein solcher Fall zu verzeichnen, wo augenblicklich die Dachbedergerhelfen streiken. Verschiedene Meister erklärten sich sofort bereit, die Forderungen zu bewilligen, es wurde also bei diesen weiter gearbeitet. Der Streik stand somit recht günstig, zumal eine christliche Streikbrecherorganisation am Orte nicht vorhanden ist. Nun hat aber, wie in Königsberg, die Unternehmerorganisation einen Gewaltstreich gegen jene Meister ausgeübt, die das „Verbrechen“ begingen, die Forderungen der Gehlfen zu bewilligen. Näheres darüber besagt folgender Brief, der bei der Organisation der Dachbedergerhelfen eingegangen ist. Der Brief lautet:

Dortmund, den 26. Mai 1906.

#### Einschreiben.

In den  
Dortmunder Dachbedergerhelfen-Verband  
z. H. des Herrn H. Wang

Dortmund

Restaurations- und Köchereiche.  
Hierdurch muß ich Ihnen zu meinen Bedauern die Mitteilung machen, daß ich die in der Lohnfrage mit Ihnen getroffenen Vereinbarungen bezw. meine Unterfertigung zurückziehen genötigt bin, da mir durch das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes und der Dachbedergerhelfen-Vereinigung im anderen Falle in der Materiallieferungsforderung usw. derartige Schwierigkeiten bereit werden, daß ich eventuell gezwungen bin, mein Geschäft aufzugeben.

Ich mußte daher meine Gehlfen heute abend wieder entlassen, verspreche Ihnen dagegen, in den in der Lohnfrage stattfindenden Verammlungen für die geforderte Lohnerhöhung auf das wärmste einzutreten.

Hochachtungsvoll

H. Friedrich.

Daß hier eine direkt strafbare Handlung vorliegt, kann gar nicht in Zweifel gezogen werden, aber trotzdem darf man nicht erwarten, daß der Staatsanwalt einschreiten wird. Wenn die Streikenden gegen Arbeitswillige in gleicher Weise vorgehen würden, dann wäre es freilich etwas anderes.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet das Vorgehen der Königsberger Tischlermeister als „nachahmenswertes Beispiel“. Wie man an obigem sieht, handelt es sich gar nicht um ein „Beispiel“, um ein vereinzelt Vorkommnis, sondern um eine ständig geübte Praxis des Unternehmertums. Der Unternehmer ist kein „Herr im Hause“, sondern bei der jeglichen Entwicklung der Verhältnisse Sklave des Scharfmachertums. Der „Deutschen Tageszeitung“ ist freilich jede Sklaverei recht.

### Berlin und Umgegend.

Die Berliner Mitgliedschaft des Verbandes der Buchdrucker nahm in ihrer letzten Verammlung nach dem „Korrespondent“ folgende Resolution an:

Die am 16. Mai im Gewerkschaftshaus tagende Verammlung des Berliner Bundes erklart in dem Richterheinen eines Manifestes im „Korrespondent“ einen den Prinzipien der modernorganisierten Arbeiterschaft zuwiderlaufenden Willkürakt der Redaktion, spricht derselben ihre entschiedene Mißbilligung aus und verwahrt sich ganz energisch gegen eine solche Stellungnahme, die einem Arbeiterblatte zur Unrecht gereicht und geeignet ist, die deutschen Verbandskollegen der vorwärts strebenden Klassenbewußten Arbeiterschaft gegenüber als rückständig erscheinen zu lassen.

Wenn nun auch von einer Seite als Erklärung für das Verhalten der Redaktion angeführt wurde, daß sich diese doch in einer recht eigentümlichen Lage befände, wenn sie für die Feier des 1. Mai agitieren solle, der Verband aber die hieraus sich ergebenden Konsequenzen ablehne, so kam dem gegenüber die Ansicht zum Ausdruck, daß man es doch gern gesehen und mit Freuden begrüßt hätte, wenn gerade jetzt, angesichts der bevorstehenden Tarifrevision, in einem Maiartikel der Prinzipalität die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit demonstriert worden wäre.

### Achtung, Kleber und Bauhandwerker!

Die Sperre über die Firma Linke, Rigackerstr. 100 — Bau Friedenau, Frege- und Holzsteinischestraßen-Ecke —, besteht für die bei und organisierten Kleber nach wie vor.

Die Aufhebung der Sperre seitens der Achtzehnerkommission, weil der Unternehmer Linke den Tarif „anerkannt“ habe, geschah nach unserer Ansicht nicht rechtmäßig.

Herr Linke hat auch unserer Organisation mitgeteilt, daß er den auf diesem Bau beschäftigten Klebern den Tarif bewillige, aber daß die Tarifpreise tatsächlich bezahlt werden, bestreiten wir so lange, als wir keine Kontrolle darüber haben. Der Unternehmer Linke hat nach gepflogenen Unterhandlungen vor Verhängung der Sperre der Kommission gegenüber erklärt, daß er den Bau in Lohn fertig stellen lasse. In Wirklichkeit hat er den Kollegen ganze 2 Pf. pro Rolle zu den 25, 40 und 50 Proz. unter den Tarifpreisen betragenden miserablen Affordpreisen zulegen wollen, während sie der Kommission erklären sollten, sie arbeiten in Lohn! In Konsequenz dessen verhängten wir die Sperre und verlangten nun vom Unternehmer nicht nur eine „Anerkennung“ des Tarifs, sondern forderten, daß der Unternehmer bei eventuellen Klagen den Tarif für sich als verbindlich anerkennen solle, die Arbeitswilligen zu entlassen und von unserem Arbeitsnachweis mindestens zwei Kollegen einzustellen habe, um kontrollieren zu können, ob die Tarifpreise auch wirklich bezahlt werden. Diese unsere Forderungen halten wir auch jetzt noch aufrecht. Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer.

Bureau: Schützenstr. 18/19. Tel. I 8282.

### Deutsches Reich.

#### Das Ende einer Tragikomödie.

Die Scharfmacherpresse bringt folgende Mitteilung:  
In der Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 29. Mai d. J. wurde festgestellt, daß die streikenden Eisenarbeiter der Bezirksverbände Braunschweig, Breslau, Dresden und Hannover ihre Forderung nach Mindestlöhnen zurückgezogen und sich damit abgefunden haben, daß die Arbeitgeber eine Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterorganisationen ablehnen. Demzufolge beschloß der Vorstand, daß die auf den 2. Juni d. J. festgesetzte Aussperrung nicht zur Ausführung kommen soll.

Die Situation war für das Unternehmertum so brenzlich geworden, daß ihm Logik und chronologischer Sinn abhanden gekommen sind.

Man beachte:

Am 29. Mai hob der Verband der Metallindustriellen nach seiner eigenen Mitteilung die Aussperrung auf, weil die Arbeiter zu Kreuze gekrochen seien.

Am 30. Mai erst — einen Tag später! — kam in Hannover die Einigung der beiden Siebenerkommissionen zustande!

Am 31. Mai erst beschloßen die Former Hannover, sich mit diesen Bedingungen einverstanden zu erklären!  
Damit ist der gewaltige Kampf zu Ende, an dem das stetige Zurückweichen der Scharfmacher die bemerkenswerthe Erscheinung ist. Anfangs erklärten sie, überhaupt nicht verhandeln zu wollen, später waren sie dazu bereit mit „ihren Arbeitern“, d. h. in jedem Betriebe einzeln, und zuletzt mußten sie in Hannover, wo der Abschluß mit einer Siebenerkommission für alle Betriebe gemeinsam verhandeln. Genau so lag es mit der Lohnfrage. Prozig lehnten sie zu Beginn des Kampfes jede Erörterung der Lohnfrage überhaupt ab, dann wollten sie jedem einzelnen Betriebshaber eine Lohnaufbesserung überlassen und schließlich mußten sie die modifizierten Forderungen der Arbeiter doch noch bewilligen.

Wenn auch das Erreichte für die Metallarbeiter nicht den ursprünglichen Forderungen entspricht, so ist es doch ein großer Erfolg, daß die Organisation der Arbeiter das brutale Scharfmachertum niedergebrennt hat! Noch am Mittwoch voriger Woche erklärten die Unternehmer Hannover, was sie bis jetzt bewilligt hätten — damals war noch gar keine Lohnerhöhung zugesagt — sei das Keuperste der Zugeländnisse. Schließlich brachen sie die Verhandlungen ab. Und als die Arbeiter dann erklärten, sich nicht zu beugen, da kamen die Scharfmacher selbst zu den Arbeitern, luden die Kommission zu neuen Verhandlungen und machten Zugeländnisse bezüglich des Lohnes!

Dortin liegt der bedeutendste Erfolg des Kampfes und ein Kommissionsmitglied der Arbeiter sagte den Arbeitgebern auch am Schluß der Verhandlungen, daß die Arbeitgeber, wenn sie mit dem Metallarbeiter-Verbande gleich in Verhandlung getreten wären, dies alles ohne Aussperrung erreichen konnten. Dem pflichteten einige Arbeitgeber vollkommen bei; sie haben das eine als Erfahrung gewonnen, daß weder die erfolgte, noch die angekündigte Aussperrung auf die Arbeiter Eindruck gemacht hat.

Die durch den Verband deutscher Kachelofenfabrikanten angekündigte Aussperrung wird mit dem 2. Juni perfekt. Was jetzt im Hauptbureau des Verbandes der Töpfer 35 Orte gemeldet, in denen zum „heiligen“ Pfingstfeste die Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen werden. Außer den in einigen Orten im Streik befindlichen Töpfern kommen für den Verband noch zirka 2000 Kollegen in Frage, die unterstützt werden müssen. Die Organisation verfügt indes über die erforderlichen Mittel, um diese brutale Aussperrung genügend lange Zeit aushalten zu können. Durch Verdoppelung der Verbandsbeiträge der in Arbeit verbleibenden Verbandsmitglieder ist die Organisation außerdem imstande, noch extra Kampfmittel aufzubringen. Die Organisation der Töpfer kann also den Aussperrungskampf mit frischem Mut aufnehmen.

Beleuchtet aber mag werden die Ursache, weshalb die Kachelofen zur Aussperrung greifen. Seit dem 1. April befinden sich die Breslauer Töpfer und Ofenseher im Streik. Dieser ist ein völlig gerechtfertigter, da die meisten Provinzstädte Schlesiens einen höheren Lohnstarif aufweisen, als die schlesische Hauptstadt. Allerdings kamen die Unternehmer entgegen; die Profamen aber, die sie geboten haben, sind völlig ungenügend. Deshalb wird der Breslauer Kampf nach mehreren vergeblichen Verhandlungen bis zum heutigen Tage weitergeführt. Auch das Eingreifen der Leitung des Fabrikantenverbandes erwies sich als nutzlos, nutzlos vor allem deshalb, weil der Vorsitzende dieser Organisation, der Herr Polko-Meißner, nicht zu vermitteln suchte, sondern im Gegenteil die Breslauer Unternehmer scharf machte. Eine am 18. Mai abgehaltene Fabrikantenverammlung forderte sodann gegen eine Stimme den bekannten Aussperrungsbeschlusse zutage. Die fast einstimmige Annahme des Aussperrungsantrages zeigt, daß viele Fabrikanten die Sache nicht ernst genommen haben, in der Erwartung, daß der Verband der Töpfer bei der mit Vauten und Drommeln verkündeten Aussperrung wie ein Taschennmesser zusammenklappen und den Breslauer Streik beenden würde. Die Herren haben sich aber gründlich getäuscht. Der Verband ist genügend vorbereitet, um den Kampf mit aller Kraft auch auf der ganzen Linie aufzunehmen. Darob enttäuschte Gesichter bei einem Teile, z. B. den Besseren Fabrikanten. Auch kommt der Beschluß der Ofenfabrikanten den Ofensehemestern sehr unlegen, da auch sie durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen werden, weil an vielen Stellen auf Vauten Warenmangel in Aussicht steht. Auch sind die Ofensehemester entrüstet, daß sie bei dem Aussperrungsbeschlusse seitens der Fabrikanten nicht gehört worden sind.

Im Töpfergewerbe existieren nämlich zwei Organisationen der Arbeitgeber, der Deutsche Kachelofenfabrikanten-Verband und der Verband Deutscher Töpfer- und Ofensehemester. Letzterer, eine respectable Organisation, ist aber bei dem folgenschweren Beschluß des Fabrikantenverbandes gar nicht eingeladen und gehört worden, da beide Organisationen gewisser Geschäftsfragen wegen sich nicht grün sind. Darob nun große Entrüstung eines Teiles der Ofensehemester.

Der Organisation der Töpfer kann dies alles gleichgültig sein. Ihr Weg ist klar vorgezeichnet. Von einer Wiederaufnahme der Arbeit zu den gebotenen Bedingungen kann und darf in Breslau nicht die Rede sein. Deshalb nimmt die Organisation der Töpfer den hingeworfenen Fehdenhandschuh ohne Zaudern auf. Die Verhältnisse liegen so, daß dieser seitens der Unternehmer brutal vom Zaune gebrochene Gewaltakt zugunsten der Organisation ausfallen wird.

In der Lampenfabrik von C. A. Kleemann zu Erfurt sind Differenzen ausgebrochen. Wir erfuchen, Zuzug von Erbkern, Drechern, Gürtlern, Monteuren, Metallformern und Schleifern fernzuhalten.

Maureraussperrung in Düren (Rheinland). Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat alle organisierten Maurer in Düren ausgesperrt, weil sie bis zum 30. Mai die Arbeit an dem Neubau der evangelischen Volksschule nicht wieder aufgenommen haben. Kürzlich haben die Unternehmer des Tischlergewerbes in dem nämlichen Düren die organisierten Tischlergehlfen ausgesperrt, lediglich weil sie Lohnforderungen gestellt hatten. Düren ist eine Hochburg des Zentrums, und bei beiden Aussperrungen kommen vorwiegend Mitglieder der Zentrums-Gewerkschaften in Betracht.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Nachwehen der Eisenacher Wahl.

Eisenach, 31. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen Auflauf und Ruhestörung am Stichtag standen 21 Angeklagte vor der Strafkammer. Nach zehntägiger Verhandlung wurden 18 Angeklagte zu insgesamt 32 Wochen Gefängnis, 1 Woche Haft, 115 Mark Geldstrafe verurteilt. Drei Angeklagte sind freigesprochen.

### Feuerdrusch.

Freiburg (Schweiz), 31. Mai. (B. Z. V.) Seit 1 Uhr mittags brennt bei heftigem Südwestwind das 15 Kilometer südöstlich von Freiburg belegene Dorf Pfaffen bei dem Weiler Nied. Bis 2 Uhr standen ungefähr 50 Gebäude in Flammen.

### Amnestie in Frankreich.

Paris, 31. Mai. (B. Z. V.) In dem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat wurde im Prinzip beschlossen, der Deputiertenkammer nach ihrem Wiederszusammentritt einen Entwurf für eine allgemeine Amnestie vorzulegen, die auf alle wegen Vergehens bei den Inventuraufnahmen, bei Aufständen und im Zusammenhang mit der antimilitaristischen Propaganda sowie wegen Verstoßes gegen das Pres- und das Versammlungsgesetz verurteilten Anwendung finden soll.

### Hochseits-Bomben.

Madrid, 31. Mai. (B. Z. V.) Auf dem Rückwege nach dem Schloße wurde in der Calle Major auf den königlichen Hochseitszug nahe bei dem Wagen, in dem der König saß, eine Bombe geworfen.

Madrid, 31. Mai. (B. Z. V.) Die gegen den königlichen Hochseitszug geschleuderte Bombe war in einem Blumenstrauße verborgen. Der Wagen des Königs ist stark beschädigt. Das Haus, vor dem der Anschlag ausgeführt wurde, ist durch Gendarmen abgesperrt worden. Der Minister des Innern, der Zivilgouverneur, die Staatsanwaltschaft erschienen sofort an der Stelle. Es sind zwei Personen verhaftet worden; der eine ist Ausländer, der andere Spanier. Der letztere, der sich sehr niedergeschlagen zeigt, ist angeblich Student und achtzehn Jahre alt.

### Die Agrarforderungen der Duma.

Petersburg, 31. Mai. (B. Z. V.) Reichsduma. Die Sitzung wird um 3 1/2 Uhr wieder eröffnet. Die Duma geht zur Debatte über die Agrarfrage über. Abgeordneter Professor Petrajitsch ergeht sich in längerer Rede über das Programm der Enteignung von privatem Landbesitz und setzt die Notwendigkeit einer derartigen Enteignung vom Gesichtspunkt des öffentlichen Wohles auseinander. Er sieht jedoch Gefahren voraus bei der Reform, die imstande sein würde, die Ausbreitung der Kultur und Zivilisation in der Zukunft zu beeinflussen, indem sie Rußland zu einem Bauernstand par excellence machen würde. Die Debatte wird sehr lebhaft. Professor Herzenstein, Abgeordneter für Roslaw, hält eine lange Rede, die häufig von tosendem Beifall unterbrochen wird, in der er die finanzielle und wirtschaftliche Politik der Regierung kritisiert, gegen die Angriffe auf die Bildung der Bauern protestiert und auf Dänemark, das Land der Bauern, hinweist, wo es hundert Volkshochschulen gebe. Redner kommt zu dem Schluß, daß an dem Grundsatze der Zwangsenteignung für ganz Rußland nicht gerüttelt werden dürfe, wenn auch die Ausführung im einzelnen eine verschiedene sein könne. (Anhaltender Beifall.) Die Sitzung schließt um 7 Uhr abends.



Haus der Partei.

Genosse Goldstein und der sächsische Etat. Genosse Reichstags- und Landtagsabgeordneter Goldstein-Zwidau gibt zu der freisinnigen Meldung, daß er im sächsischen Landtag für den Etat gestimmt habe, im „Sächsischen Volksblatt“ folgende Erklärung ab:

Ich habe in der Tat dadurch, daß ich bei der Abstimmung irtümlich sitzen blieb, anstatt dagegen aufzustehen, für den Etat gestimmt. Im Reichstage findet bekanntlich der umgekehrte Abstimmungsmodus statt. Konsequenzen daraus lassen sich jedoch nicht ziehen, da sich das nicht wiederholen wird, weil ich ebenfalls auf dem Standpunkte stehe, daß der sächsische Massenregierung kein Vertrauensvotum durch die Zustimmung zum Gesamtetat gegeben werden darf.

Es handelt sich also um ein Versehen, daraus die Gegner, wenn sie anständig kämpfen wollen, kein Kapital schlagen können. Ob sie das wollen, das ist allerdings die Frage. Für die Partei ist jedenfalls die Sache mit der Erklärung Goldsteins erledigt.

Vom Wachstum der Presse. Seit dem 1. Februar hat der Draumschweiger „Volksfreund“ über 1000 neue Abonnenten gewonnen. Die Steigerung dauert fort.

Die Frage der Reichstagskandidatur beschäftigt zurzeit die Genossen des Wahlkreises Sorau-Forsitz. Eine Kommission war eingesetzt, um Vorschläge zu machen. Bevor sie Bericht erstatten konnte, haben nun die Ortsvereine in Sacro und Eulo, deren jeder etwa 20 Mitglieder umfaßt, beschloßen, ihre Delegierten zur Generalversammlung des Kreisvereins zu beauftragen, den Genossen Markwald als Kandidaten vorzuschlagen.

Die Kommission wendet sich in einer Erklärung in der „Märk. Volksstimme“ gegen dies Verfahren, daß die Arbeiten der Kommission nach außen und nach innen schädigen müsse. Die Kommission erwartet, daß die übrigen Ortsvereine sich dem verfahrenen Vorgehen von Sacro und Eulo nicht anschließen, sondern von bestimmten Vorschlägen zur Kandidatur solange absehen, bis die Kommission ihren Bericht erstattet habe, der spätestens zur Generalversammlung des Wahlvereins erfolgen solle.

Die Ortsvereine von Eulo und Sacro antworten mit einer Erklärung, daß mit der Wahl der Kommission das in unserer demokratischen Organisation jedem Parteigenossen zustehende Recht, auch seinerseits Vorschläge zu machen, nicht erlösche.

„Wieder ein gemäßigter sozialdemokratischer Redakteur.“ Unter dieser schönen Epithete geht durch die Ordnungspresse folgende aus der „Freien Deutschen Presse“, dem freisinnigen Organ entnommene Notiz:

Der langjährige Redakteur der sozialdemokratischen „Vergissenen Arbeiterstimme“ in Solingen, Otto Ray, war kürzlich dieser Stellung entlassen worden, weil er seine geistige Unabhängigkeit nicht gänzlich unter den Willen einiger örtlichen Parteiführer hätte beugen wollen. Es hieß, daß ihm seitdem das Elberfelder sozialdemokratische Organ „Freie Presse“ in seiner Redaktion Unterkunft geboten habe. Das ist nun, wie wir erfahren, nicht geschehen, wohl aber hat man den akademisch gebildeten Mann, der die geistigen Interessen seiner Partei seit fast zwei Jahrzehnten vertritt, an der genannten Zeitung zum „Annoncen-Acquisiteur“ gemacht.

Unsere Leser wissen, daß Genosse Ray seine Stellung in Solingen selbst aufgegeben hat, und daß seine Kündigung nicht mit irgend welchem Angriff auf seine „geistige Unabhängigkeit“ zusammenhängt. Wie frech die „Freie Deutsche Presse“ drauflosläßt, zeigt nebenbei der Umstand, daß Ray, den sie als „akademisch gebildeten Mann“ präferiert, gelehrter Buchdrucker ist.

Der Parteitag der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs, der dieser Tage zu Bemberg tagte, nahm nach einem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Dajczyski über die Wahlreform nach unerheblicher Debatte einstimmig folgende Resolution an:

Der zehnte Kongress der polnischen sozialdemokratischen Partei erklärt, daß das vorliegende Wahlreformprojekt der Regierung die Wafis für die Bestrebungen zur Erringung des allgemeinen Stimmrechts abgeben könne. Obwohl der Kongress nicht verkennt, daß diese Vorlage eine Reihe von Mängeln enthält, erklärt er doch, daß er sie akzeptiert, da sie die Kurien abschafft und alle Versuche der Feinde des Projektes, die auf eine Verfrächtung des allgemeinen Wahlrechtes durch Einführung des Pluralitätswahlrechtes, einer längeren Sechshaftigkeit, der Wahlpflicht usw. hinauslaufen, zurückweist. Konform mit den Beschlüssen der kürzlich in Wien stattgefundenen Tagung der Gesamtleitung der Partei fordert der Kongress endlich sowohl die Industriellen wie die ländlichen Arbeiter auf, sich für den Massenstreik bereit zu halten, um ihn eventuell sofort bei einer wirklichen Gefährdung der Wahlreform beginnen zu können.

Die Partei in Japan bemüht sich, trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen ihrer Schriften, festen Fuß zu fassen. Rippon Shantoku ist der Parteiname und das Bureau befindet sich in 1-3 Chome, Misakicho, Kanda, Tokio. Die Leitung liegt in Händen eines Komitees von 13 Mitgliedern, die von den Genossen gewählt wurden. Parteisekretäre sind Sakai, Morichika und Nishitawara. Sakai war früher Redakteur am „Doroju Choho“, der beliebtesten und gelesensten Zeitung Japans; er gab seinen Posten auf, als die Zeitung sich für den Krieg mit Rußland erklärte. Morichika war früher Regierungsbeamter, verlor aber seiner sozialistischen Gesinnung wegen seinen Posten und bekleidet jetzt in Tokio einen Nebenposten. Nishitawara war Mitredakteur an „Heimin Shimben“ und „Sholagen“, zwei fortschrittliche Blätter, die von der Regierung unterdrückt wurden. Eine neue Monatschrift, „Studium des Sozialismus“ (34 Seiten) ist in Tokio erschienen; außerdem besteht noch eine Halbmonatschrift, „Das Licht“, japanisch „Hikari“.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Der glaubwürdige Polizeist und der unglaubwürdige Bürger. Zu der Verurteilung des Genossen Scholle von der „Düsseldorfer Volkszeitung“ wird uns noch des näheren gemeldet:

Der inkriminierte Artikel behauptete, ein Polizeibeamter, dem ein schroffes Wesen eigen sei und der sich schon durch äneidiges Vorgehen gegen Streikende ausgezeichnet habe, habe in betrüblichem Zustande einen auf der Straße spielenden Jungen schwer mißhandelt. In der Verhandlung beschwor der Polizeibeamte, daß er nicht betrunken gewesen und dem Jungen, der Unfug auf der Straße verübt, nur einen leichten Klaps gegen den Kopf gegeben habe. Ein Teil der Zeugen bestätigte, daß der Polizeibeamte geschwanks habe, während einige erklärten, gesehen zu haben, wie der Beamte dem Jungen Ohrfeigen verabreichte. Der Arbeiter Womm, der den Vorfall von Anfang an beobachtet hatte, schilderte denselben genau so, wie er in der „Volkszeitung“ wiedergegeben war. Vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß seine Aussagen mit denjenigen des Beamten in Widerspruch ständen, erklärte er, daß er die Wahrheit gesagt habe. Der Staatsanwalt beantragte, die Aussage des Womm zu protokollieren, ein Antrag des Verteidigers, weitere Zeugen zu laden, die die Auslassungen des Womm bestätigen sollten, wurde abgelehnt, dem Antrag des Staatsanwalts aber stattgegeben. In seinem Plaidoyer behauptete der Staatsanwalt, Womm habe unter Eid die Unwahrheit gesagt. Er forderte seine Verhaftung; für Scholle hielt er eine Geldstrafe nicht für angebracht, denn sie würde doch von anderer Seite bezahlet, er hielt aber 14 Tage Gefängnisstrafe für ausreichende Sühne.

Das Gericht ging über den Antrag hinaus, Scholle wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt und Womm wegen dringenden Verdachts des Meineids verhaftet.

Das ist der neueste Kurs in Düsseldorf. Gegen Scholle schweben noch fünf Prozesse. Aber nicht allein gegen die Parteipresse beliebt die dortige Polizei und Justiz ein schnelles Vorgehen, nein, auch ein paar harmlose Leute, die sich Anarchisten nennen, werden mit Verfolgungen bedacht. Seit dem 18. März finden bei den Leuten fortgesetzt Hausdurchsuchungen statt, so noch in den letzten Tagen. Viel kommt dabei nicht heraus, nur einige Proschüren über den Generalstreik waren bis jetzt die Beute.

Der staatsgefährliche Schlipps. In Sachsen ist kein Ding unmöglich. Das bewies eine Schöffengerichtsverhandlung in Leipzig, in der über einen „Staatsverbrecher“, einen 17-jährigen Arbeiterburschen, geurteilt werden sollte. Der junge Mensch besuchte die Fortbildungsschule in Gangsch, und der Herr Direktor G. hatte ihm ausgegeben, künftig nicht in einem unfauberen Gewerbe zum Unterrichts zu kommen, sondern in einer angemessenen Ausbildung. Da er schien er am Abend des 27. Februar in Weite und Vorwärtchen und trug auch einen roten Schlipps. Den Direktor schien darob der Notzoller zu befallen, denn er forderte ihn auf, die Strawatte abzulegen. Als der junge Mann sich weigerte, bot man die Polizei auf, damit nicht mehr Unheil geschehe und der Schupmann nahm den roten Schlipps als Korpusdelikt mit und erstattete Anzeige. Daraufhin Anzeige wegen „Tragens republikanischer Abzeichen“, auf Grund jenes famosen Paragrafen, der als Kopf aus der Weisung der Reaktionsperiode unter den vielen anderen Köpfen dem sächsischen Staat hinten hängt. Der Angeklagte entschuldigte sich, er habe, da er selbst einen Schlipps nicht besitze, den seines Bruders benutzt, der Mitglied eines Arbeiterturnvereins sei. Das Gericht gelangte zur Freisprechung, weil dem Angeklagten noch die Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlungsweise gefehlt habe. Das Stückchen kann auch nur in Sachsen passieren!

Straktskont der Presse. Wegen angeblicher Beleidigung einiger Polizeibeamten durch die angeblich falsche Behauptung, daß sie einen Arrestanten inhuman transportiert hätten, wurde vom Schöffengericht zu Hannover der Genosse Hans Donath vom „Volkswillen“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Der verräterische Name. In Laer bei Bochum ist dieser Tage der Vorsitzende des Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“ mit einem Strafmandat über 15 M. bedacht worden, weil er, stehend auf den nichtpolitischen Charakter des Vereins, das Einreichen einer Mitgliederliste verweigert hatte. Ein Antrag auf richterliche Entscheidung war ohne Erfolg, das Gericht belieh es bei der Strafe, indem es sich den Ausführungen des Amtsanwalts anschloß, der mangels anderen Beweismaterials den politischen bzw. sozialdemokratischen Charakter des Vereins mit seinem Namen „Vorwärts“ bewies. „Vorwärts“ heiße das Zentralorgan der Sozialdemokraten und „Vorwärts“ heiße auch die Losung der Sozialdemokraten.

Mit Recht bemerkt das „Volksblatt“ für Bochum zu dieser salomonischen Beweisführung: Also weil der Verein „Vorwärts“ heißt, mithin denselben Namen führt wie das sozialdemokratische Zentralorgan und weil die Losung der Sozialdemokraten „Vorwärts“ lautet, deshalb ist der Verein ein politischer, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirkt. Der Norddeutsche Lloyd hat kürzlich ein Schiff auf den schönen Namen „Vorwärts“ getauft. Dieses Schiff wirkt demnach auch auf öffentliche Angelegenheiten ein und ist vielleicht gar sozialdemokratischen Charakters.

Soziales.

Die Amerika-Linie und die guten Sitten. Am 1. Mai begingen auch die Hafenarbeiter dieser Weltlinie das in den Augen aller Scharfmacher schwere Verbrechen, das Werk zu stoppen und sich an der Demonstration zugunsten der Forderungen des Proletariats zu beteiligen. Das durfte nicht ungedacht bleiben. Herr Ballin schloß den Entschluß, dem „Unfug“ ein für allemal ein Ende zu machen durch Statuierung eines Exempels; getreu seiner alten Devise: „Die Masse muß es bringen“, beauftragte er die Direktoren v. Gramme, Stängeladjutant des Kaisers a. D., und Dannenberg, gegen 142 feste Schauerleute eine Schadenersatzklage in Höhe von 12 000 M. beim Gewerbegericht anhängig zu machen, das sich am Mittwoch mit dieser Angelegenheit befahte. In der Klagebegründung wird unter anderem hervorgehoben, die Beklagten hätten am 1. Mai vertragswidrig die Arbeit eingestellt und seien deshalb wegen Kontraktbruchs von der Klägerin mit Recht sofort entlassen worden. Daß ein ohne zwingende Notwendigkeit und noch dazu lediglich zu Demonstrationszwecken erfolgter Kontraktbruch gegen die guten Sitten verstoße, könne nicht zweifelhaft sein. Der Verstoß sei um so größer, als das Verlassen der Arbeit durch die Beklagten gleichzeitig und gemeinschaftlich geschehen sei. Es sei ohne weiteres klar, daß die Besetzung solcher Verabredung den Stauerbetrieb der Klägerin für den 1. Mai nahezu lahm legen und das ganze klägerische Unternehmen aufs schwerste schädigen mußte. Was nun die Höhe des Schadens anlangt, so könne derselbe nicht nur auf den 1. Mai beschränkt werden. Die schädlichen Folgen des Kontraktbruchs und der dadurch notwendig gewordenen Entlassung erstreckten sich vielmehr auf Wochen und seien noch jetzt bemerkbar. Eben weil die festen Arbeiter den Grundstock der Arbeiterschaft darstellen, konnte die Neuschaffung solcher Grundlage nur langsam erfolgen. Unter Hinweis auf die Unmöglichkeit der Beschaffung von Ersatzkräften am Orte wird weiter ausgeführt: „Die Klägerin war gezwungen, Arbeitskräfte von auswärts herbeizuschaffen. Der Transport, die Unterbringung, die Verpflegung und die höheren Löhne der fremden Arbeiter machten erhebliche Kosten, während das beschaffte Arbeitsmaterial naturgemäß minderwertiger war, da nur die minderwertigen Kräfte, die in ihrer Heimat keine Arbeit finden, zu erlangen und außerdem hier nicht eingearbeitet waren. Die in aller Welt bekannt gewordene Arbeitslosigkeit der hiesigen Arbeiterbetriebe lenkte den Verstoß von Hamburg ab und entzog den zahlreichen von Hamburg ausgehenden Linien der Klägerin ungeheuren Frachtverdienst.“ Den Schaden beziffert die Klägerin auf Hunderttausende.

Mit Rücksicht auf die Vermögenslage der Beklagten und die Uneintreibbarkeit größerer Kapitalien, will die Klägerin aber nur einen kleinen Teil des Schadens, nämlich 12 000 M. unter Verzicht auf den Rest gegen die Beklagten geltend machen. Es bedarf auch keines Beweises, daß der Schaden auch dann noch diesen Betrag um das vielfache überstiegen hätte, wenn alle anderen Schauerleute der Klägerin am 2. Mai wieder gearbeitet hätten und nur die Beklagten, also der Kern, für den 1. Mai und die Folgezeit gefehlt hätten. „Klägerin führt nur einen einzelnen Schadensfall an: „Der Schmelldampfer „Wlischer“ (12 334 Registertons) sollte schiffplanmäßig am 3. Mai abgehen. Ueber die zur Fertigmachung des Dampfers erforderliche Zeit war genau disponiert, was bei dem Werte eines solchen Dampfers und den großen täglichen Unkosten auf der Hand liegt. Da nun am 1. Mai mangels hinreichend gesullter Arbeitskräfte nur wenig gearbeitet wurde, konnte der Dampfer schon allein um deswillen erst am 4. Mai abfahren, ganz abgesehen davon, daß auch am 2. und 3. Mai nicht genügend gesullte Arbeitskräfte zur Stelle waren, und die Expedition große Mühe und Extralohnen erforderte. Wären die Beklagten nicht kontraktbrüchig geworden, so hätte schon allein mit ihrer Hilfe der Dampfer rechtzeitig abgefertigt werden können. Der Schaden, welcher durch die verspätete Abfahrt des „Wlischer“ entstanden ist, beträgt 11 549,02 M.“ Klägerin beantragt: 1. prinzipialer die Beklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung von 12 000 M. nebst

4 Proz. Zinsen zu verurteilen, 2. eventuell die Beklagten zur Zahlung von je 84,50 M. zu verurteilen.

Die Beklagten bezeichnen die Darstellung der Klage als entstellend; sie hätten, und zwar jeder einzelne für sich, ohne daß eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen den Beklagten getroffen war, den Wunsch gehabt, am 1. Mai an der Matfeier teilzunehmen, ohne jedoch zu beabsichtigen, den mit der Klägerin getroffenen Arbeitsvertrag zu brechen und kontraktbrüchig zu werden, vielmehr war es den Beklagten durch jahrelange Übung von der Klägerin freigestellt, jederzeit einen oder eventuell sogar mehrere Tage von der Arbeit fernzubleiben. Von diesem Rechte hätten sie auch am 1. Mai Gebrauch machen wollen. Uebrigens hätten sie gar nicht freiwillig die Arbeit verlassen, sondern ein Beauftragter der Klägerin habe sie am Morgen des 1. Mai um 4 Uhr, nachdem sie, abgesehen von einer Mittagspause, ununterbrochen 22 Stunden gearbeitet hätten, gefragt, wer mit nach Hamburg wolle (der „Wlischer“ lag bei Stade) und hinzugefügt, der solle sich auf den „Wlischerdampfer „Ganja“ begeben. Sie seien alle nach Hamburg gefahren, wo sie um 8 Uhr eintrafen und bis 7 Uhr auf weitere Ordere warteten, hätten aber keinen Auftrag zur Verrichtung weiterer Arbeit erhalten und seien dann fortgegangen. Wenn die Klägerin Schaden erlitten haben sollte, so müsse sie diesen selbst tragen, weil sie die Beklagten am 2. Mai, als sie aus Werk zu gehen beabsichtigten, nicht mehr beschäftigt habe. Die Beklagten wären bereit gewesen, auch die Nacht zum 3. Mai durchzuarbeiten, so daß die am 1. Mai fertigzustellende Arbeit von den Beklagten sicherlich nachgeholt worden wäre. Daß der Dampfer „Wlischer“ länger auf der Unterelbe lag, habe an den nicht rechtzeitig fertiggestellten Dampferarbeiten (Laden der Maschinenbohlen) gelegen, welche Arbeit aber nicht Sache der Beklagten war. (Die Dampferleute beteiligten sich ebenfalls an der Matfeier.) Zur Einstellung der fremden Arbeitskräfte nach dem 2. Mai habe gar keine Veranlassung vorgelegen. Ein Verstoß gegen die guten Sitten liege nach keiner Richtung vor. Im Gegenteil. Treffend führten die Vertreter der Beklagten aus, daß gerade bei der Arbeitsmethode im Hamburger Hafen eine Beteiligung der Hafenarbeiter an der auf Verkürzung der Arbeitszeit abzielenden Matfeier dringend notwendig sei. Die Beklagten bemerkten, daß sie durch das Verhalten der Klägerin teilweise 14 Tage lang irgend welchen Arbeitsverdienst nicht hätten erhalten können, weshalb sie sich die Geltendmachung ihrer Schadenersatzforderung ausdrücklich vorbehalten. Der Vertreter der Amerika-Linie, Inspektor Kapitän a. D. Theile, meinte läßl, die Arbeiter hätten sich vor der weiteren Arbeit am 1. Mai gedrückt. Der Dampfer „Wlischer“ hätte durch das Verhalten der Beklagten keine Ladung mitnehmen können, wodurch der Schaden noch größer geworden sei. Die festen Leute hätten durch Verlassen der Arbeit den übrigen ein schlechtes Beispiel gegeben. Vorsitzender (Amtsrichter Dr. Woyten): „Eine zehntägige Aussperrung scheint mir doch etwas zu lang.“ Theile: Früher sperrte der Arbeitgeberverband drei Tage aus. Da wir bisher nicht unter der Matfeier gelitten haben, berührte uns die Sache weniger. Jetzt müssen wir abtätend wirken, denn eine willkürliche Unterbrechung der Arbeit dürfen wir nicht dulden, dagegen müssen wir die schärfsten Mittel anwenden. Wir sind jetzt noch mit unseren Arbeiten im Rückstande. Der eingeklagte Schadenersatzanspruch bezieht sich nur auf die verspätete Expedition des „Wlischer“. Die Vertreter der Beklagten weisen entschieden zurück, für den durch andere Faktoren verursachten Schaden materiell und moralisch verantwortlich gemacht zu werden, zumal man diesen Schaden durch Einstellung von anderen Hafenarbeitern Hamburgs (Hülfsleute) hätte abwenden können, wenn man die festen Leute nicht wieder sofort anstellen wollte. Von den Beklagten könnte doch nur ganz eventuell auf Grund § 124 b der G.-O. vorgegangen und ein Schadenersatz von 18 M. — der gerichtliche Zagselohn mal sechs — verlangt werden, und zwar von jedem einzelnen der Beklagten, ohne daß eine Verurteilung derselben als Gesamtschuldner erfolgen könnte. Vorsitzender (zu dem Vertreter der Amerika-Linie): „Von dem einzelnen werden Sie doch keine 12 000 M. erhalten (Heiterkeit), deshalb wäre es richtiger, wenn Sie Ihren Anspruch auf 18 M. pro Kopf ermäßigten. Der Prozeß würde sicher noch andere Instanzen beschäftigen und mindestens 1 1/2 Jahre dauern. Eine dreitägige Aussperrung wäre nach Lage der Sache wohl genügend gewesen. Bei der Amerika-Linie komme es doch weniger auf Geld an, als auf die Wahrung des Prinzips und den moralischen Erfolg nach außen hin. (Nach einigem Ueberlegen.) Ich rate Ihnen, sich mit 10 M. pro Kopf zufrieden zu geben.“ Das Gericht erklärt einen diesbezüglichen Vergleichsvorschlag und gibt beiden Parteien bis zum 20. Juni Bedenkzeit.

Das Vorgehen der Amerika-Linie ist ein unerhörtes. Gegen die guten Sitten verstößt es, einen Arbeiter abzuhalten an der Matfeier teilzunehmen. Auch die Maßnahme an der Matfeier verstößt gegen die guten Sitten, da sie gegen die von den Arbeitskollegen betriebenen und für gerechtfertigt erachteten Sitten. Nicht das Verhalten der Beklagten ist ein Verstoß gegen die guten Sitten, wohl aber die Arbeitsmethode und die Schadensverwertung der Amerika-Linie. Im Binnenlande dürfte man es kaum für möglich halten, daß es eine Arbeitsmethode gibt, wonach die Unterbrechung der Arbeit nach Willkür ansehnlicher Tätigkeit als Kontraktbruch mit der Hungerpeinliche geahndet werden könnte. Wie uns mitgeteilt wird, hätte die Arbeit auf dem „Wlischer“ noch den ganzen Tag in Anspruch genommen, so daß die Schauerleute dann ununterbrochen mindestens 36 Stunden gearbeitet hätten. Wir lassen hier noch die Arbeitszeit eines Schauermanns der A.-L. in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März folgen. Gearbeitet hat der Mann außer insgesamt 69 1/2 vollen Tagen, 17 volle, 13 halbe Nächte, zwei Sonntage, 2 1/2 Ueberstunden des Abends und 10 Ueberstunden des Morgens zwischen 4 und 6 Uhr! Ueberdies aber zeigt ja die A.-L. durch die von ihr angestellte Rechnung, daß der Vortrag mit den im Verhältnis zum Profit der A.-L. minimalen Löhnen gegen die guten Sitten verstößt. Ist es wahr, daß die für einen Tag geleistete Arbeit, wie die Klage doch behauptet, weit über 12 000 M. wert war, so ist die Vereinbarung eines Entgelts von wenigen Mark für die weit über 12 000 M. werte Arbeitskraft eine gegen die guten Sitten verstößende Ausbeutung der Arbeitskraft des Mitmenschen. Die A.-L. hat ihr soziales Empfinden durch die Klage selbst tiefer charakterisiert als dies die schärfste Kritik vermöchte.

Die Gewerbegerichtswahlen in Stuttgart fanden zum erstenmal nach dem Proportionalwahlgesetz statt. Das Ergebnis der Wahl war: Es wurden im ganzen bei den Arbeitnehmern 9484 Stimmen abgegeben, von denen die vereinigten ordnungsliebenden Arbeiter ganze 824 auftrachten. Es entfallen mithin auf sie 8 Sige.

Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer entfielen von 807 Stimmen 155 auf die Liste der selbständigen Parteigenossen. Diese eroberten dadurch 8 Sige. Da auch die Ausschuhwahlen in Stuttgart nach dem Proporz geregelt sind, so wird auf die Genossen neben allen Arbeitnehmerigen auch ein Arbeitgeberbeisitzer im Ausschuh entfallen.

Aus Industrie und Handel.

Preisüberspannung.

Die Klagen über die steigende Tendenz der Eisenpreise mehren sich. Aus Kreisen, die sonst die Erhöhungen verteidigen, werden nun Stimmen laut, aus denen, wenn auch nur schwach klingend, die Beschränkungen zu vernehmen sind, daß die sprunghaften Preissteigerungen das Konjunkturgebäude ins Wanken bringen können. Andererseits wird aber wieder darauf hingewiesen, daß die augenblicklichen Preise immer noch unter dem Niveau von 1900 stehen.



Das ist richtig. Man darf aber nicht vergessen, daß die damaligen Preise, die übrigens teilweise nur für ein Semester in Geltung waren, einen Fieberzustand darstellten, der den Wirtschaftskörper in seinen Funktionen vollständig lähmte, und der schließlich ein ziemlich andauernder Schwächezustand der Konsumbesitzer zuzieht. Man jene Höchstpreise unberücksichtigt, dann ergeben sich heute Preise, die weit über dem Stand der letzten zehn Jahre stehen. Nach Zusammenstellungen der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ betragen die Handelspreise in Mark per Tonne im April (für 1906 im Mai):

	Thomas- roheisen	Thomas- eisen I	Thomas- eisen II	Knüppel	Träger
1895	47	—	—	73	—
1896	50	—	—	84	95
1897	60,50	—	—	84	93
1898	60,50	67	83	93	108
1899	72,00	69	87	97	—
1900	90,20	93	125	135	140
1901	—	93	85	97	110
1902	—	61	82,50	95	105
1903	—	57,50	—	77,50	90
1904	—	57,50	—	77,50	90
1905	—	—	—	77,50	90
1906	—	68	78	92,50	105

Mit den Preisen für 1906 nähern wir uns wieder bedenklich den kritischen Ziffern, die teilweise erst in Wirklichkeit traten, als bereits eine ganz erhebliche Abschwächung der Nachfrage eingetreten war. Allein die Ankündigung der erhöhten Preise hatte zur Abschredung der Spekulation genügt und die Herrschaft war zu Ende. Und noch ein anderer Umstand muß berücksichtigt werden. Damals waren die Spannungen zwischen den Preisen der zu verarbeitenden Materialien und denen der Erzeugnisse größer als heute. Die Spannung zwischen Blöden und Stabeisen z. B. betrug damals 65 M., jetzt nur 30—37 M. Die Preise zwischen Knüppeln und Draht differierten 1900 ebenfalls um 60 M., jetzt nur um 32 M. Damals kosteten Blöde 125 M., Grobbleche 200 M., die Spannung betrug 75 M., heute beträgt sie nur 42—47 M. Sollten die Verbraucher von Halbzeug die damalige Spannung herzustellen versuchen, also mit den Erzeugnissen auch nur so weit von dem Preishöchststand zurückbleiben, wie die Halbzeugpreise sich halten, dann würde sowohl auf dem Innen- als auch auf dem Außenmarkt jeder Wechsel abgelehrt. Ein Vergleich mit den damaligen Preisen als Maßstab der möglichen Belastungsprobe ist daher auch nicht abgelehrt. Diejenigen, die in jeder weiteren Preissteigerung die Krise näher rücken sehen, sind jedenfalls keine übertriebene Optimisten.

### Interessen-Harmonie.

Wie es aussieht mit den Interessen zwischen Kapital und Arbeit, das zeigt der Geschäftsbericht der Riebeckischen Montanwerke A.-G. in Halle. Die Harmonie geht hier auf in der Formel: Mehr Gewinn, weniger Lohn! Die Gesellschaft verteilt für das letzte Geschäftsjahr 12 Proz. Dividende. Der Fabrikatgewinn übertrug den des Bilanzjahres 1900/01 noch um 75 000 M. Da man diesmal aber 201 928 M. mehr zu Abschreibungen verwendete, blieb die Dividende um 2 1/2 Proz. hinter der damaligen zurück. Zu den erhöhten Abschreibungen haben — verkürzte Löhne beitragen müssen. Die Zahl der Beschäftigten ist um elf gesunken, die gezahlte Lohnsumme aber um 60 000 M. Auf den Kopf des Belegschaft entfällt in

1904/05	1905/06
Gewinn . . . . .	790 M. 835 M.
Lohn . . . . .	1100 1089

Aus den Arbeitern wird pro Kopf 55 M. mehr Gewinn herausgeholt, dafür läßt man die Löhne um 11 M. Das ist Harmonie! — Die Ludwigschafener Walzmühle beklagt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Erhöhung des Lohnkontos um 11 197 M. Das hat aber nicht gehindert, einen um 314 000 M. höheren Reingewinn herauszuschlagen und den Lantienempfängern 70 735 M. mehr auszulegen zu lassen, so daß die Aufsichtsräte fast gerade soviel beziehen, als die Aktionäre. Die zehnprozentige Dividende, die nur 22 Proz. des Reingewinns darstellt, beansprucht 200 000 M., an Lantien werden verteilt 184 774 M., aber pro Aufsichtsrat

30 800 M. Auf jeden Aufsichtsrat entfällt eine größere — Lohnsteigerung als auf die Gesamtheit der Arbeiter. Auch eine Harmonie! —

**Erhöhter Mehrgewinn — keine höhere Dividende.** Die wenig oft die Höhe der Dividende als Maßstab für den erzielten Ueberfluß bewertet werden kann, ergibt der Bericht der Deutschen Eisenbahn-A.-G. Wie seit 1902 für jedes Jahr, so erhalten die Aktionäre auch für 1905 5 Proz. Dividende. Die Summe des letztjährigen Reingewinnes ermöglichte aber die Ausschüttung einer Dividende von mindestens 14 Proz. Man hat von dem 520 721 M. betragenden Reingewinn, neben erhöhter Ueberweisung an die ordentliche Reserve, 300 000 M. zur Bildung einer Spezialreserve benutzt und nur 35 Proz. des Reingewinnes werden als Dividende verteilt. So wird die Größe des Gewinnes verfleistert.

**Bodenwucher.** Der Aktien-Verein Unter den Linden, Berlin, hat von 1899 bis 1905 folgende Dividenden verteilt: 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 Prozent. In den Dividenden kommt aber nur ein Teil der erzielten Gewinne zum Ausdruck. In der Bilanz figurieren Grundstücke und Gebäude mit 8 1/2 Millionen Mark — die innere Einrichtung ist vollständig abgeschrieben —, der gerichtliche Taxator veranschlagt den Wert der Grundstücke und Gebäude jedoch auf 11 7/10 Millionen Mark. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Verkaufswert noch höher ist, so daß die Aktienbesitzer tatsächlich noch mehrere Millionen Mark Gewinn in Reserve haben.

**Das neue venezolanische Berggesetz.** In dem neuen venezolanischen Berggesetz vom 5. September 1905 wird bestimmt, daß fremde Personen oder Gesellschaften, welche ein Bergwerksbesitz in Venezuela erwerben wollen, dorthin einen Wohnsitz begründen, in Bezug auf die Konzessionen sich der venezolanischen Jurisdiktion unterwerfen und darauf verzichten müssen, eine diplomatische Intervention oder die Einbringung von Reklamationen auf Grund einer eventuell verliehenen Bergwerkskonzession zu veranlassen.

**Hotel auf Aktien.** Die Hotelbetriebsaktiengesellschaft Konrad Ulls Hotel Reichthum, Berlin, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Bruttoertrag von 2 483 388 M. (gegen 2 008 352 M. im Vorjahre). Die Abschreibungen betragen 624 707 M. (im Vorjahre 894 976 M.). Die Verwaltung schlägt eine Dividende von 20 Proz. vor auf das Aktienkapital von 7 Millionen M. Die vorjährige Dividende betrug auch 20 Proz., aber bei nur 5 1/2 Millionen Aktienkapital. Trotz der größeren Ansprüche für Dividenden konnten dem Reservefonds aus dem Betriebsergebnis noch Beträge überwiesen werden. Der Fonds ist jetzt auf 4 1/2 Millionen Mark angewachsen und schließlich bleiben noch 339 284 M. übrig zum Vortrag auf neue Rechnung.

**Vom Fleischtraut.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus New York von heute meldet, untersucht das dortige Sanitätsamt die New Yorker Schlachthäuser, in denen zum Teil die gleichen Zustände wie in Chicago herrschen sollen. Neueren Enthüllungen zufolge habe der Fleischtraut Agenten ausgesandt, um fehlerhaftes Vieh zu kaufen und habe im letzten Jahre 160 000 Stück für den inländischen Konsum geschlachtet.

**Erster Jahresbericht.** Die Hohenlohe-Werke A.-G., die aus dem Bergwerks- und Hüttenbesitz des Fürsten Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen hervorgegangen sind, legt ihren ersten Geschäftsbericht vor. Dieser ergibt, daß die dem Vorbesitzer zufallende Vorkonzession auf 44 Mill. Mark, also auf Aktienkapital zuzüglich Reservefonds, festgesetzt wurde, und daß ihm jährlich 3 Mill. Mark an Rente zuzufallen. Trotz dieser Lasten wurde ein günstiges Resultat erzielt. Nach Absetzung der Rente von 3 Millionen Mark, Abschreibungen von 4,2 Millionen Mark und einer Rückstellung von 150 000 M. verbleibt noch ein Reingewinn von 4 1/2 Millionen Mark, woraus 10 Proz. Dividende verteilt werden. Der Aufsichtsrat erhält 140 273 M. Diese Summe wird verteilt unter fünf Personen, es sind die Herren: Bankier Fürstenberg, Kommerzienrat Fr. Friedländer, Bankier Rathenau, Direktor Knopfmacher und Berggraf Behrens.

**Dividenden.** Die Balbauer Brauindustrie Aktiengesellschaft erzielte 740 109 M. Ueberfluß. Daraus werden 407 172 M. zu Abschreibungen verwendet. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 240 778 M. gelangen 12 Proz. Dividende zur Verteilung. — Die Aktiengesellschaft für Kohlen- und Destillation zu Dalmie, die im vorigen Jahre 8 Proz.

brachte, wird diesmal 12 Proz. ausschütten. — Wiederum 7 1/2 Proz. Dividende gewährt die Sprengstoff-Aktiengesellschaft Carbonit in Hamburg. — Die Aktionäre der Lahmeyer-Werke, Rülheim, genehmigten sich 10 Proz., das sind 2 resp. 5 Proz. mehr als in den drei Vorjahren. — 12 Proz. erhalten die Papierarbeiter der Hedwigshütten-Aktiengesellschaft in Stettin.

### Versammlungen.

Der Verband der „Freien Gast- und Schankwirte“ hielt am Dienstag in Kellers Festjalen eine von circa 2000 Wirten besuchte öffentliche Protestversammlung ab, zu welcher auch die Vertreter der Brauereien geladen waren. Referent war Reichstagsabgeordneter Lipinski, der oftmals von lautem Beifall sowie Huzulen unterbrochen wurde. Die Leiter der Ringbrauereien hatten die Steuer benutzt, — führte er aus — um auch überreicht noch einen bedeutenden Mehrgewinn herauszuschlagen und die Preise für das Bier um mehr wie den doppelten Betrag der Steuer herauf zu schrauben. Es wäre nun Pflicht der Wirte, einmütig gegen die Gelüste der Ringbrauereien energisch Front zu machen. — Trotz der Aufforderung des Vorsitzenden, es sollten sich Vertreter der Brauereien zum Wort melden, um ihren Standpunkt zu begründen, nahm niemand von diesen das Wort. Es wurde darauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 29. Mai d. J. in Kellers Festjalen, Kopenstr. 20, tagende, von circa 2000 Personen besuchte Versammlung der Gast- und Schankwirte von Berlin und Umgegend erhebt schärfsten Protest gegen den Versuch der Brauereien, den Preis des Hektoliter Bier um 2,50 M. zu erhöhen.“

Dieses Vorgehen steht im schärfsten Widerspruch mit den früheren Erklärungen der Brauereien, die aus dem Zolltarif entstehenden Mehrkosten allein und die erhöhte Verbrauchssteuer zur Hälfte tragen zu wollen. Die erhöhte Verbrauchssteuer beträgt für Berlin pro Hektoliter Bier 1,15 M., rechtfertigt also in keiner Weise die Mehrforderung von 2,50 M. Der Hinweis der Brauereien auf die erhöhten Produktions- und Betriebskosten rechtfertigt ebenso wenig eine Mehrforderung, da infolge günstiger Ernten die Preise für Hopfen und Gerste so niedrig wie noch nie in den Jahren seien.“

Die Versammlung kann deshalb in dem Vorgehen der Brauereien nur den Versuch erblicken, die Verbrauchssteuer zur allgemeinen Erhöhung der Bierpreise zu benutzen und aus der Steuer noch ein lukratives Geschäft zu machen.

Die Versammelten weisen diesen Versuch entschieden zurück, und beauftragen das Bureau der Versammlung mit den mittleren und kleinen Brauereien den Abschluß künftiger Bierlieferungsverträge herbeizuführen.“

Hierauf ergriff Litsin das Wort zur „Eisfrage“. Derselbe führte an, daß die beiden größten Brauereien von Berlin ihre Dividenden, die Schultheiß um 2 Proz., die Rabenhofener um 3 Proz., erhöht hätten; trotzdem erklärten sie, sie könnten das Eis nicht mehr gratis liefern, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollten. Mehr macht den Berliner Wirten den Vorwurf, daß sie sich von den Ringbrauereien in der Fleischtrautfrage haben das Fell über die Ohren ziehen lassen. Folgende von Genossen Litsin beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im großen Saale von Kellers Establishment tagende, von Tausenden von Gastwirten besuchte Versammlung protestiert gegen die Maßnahmen der Berliner Ringbrauereien in Bezug auf die Eisüberabgabe von Eis. Die Versammelten erblicken in dieser Maßnahme eine schwere Schädigung des Biergewerbes.“

Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß nichts anderes als eine starke Organisation in der Lage ist, in energischer Weise den profit- und dividendenjagenden Herren vom Großkapital zu Leibe zu gehen. Die Versammelten erklären, alles daran zu setzen, um in den Reihen der Gastwirte für den Anschluß an die Organisationen der Gast- und Schankwirte zu wirken. Die Versammelten fordern die Vorstände aller Gastwirtvereine auf, von neuem Schritte und Wege anzubahnen, um den Wirtenstand zu seinem Recht zu verhelfen.“

Mit einem Hoch auf den Wirtenstand, in welchem die Entsendenden begeistert einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 1. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anfang 7 Uhr.  
Schauspielhaus. Der Schur der Leine.  
Neues Opernhaus. Fra Diavolo. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.  
Neues. Orpheus in der Unterwelt.  
Anfang 8 Uhr:  
Westen. Geschlossen.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Militärstaat.  
Nachm. 4 Uhr: Ibsen-Gedächtnisfeier.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater.) Das Lumpengesindel.  
Festung. Das Lebensfest.  
Kleines. Ein idealer Gatte.  
Berliner. Die lustige Witwe.  
Komische Oper. Hofmanns Erzählungen.  
Rekling. Geschlossen.  
Zentral. Die Fledermaus.  
Nächstes. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.  
Trianon. Geschlossen.  
Thalia. Hochparterre links.  
Metropol. Auf ins Metropol.  
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.  
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.  
Carl Reiß. Der Weg des Märtyrers.  
Ganja. Das Wunderkind. Familie Bernheim.  
Welle-Alliance. Abends nach Reine.  
Wintergarten. Fortjuba. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Hirschkallen. Eiltiner Sänger.  
Urania. Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausruch des Vesuv.  
Sternwarte, Invalidenstr. 67/68.

### Ferdinand Bonn

**Berliner Theater.**  
Gastsp. des Neuen Operetten-Theaters aus Hamburg (Direktor Max Monti). Freitag, Sonnabend:  
**Die lustige Witwe.**  
Vingstsonntag und Pfingstmontag:  
**Die lustige Witwe.** Anf. 8 Uhr.  
**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Orpheus in der Unterwelt.**  
**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Ein idealer Gatte.**  
Morgen:  
**Ein idealer Gatte.**  
**Theater des Westens**  
(Station Zoolog. Garten), Ronstr. 12.  
Freitag, Sonnabend geschlossen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Der Waffenschmied. Abends 8 Uhr:  
Der Zigeunerbaron. Volkstümliche Preise.  
Montag nachm. 3 Uhr, halbe Preise.  
Der Troubadour. Abends 8 Uhr:  
Die Fledermaus. Volkstümliche Preise.  
**Neues kgl. Opernhaus (Kroll).** Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Gastsp. Bella Alten von der Comedie-Metropolitane Opera New York und Dr. Otto Briesemeister:  
**Fra Diavolo.**  
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.  
**Komische Oper.**  
Sommerpielzeit 1906.  
**Hofmanns Erzählungen.**  
Sommerpreise.  
(Reine Vorverkaufsgedächtn.)  
Anfang 8 Uhr.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Hill. Brunnstr. 16.  
Heute: Geschlossen.  
Sonntag, den 3. Juni:  
Eröffnung der Sommer-Saison.  
Konzert.  
**Theater Spezialitäten.**  
Anfang Sonnt. 5 Uhr, nachm. 8 Uhr.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, nachm. 4 Uhr:  
**Ibsen-Gedächtnisfeier.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Militärstaat.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Jugendliebe. Hierauf: Die Diensthöhen.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Romeo und Julia.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das Lumpengesindel.**  
Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Holzogen.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Lumpengesindel.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Hofmann.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzleier.**

### Schweizer Garten.

Am Königsstor — Am Friedrichshafen 29/32.  
Bon Pfingsten ab täglich:  
**Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.**  
Am 1. und 2. Feiertag:  
Anfang früh 5 Uhr, nachmittags 4 Uhr. Entree 30 Pf.  
An den Feiertagen ist die Kaffeehalle geschlossen.  
Entree am 2. Feiertag nachmittags 50 Pf.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68.  
**Zum 35. Male**  
**„Arme Mädchen.“**  
Von Adolf Philipp.  
Anfang 8 Uhr 15.

### Apollo-Theater.

Heute:  
**Debüts der neuen Spezialitäten!**  
U. a.: Mit Carma, Transi, Längerin.  
Dazu: Das blaue Bild von Paul Lincke. Prologiert: Humpati-Bumst, angeführt v. Roco u. Privat.  
Prologiert: Ein Abend in einem amerikanischen Tingal-Tangal. Prologiert: La Matschico, mexikanischer Tanz. Solo: Annette Savary.

### Reichshallen.

**Stettiner Sänger.**  
Einquartierung.  
Mit Humor v. Meusel.  
Anfang  
Sonnentags  
8 Uhr,  
Sonntag  
7 Uhr.

### Urania

Taubenstr. 48/49.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Der jüngste Ausruch des Vesuv.**  
**Sternwarte** Invalidenstr. 67/68.

### ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags 4 1/2 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Rauchen überall gestattet.

### Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Heute und morgen geschlossen.  
Sonntag und Montag abends 8 Uhr:  
**Der Weg des Märtyrers.**  
Montag nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen (Barf. 60 Pf.): Aus altem Geschlecht. Am Sonntag vollständig. Früh v. Sommergarten. Anf. 4 Uhr.

### Neu eröffnet!

**Welt-Anstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Program. Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow,**  
Münzstraße 16.

### Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
**Das neue Juni-Programm.**  
**Willy Prager**  
= 14 =  
erstklassige Spezialitäten.

### Fröbels Allerlei-Theater

Schönhäuser Allee 148.  
Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag, Anfang 4 Uhr:  
**Große Fest-Vorstellung.**  
15 Attraktionen ersten Ranges 15. Berlin, wie es lebt u. liebt. Volkstümlich in 3 Akten von Lindner. Am 2. u. 3. Feiertag: Festsitz. Tanzmusik.

### Belle-Alliance-Theater.

Anfang 8 Uhr. Barf. 1,50 M.  
**Abends nach Neune!**  
Im herrlichen Sommergarten.  
Anfang 4 Uhr.  
Spezialitäten ersten Ranges.  
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.

### Sanssouci

Kottbusor-Str. 44a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Begen Vorbereitung zum Pfingstfest: Geschlossen.  
1. und 2. Feiertag:  
Große Extra-Soireen v. Hoffm. Nordd. Sängern. Durchg. neues Sol.-Programm.  
3. Feiertag: Theaterabend. 2. u. 3. Feiertag im großen Theater: Tanzkränzen.

### Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich: Amor von heute.  
Wehling, Humor. Variet-Quett.  
Darrington-Family. Kunstkränzen.  
Lovers, Drahtseil. Die Einbrecher von New York. Bant. The Piccad. Konzert. Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Kamerdiener Platz 50 Pf.

### Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.  
Täglich im Garten besp. in den unteren Sälen.  
**Gottschalk Freikonzert**  
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.





# Nürnberg 1906

## Bayerische Jubiläums-

### Mal-Ausstellung

OKT.

**„Neues Gesellschaftshaus“**  
 Inh.: Schlaichtensee, Gittel Aug. Köster, Feigstr. 12.  
 32 Min. v. Bahn. Zehdenick-Beerenitz.  
 Halle mit den Genossen und Gewerkschaften bei Ausflügen bestens empfohlen. — Für Speisen und Getränke ist bestens Sorge getragen.

**Bestes Erziehungsgesellschaft für Köln-Laden. Brennabor.**  
 Räder. Günstigste Bedingungen.  
 Berlin 50., Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

Herrentragen, reinlein. 47. beste Qualität. Dk. M. 3 u. 3.50. Manschetten, prima. 1fach 1/2 Dk. M. 2.00 und 2.50. Servietten, größte Auswahl Stück von 35 Pf. an. Kravatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Gendern, Strümpfe etc. Detailverkauf zu Engros-Preisen.  
**Ernst Marcuse**  
 23. Münzstraße 23.

**PINO**  
 vertilkt Ungeziefer aller Art, in Haus u. Hof, Feld u. Garten.  
 GEBRÜDER KRAYER, MANNHEIM  
 Zu haben in allen einschläg. Geschäften.

**Wetzlarer Geld-Lotterie**  
 Ziehung 6. u. 7. Juni cr.  
 8496 Geldgewinne.  
 Hauptgewinn: Mark 70 000  
 50 000  
 Lose a 3 Mark.  
 (Porto u. Liste 30 Pf. extra.)  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
 G. m. b. H., Bankgeschäft.  
 Berlin W., Friedrichstraße 181  
 u. Andreasstraße 46a.

**Damen-Hüte**  
 Billig! Nur 1/2, elegant, 2.00 an. Großer Ausverkauf. Alle Hüte sind aufgerollt. 40 Pf. an. Brückenstr. 8. Puppelgeschäft (an der Jannowitzbrücke).

**U.P.C. Internationale Patent-Centrale**  
 Anmelde- und Schutzrechte für Erfindungen, Marken, Patente, etc.

**Elfen-Brause**  
 alkoholfrei.  
 ist das wohlgeschmeckteste und gesundheitsdienlichste Getränk der Gegenwart. Gef. geschäftl. 129/13\*  
 Fabrik steht vollständig schmerzlos F. Ausfeld, Turmstr. 8. Zugelassen bei den Krankenkassen des Gewerkskrankenvereins.

**Gardinen**  
 Spezialität: Seiden- u. Jugend-Ente, 250 Muster, Katalog, 600 Illustrationen umsonst.  
**Emil Lefèvre**, Berlin S., Oranienstr. 158.

## Diez' Seeterrasse, Lichtenberg

Röder-Strasse 6, zwischen Landsberger Allee und Röder-Platz  
 Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement des Ostens mit großem See.  
 Fahrverbindungen ab Alexanderplatz Linien 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 81.  
 Am 1., 2. und 3. Pfingst-Feiertag sowie jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Gr. Pügow-Konzert in Jäger-Uniform.**  
**Erstklassiges Spezialitäten-Theater.**  
**Feuer-Todes-Tauchersprung in See**  
 Die neueste und größte Sensation der Welt: (11 000 l. im groß), Blisfahrt, Kunstfahren im kleinsten Todebring unter Mitwirkung des kleinsten Rennfahrers der Welt.  
**Großes Brillant-Land- u. Wasser-Fenerwerk.**  
 In zwei Sälen: 15 Ruderboote. Hier verheißt Volksbelustigungen Kaballer-Ball, Riesen-Kaffeeküche, Kegelbahnen, aller Art. Anfang 3 Uhr. Bei ungünstiger Witterung Schluß für 6000 Personen. A. Diez.  
 Am 1. u. 2. Pfingst-feiertag: Früh-Konzert und dieselben Darbietungen.

## Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahn-Station).  
 Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!  
 Beginn der Hauptaison täglich: Gr. Konzert sowie neue Spezialitäten-Vorstellung u. Ball. erstklassige  
**Das größte und beste Programm Berlins.**  
 Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag: Früh-Konzert und Vorstellung. früh 5 Uhr. Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art. A. Diez.

## Max Kliems Sommer-Theater.

Hasonheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.  
 Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
 Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
 2 hochlegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.

## Neuer Wasserturm b. Grünau.

Von dem unmittelbar angrenzenden Terrain, nur sechs zehn Minuten vom Bahnhof entfernt, sollen Bezellen von circa 45 bis 80 Quadratmetern zu billigen Preisen, je nach Lage, von **M. 1,45 an pro Quadratmeter** netto Bauwand zu günstigsten Zahlungsbedingungen (eigent. Baugeld) verkauft werden. Geordnete Verhältnisse. Anmeldegebühr erhoben. Straßenland bereits an die Gemeinde abgetreten. Auskunst nachmittags (Sonntags 3-6, Werktags 4-6) nur Straße am Jallenberg 19/20 im Restaurant. 1446Q\*

## Reederei Kahnt & Hertzner

An der Stralauerbrücke 1.  
 Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertage:

## Große Extra-Dampferfahrt mit Musik

nach dem herrlich am „Sportshaus Ziegenhals“ bei Zenthen Großensee gelegenen (Markt).  
 Abfahrt 10 Uhr morgens. Preis: Am 1. u. 2. Feiertag hin und zurück 1 M. Kinder die Hälfte. Am 3. Feiertag 50 Pf. Kinder die Hälfte.  
 Billets am Dampfer sowie im Vorverkauf beim Galloisier Massanko, Stralauerbr. 4, f. u. b. Gallois, Barenz, Brückenstr. 7 (Hofstr. 10) zu haben.  
 Am 1. Juli steht noch ein großer Dampfer (330 Kajüten- u. Deckplätze) zur Verfügung. Gänge Sonnabende im Juni, Juli und August, sowie Sonntage im August noch frei.  
 1412Q\*  
 Telephon: Königs-Buschhausen 175. M. Mörschel, Besitzer.

## Restaurant am Müggelsee „Wilhelmsbad“

Friedrichshagen, Seestr. 45 (Dampferanlegestelle).  
 Inh. Karl Uszkurait, 1883Q\*  
 empfiehlt sein herrlich direkt am Müggelsee belegenes Lokal zu Ausflügen und zur Abhaltung von Sommervergüngen aller Art.  
 Herren- und Damenabende.  
 1883Q\*

## Neu-Tivoli, Treptow, Neue Krug-Allee 59,

Inhaber Fritz Preuss.  
 Am 1. und 2. Feiertag: Früh- u. Nachmittagskonzert, ausgeführt von Solisten des Neuen Tonkünstler-Orchesters unter Leitung seines Dirigenten Franz Hoffelder.  
 Anfang des Frühkonzerts 5 Uhr. 2158Q\* Nachmittags 4 Uhr.  
 Eintritt frei.  
 Auch sind noch einige Sonntage und Sonnabende für Vereine frei.

## Parteigenossen, welche Neu-Ruppin besuchen, werden

den Bewerkschaften nur das Lokal von Otto Diemar, Behlener-Chaussee 6, zu Veranlassungen zur Verfügung steht. Besonders mache die Pfingst-Ausflüge hierauf aufmerksam.  
**L. Krasemann**, Streißdorfgebirg.

## Blitz = Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Haupte. Empfiehlt:  
 1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,  
 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,  
 auch für torpaleute Herren passend.  
 Dieselben sind von feinen Kavallieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 5352Q\*  
 Fahrgeld wird vorgütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

## Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Gau 9. Zehdenick Gau 9.

### Pfingst-Gaufahrt nach Zehdenick.

Wir bitten die Sportgenossen, da hier alle Vorbereitungen getroffen, sich recht rege an der Fahrt zu beteiligen. Wir haben keine Mühe und Opfer gescheut, den Genossen den Aufenthalt in unserer Stadt angenehm zu gestalten und wünschen, daß jedem die Venkflänge verjagt und nicht folgt, falls er eine andere Tour steuern wollte.  
 13/12\*  
 Drum rufen wir in den Gau 9 hinaus:  
 „Auf nach Zehdenick! Frisch auf!“ Das Komitee.

## Dampfer-Extra-Fahrten

- Am 1. Feiertag.  
 1. Promenadenfahrten nach dem Müggel- und Langen See. Abfahrt 5 1/2 Uhr früh. Hin und zurück 50 Pf.  
 2. Nach Neue Mühle und Woltersdorfer Schenke. Abfahrt 9 Uhr vormittags. Hin und zurück 1.00 M.  
 3. Nach Krampenburg. Abfahrt 2 1/2 Uhr nachmittags. Einfache Fahrt 50 Pf.  
 Am 2. Feiertag.  
 1. Nach Teupitz-Tornow's Jbhl. Abfahrt 7 Uhr vormittags. Hin und zurück 2.00 M.  
 2. Nach Neue Mühle und Woltersdorfer Schenke. Abfahrt 9 Uhr vormittags. Hin und zurück 1.00 M.  
 Am 3. Feiertag.  
 1. Nach Woltersdorfer Schenke. Abfahrt 8 Uhr vormittags, hin und zurück 75 Pf. und 2 1/2 Uhr nachmittags. Hin und zurück 50 Pf.  
 2. Nach Neue Mühle. Abfahrt 9 Uhr vormittags. Hin und zurück 75 Pf.  
 Abfahrt in Berlin an der Stralauerbrücke, Ecke Daisenbrücke, ab Café Alsen 1/4 Stunde später.  
 S. Herber, Schleißerstr. 10/11 P. Rahmt, Stralau, Tunnelstr. 34  
 Teleph. Amt 4, 6718. Teleph. Amt 7, 580.

## Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe  
 Berlin SO. Berlin W.  
 Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.  
 Potsdam, Nauenerstr. 23.

### Jackett-Anzüge

von streng modern gemusterten Stoffen, schicker, vornehmer Form und eleganter Machart.  
 12,50, 15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35 bis 60 M.  
 Vorrätig in allen Größen und Weiten. Berücksichtigt sind dabei normale, als auch schlankere, untersetzte und extra starke Figuren.

### Rock-Anzüge

einreihige, schicke Form, von modern gemusterten Buckskin, Cheviot- oder Kammgarnstoffen, 35, 40, 45, 50 u. 55 M.

### Gehrock-Anzüge

zweireihige Form, von farbigen Cheviot- oder Kammgarnstoffen, meliert, gestreift oder kariert, 30, 42, 48, 54 u. 60 M.

### Knaben- u. Jünglings-Garderobe

ist mit den modernsten und kleidsamsten Fassons von **Wasch- und Wollstoffen** ausgestattet und bietet infolge ganz bedeutender Umsätze die allergrößten Vorteile. Sie finden darin eine riesige Auswahl für jedes Alter vom einfachsten bis zum elegantesten Genre und stets das Neueste!

### Blusen-Anzüge, Kittel-Anzüge, Joppen-Anzüge, Jackett-Anzüge, Kieler-Anzüge, Kieler-Parade-Anzüge, Blusen, Joppen, Jacketts und Hosen.

Ganz besonders mache ich hier auf die tadellose Paßform und die geschmackvolle Ausführung aufmerksam.  
 Die Preise sind billig, streng fest und sind auf dem Etikett deutlich durch Zahlen vermerkt.

### Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teillzahlung! Zwei Jahre Garantie!  
 Sozial-Räder 99. 65.—, Sozial-Luxus, Freilauf, 99. 100.—, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

## 23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

## Hutfabrik Carl Renz

3. Oranienstraße 3. 11402Q\*  
 Filiale: Charlottenburg, Kantstraße 134a.  
 Große Auswahl in Strohhüten. Steife und weiche Hüte. — Mützen.  
 Großes Lager in Regenschirmen.

### Waldschlößchen, Neue Mühle bei Königswusterhausen.

Empfehle mein seit 14 Jahren der Arbeiterkassette zur Verfügung stehendes Lokal an Vereine und Fabriken — noch jeden Tag von Mai bis September frei. Ritten im Landwald und am Wasser gelegen. Großer schattiger Garten. Saal, Kegelbahnen und Stadlung.  
**O. Leiste**.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Uffler **Paul Ortman** am 26. Mai plötzlich verstorben ist. Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Juni, nachmittags um 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserhofes, Kirchhofes in Beiensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.  
 86/14 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten, sowie der Verwaltung des Gewerkschaftsbundes, dem Verbands der Hand- und Transport-Arbeiter, dem Gefangenenrat, Neu ermach, den Kollegen und Genossen des vierten Berliner Reichstags-Bezirks, besonders aber Herrn Köhler, für die herzliche Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen aufrichtigsten Dank.  
**E. Bittner, geb. Deutsch.**

## Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.  
 Gauaufahrt nach Zehdenick, Sonnabend abend 7 Uhr, 1. Feiertag früh 5 Uhr. Start Oberbergerstr. 30 (Genossenschaft).  
 1. Feiertag, früh 6 1/2 Uhr, nach Bernau. Einholen der Berliner Bundesgenossen. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Start: Bülte, Brunnenstr. 168.  
 2. Feiertag, früh 6 Uhr, nach dem Berl. See. Start: Köhlerstr. 164.  
 3. Feiertag, nachm. 1 1/2 Uhr, nach Summt. Start: Oberbergerstr. 30 (Genossenschaft).

## Fahrräder! Billig!

48.—, 55.—, 60.—, 65.—, 70.—, 85.—, bis 150.— M. p. St.  
**5 Jahre Garantie.**  
 Mit Freilauf 3.— mehr.  
 Laufwerke 1,95, 2,50, 3.—, 3,50, 4.—  
 Luftschlauch 1,50, 2,50, 3.—, 3,50, 4.—  
 Pumpen 0,80, 1,15  
 Pedale 0,80, 1,15  
 Nocken 0,10, 0,25, Sattel 1,50, 2,50  
 Motorräder 190, 250, 375, 450, 550  
 Säbberger 0,50, Motorräder 12.—  
 Sämtliche Reparaturen an Radrädern und Retorradern.  
**Willi Hausserr, Berlin.**  
 Alte Jakobstr. 93, a. b. Seidelstr.  
 — Wiederverkäufer Rabatt. —

## Möbelfabrik Berolina

eingetr. Genossenschaft m. Beschr. d. Haftpfl.  
 Bilanz für das Geschäftsjahr 1905.  
 Aktiva.  
 Barrenkonto . . . . . 16 952,27 M.  
 Wechselkonto . . . . . 1 200,— „  
 Rücklagenkonto . . . . . 5 053,14 „  
 Staffkonto . . . . . 538,95 „  
 Bankkonto . . . . . 2 290,65 „  
 Debitorenkonto . . . . . 3 983,70 „  
 Unkostenkonto . . . . . 8,50 „  
 30 026,52 M.  
 Passiva.  
 Mitgliederzahl am Anfang des Geschäftsjahres 17, im Laufe des Geschäftsjahres eingetreten 1, Bestand am Schluß des Geschäftsjahres 18.  
 Die Mitgliederzahl und die Kassummen vermerken sich um je 30 M. Dieselben betragen am Ende des Geschäftsjahres zusammen je 540 M.  
 Der Vorstand. 205/14  
 S. Stredé. J. Oetmann.

## Enorm billig

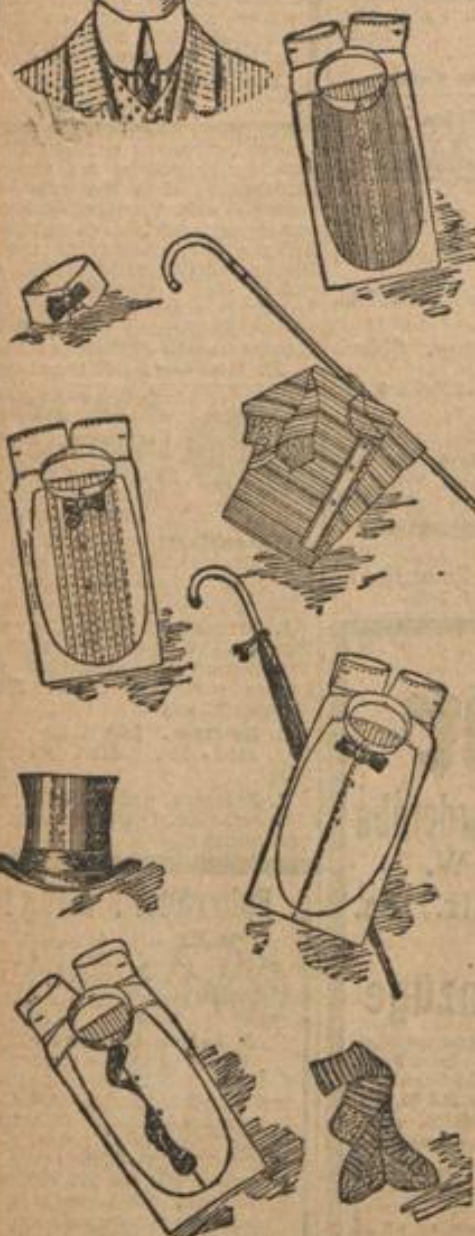
(Kleinhändler Sonntagverkauf der gediegenen gearbeiteten nur hochmodernen, lester Saison zur Bekanntheit hochvernehmen Herren-  
**Anzüge Paletots**  
 aus feinsten Wasstoffen deren sonstiger Maspreis 40-70 M. ist, jetzt 15-41 M., Herren-Hosen jetzt 7-12 M.  
 Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Troppa.  
 Gute  
**Schuhwaren**  
 werden, weil immer große Posten unter Preis eintreffen, enorm billig verkauft Wienerstraße 15 (am Görlitzer Bahnhof).





# Baer Sohn

Spezial-Haus grössten Massstabes  
Chausséestr. 24a/25 u Brückenstr. 11



**Strohüte** hochmoderne Formen 3,75 3,- 2,75 2,25 1,90 1,30 0,95 **65 Pf.**

**Leinene Kragen** 1 **80 M.**  
in 11 modern. Fassons, 4fach, Prima, 1/2 Diz.

**Bunte Garnituren** 95 Pf.  
Servitur und Manschetten, waschecht . . . . . zusammen für

**Bunte Oberhemden** 2 75 M.  
Schöne, waschechte Perkale . . . . .

**Sport-Hemden** 1 75 M.  
Schöne Muster mit aparten Besätzen, 250

Krawatten, Hosenträger, Trikotagen, Socken, Sportwürtel, Rucksäcke, Schirme, Stöcke usw. in vollendeter Auswahl zu sehr niedrigen Preisen.  
Verlangen Sie kostenlos den Wäsche-Katalog No. 29

## Hammel-Zentrale



Hammelfleisch-Verkauf nach Pariser Art  
**Dresdenerstraße 17**  
vis-a-vis Tamaschke. 588L\*

### Arbeiter-Bekleidung

Neues Spezial-Geschäft  
**Kohnen & Jöring**  
Alexanderstr. 12  
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.  
**Berufskleidung**  
für alle Zweige der Industrie und Gewerke.



Begründet 1873.

Spezial-

**Hut-Engros-Lager**  
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten, Chap.-clagues u. Strohüten.  
**Sinzelverkauf** zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
**Neue Königstr. 48, 1 Treppe**

drittes Haus vom Alexanderplatz (☞ Sonntags geöffnet).

## Der Kenner



hochfeine  
**6 Pf. Cigarre**  
vorzüglicher würziger Geschmack

**J. NEUMANN**  
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Davon in Berlin:  
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.  
Chausseest. 16, Ecke Invalidenstr.  
Chausseest. 36/37, Ecke Schwarzkopffstraße.  
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.  
Friedrichstr. 171, E. Franzö. Str.  
Gretchenstr. 10, Eck. Breitest. 20a.  
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.  
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.  
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.  
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.  
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.  
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.  
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.  
Umlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr.  
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.  
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.  
Rixdorf: Bergstr. 146.  
Verkaufsstellen:  
Zoologischer Garten, Pavillon.  
Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof.

**Dr. Simmel**, Prinzenstr. 41,  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

## Partei-Expeditionen:

**Berlin Zweiter Wahlkreis:** Hermann Berner, Ritterwalderstr. 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Friz, Weingartenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis:** O.: Robert Bengels, Rüdersdorferstr. 3, am Rüterplan. — **SO.:** Paul Böhm, Kurfürstendamm 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Busch, Reibellstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Weihe, Bienenstraße 41/42. — **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Rasche, Adersr. 36, Eingang Anklamerstr. — **Gesundbrunnen:** F. Trapp, Bürgenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Pars, Bürgenerstr. 123. — **Alt-Gliencke:** Reinhold Schulz, Rudowstr. 83. — **Charlottenburg:** Gustav Schandberg, Seifenheimerstr. 1, Ecke Goethestr., v. l. — **Wilmersdorf-Halensee:** Georg Heese, Berlinstr. 46, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau u. Rummelsburg:** Otto Seidel, O. 112, Kronprinzstr. 50, l. — **Grünau:** S. Blum, Biflorstr. 2. — **Rixdorf:** W. Heintz, Prinz Odenjersstraße 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminsky, Lunostraße 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Tempelhof:** W. Müller, Berlinstr. 41/42. — **Ober-Schöneweide:** Julius Grunow, Edlonstr. 10, l. — **Nieder-Schöneweide:** Donatowsky, Hölzenerstr. 1d. — **Johannisthal:** Franz Hünold, Blomardstr. 7. — **Adlershof:** Erich Steuer, Hoonstr. 6, l. — **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Lindenwalderstr. 4b. — **Köpenick:** Friedrich Woid, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz-Südende:** H. Berner, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, im Steglitz. Verteilungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Nohe, Doppelstr. 8, u. Fr. Schellhais, Abornstr. 15a. — **Marientdorf:** Hermann Reichardt, Thaulichstraße 16. — **Baumenschulweg:** Eduf. Grunstr. 2, II. — **Treptow:** H. Voigt, Eisenstr. 87, vorn III l. — **Neu-Weißensee:** W. Heese, Sedanstr. 105, part. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** P. Gursch, Prinzingstraße 108, II. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Seubartstraße 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** W. Freimaidl, Mühlentstr. 73. — **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage:** Alfons Gräß, Schloßstr., Kronprinzstr. 62, l. — **Teltow:** Hermann Krüger, Reußerstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Köpfer, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden.

**Hutfabrik**  
Brunnenstraße Nr. 54,  
**Alfred Krug**, Schönhäuser Allee 115.  
Herrenhüte 3/4, 1,90, 2,40, 3,-, ff. 4,50.  
Zylinder 6/8, 8, 10, 12 inkl. Reifearton.  
Strohüte a 40, 90 Pf., 1,10, 1,20, ff. 2,20, 3,30 u. 4,30.  
Größte Spezialgeschäfte im Norden!  
Leser dieser Zeitung 5 Proz. Rabatt! 13112\*

**H. Zimmermann**  
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206  
Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
Uhren-Großhandlung. 277L\*  
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.  
Stromg reell. — Billigste Preise.  
Berantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Neuersehnungen.

Sie empfehlen unseren wertvollen Lesern folgende in letzter Zeit erschienene Schriften:

**Wilhelm Liebknecht**  
Sein Leben und Wirken.  
Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen herausgegeben von  
**Kurt Sisser.**  
Streiche einzelner Auflage mit Fortsatz und Abbildungen.  
Preis 60 Pf.  
In bester Ausstattung 1,50 M.

**Schule, Kirche, Arbeiter.** Ein Vortrag von Paul Göhre.  
Preis 15 Pf.  
**Der preussische Volksschulgesetz-Entwurf.** Materialien zu seiner Beurteilung.  
Preis 20 Pf.  
**Roßfeldens Agrarier von Bruno Schmidt.**  
Preis 40 Pf.  
**Sozialismus und Sozialismus oder: Das Ich und die Gesellschaft,** eine dialektische Klärung von Karl Hoffmann.  
Preis 25 Pf.  
**Religion und Sozialismus** von Dr. Anton Pannekoek.

**Maria Kropotkin.** Remoiren eines russischen Revolutionärs. Mit Wortort von Georg Brandes. Volksausgabe.  
Preis 4 M.  
**Die Leffing-Legende.** Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der russischen Literatur von Franz Mehring.  
Zweite Auflage. Preis 2,50 M.  
Geb. 3,-

**Martha Krieger.** Fortsetzung von: „Die Waffen nieder“ von Veria v. Sutner. Volksausgabe.  
Preis 1 M.  
Sie empfehlen mir:  
„Perlen der Natur“. Bildwerke berühmter Meister.  
Preis pro Blatt — 50 Pf. auf weißem Karton 1,-

130106 225 [500] 62 308-14 452 979 [3000]  
131320 476 500 81 650 733 44 917 80 132089 357  
401 505 76 627 784 928 46 94 133128 292 94 [500]  
97 592 [500] 722 37 907 [1000] 40 134003 207 331  
42 [500] 806 79 992 135015 33 39 151 51 90 230  
[500] 74 885 449 535 [500] 83 84 932 64 73 [500] 678  
93 136294 756 72 805 20 92 952 [500] 137035 451  
547 138009 17 51 11 87 322 451 508 16 741 139018  
54 74 136 90 334 835  
140023 98 [500] 422 32 600 64 758 68 141035  
238 452 70 532 700 902 [500] 142022 128 315 19 38  
75 [1000] 404 74 526 602 45 761 85 143123 38 223  
60 318 487 688 737 62 73 838 [10 000] 44 144579  
649 801 68 145383 414 [500] 710 915 [500] 146037  
40 111 38 242 352 403 63 75 734 53 97 987 147081  
164 638 805 43 148027 343 507 618 149188 203 [500]  
331 [500] 737 74 943  
150028 98 245 47 415 [500] 548 612 [3000] 876  
88 911 151264 578 705 858 91 152041 111 222  
[1000] 76 572 638 70 723 89 628 153386 639 71 755  
809 68 154148 371 74 51 573 662 854 58 [500] 836  
155333 487 [1000] 813 30 963 157012 214 330 57  
[500] 590 700 72 824 86 818 158225 88 97 [1000]  
259 492 545 604 44 731 [3000] 42 44 158335 [1000]  
78 735 159267 409 730 945  
160224 83 404 731 38 832 935 161025 120  
205 93 324 56 [3000] 458 84 63 500 802 952 162630  
712 [1000] 39 890 163024 179 392 505 744 807 164121  
73 [1000] 98 222 71 374 487 624 31 [500] 874 633  
165098 [1000] 155 325 884 618 53 927 55 60 [1000]  
166016 59 137 [500] 60 79 233 46 75 354 701 924 25  
77 167029 45 121 513 949 91 96 168116 334 501 618  
40 63 704 [500] 169002 100 41 218 376 [500] 469 78  
530 789 82 946  
170059 271 [1000] 478 171086 115 50 87 200  
[10 000] 425 661 813 172920 24 418 565 93 621  
850 939 173061 87 203 331 490 609 73 719 75 992  
174003 281 84 338 441 53 514 719 72 80 944 79  
[10 000] 175006 [1000] 58 81 221 31 326 [500]  
401 28 [1000] 45 60 76 510 588 176141 80 290 93  
379 743 177029 108 301 491 535 [3000] 620 34 733  
178270 470 690 179031 [500] 50 112 68 470 579  
[500] 447 [1000] 883 86  
180014 34 51 235 55 317 438 756 840 46 181007  
546 83 611 [500] 892 182031 94 316 708 921 37 52  
183070 106 91 299 84 532 612 714 40 821 963  
184003 170 [3000] 333 65 75 792 948 59 185116 85  
535 39 49 808 25 186173 280 88 380 [1000] 83 541 85  
187039 448 968 [3000] 78 [500] 93 188064 205 371  
73 324 50 643 835 189024 297 70 314 418 45 541 715  
54 65 68 803 947 93 [500]  
190343 478 584 91 644 53 59 91 747 191060 126  
37 307 470 541 [500] 62 664 [3000] 730 815 911 [500]  
192150 513 627 96 878 683 193044 136 [5000] 85  
547 629 88 733 49 87 88 975 194000 106 [500] 263 619  
85 727 33 913 24 [1000] 195024 106 356 196271 336  
469 [5000] 417 39 99 703 15 75 829 82 70 88 970  
197064 89 192 573 627 [1000] 729 835 46 198015 77  
327 57 475 512 623 70 812 30 [500] 937 53 199223 350  
70 618 61 706 62 826 914  
200273 515 [1000] 74 519 65 802 904 86 40 201021  
41 116 348 74 77 667 638 57 781 83 533 202023 129 52  
289 340 74 87 [500] 638 726 203333 50 442 570 [1000]  
722 204511 [500] 968 22 205147 306 39 654 782 90  
84 206458 577 821 56 711 857 967 207041 72 179 86  
234 541 818 208024 77 65 327 51 [500] 93 94 474 638  
727 879 999 209077 313 458 557 621 734 99 81 807  
70 946  
210217 29 43 445 619 35 721 33 59 812 16 987  
211027 106 220 386 69 613 991 212053 247 75 [1000]  
212001 [500] 819 83 91 [500] 651 45 855 524 213021  
[500] 514 056 214003 98 159 344 51 457 928 56 63  
730 [3000] 996 88 215172 [500] 779 82 92 966 73 91  
216137 70 356 61 684 981 217064 149 247 486 706  
[5000] 80 85 [500] 889 218080 80 154 524 701 937  
52 219339 [500] 469 68 543 619 748 79 805 51  
220305 [500] 111 81 500 11 18 66 221155 253 449  
88 534 [1000] 30 613 33 875 87 921 222075 167 288  
302 8 85 99 424 575 [1000] 678 763 870 223025 207  
49 454 756 888 937 64 224294 383 583 831 77 790 682  
225081 292 377 324 38 447 547 846 922 41 [500] 72  
226044 82 92 133 65 421 579 822 227041 46 47 317 60  
[500] 437 91 834 228000 329 [500] 60 484 534 963  
229170 88 437 506  
230135 292 73 770 817 231081 87 [500] 132 482  
644 838 91 [500] 937 232005 39 75 145 230 501 738 569  
911 233075 85 439 [500] 706 11 8204 234057 [500]  
60 [500] 182 620 30 700 843 59 843 85 235109 [500] 39  
71 819 [500] 967 236145 90 [500] 213 693 2337034  
40 141 443 508 238017 21 [500] 54 79 150 239 383 543  
[500] 50 85 635 239147 [500] 323 39 481 652 73 641 843  
70 963  
240136 223 [500] 55 340 79 400 37 637 78 704 43  
[1000] 899 938 45 [3000] 241100 59 214 52 449 555  
242017 161 200 13 495 906 600 80 846 243327 [1000]  
86 628 [1000] 729 [3000] 55 244036 84 [500] 162 70  
411 581 902 245023 34 198 260 15 71 [3000] 391 91 427  
58 598 683 246135 253 499 537 99 [500] 641 861  
247114 92 353 60 80 425 [500] 631 47 738 595 422



Wendepunkte der neueren deutschen Geschichte.

6. Das Kaiserthum des Kapitalismus (1890).

Dem Vortrage, womit Genosse Raurenbrecher am Montag den Vortragsschluss beendete, lag folgender Gedankengang zu Grunde:

Die Bewegung, welche um 1750 mit der Vertretung neuer Ideen einsetzte, und das, was auch nach bürgerlicher Auffassung die Höhepunkte der deutschen Geschichte bedeutet, trägt den Charakter einer antihabsburgischen Bewegung, einer Opposition, die der Fürstenthümeranarchie die Menschenwürde, den Menschheitsadel entgegensetzt. Die Gedanken, die durch Schiller, Kant und andere Zeitgenossen vertreten wurden, sind heute noch Zukunftsideale für uns. Auf diesen, in der klassischen Literatur und Philosophie niedergelegten Gedanken fußte auch die Patriotischen Bewegung der Jahre 1810 bis 1815. Auch sie richtete sich gegen die kleinstaatliche Zerstückelung Deutschlands und trat ein für eine, allerdings monarchische, deutsche Zentralgewalt. Dies müssen wir uns vergegenwärtigen, wenn wir die Entwicklung im 19. Jahrhundert verstehen wollen. Ein eigenartiges Verhängnis ist es, daß trotz aller Opposition gegen die Fürsten diese doch schließlich den Vorteil aus dem tatsächlichen Verlauf der Bewegung zu ziehen wußten. — Im Zusammenhang mit der napoleonischen Revolution ist zwar die Zahl der deutschen Souveräne bedeutend herabgesetzt worden, aber weil diese Umwälzung von außen kam und im Dienste einer antinationalen Politik stand, so kam es, daß die damals noch übrig gebliebenen Fürsten fester denn zuvor im Sattel saßen. — Die Ära Bismarck hat ja der Souveränität der Einzelstaaten viel genommen und es der Kompetenz des Reiches übertragen, aber die Einzelstaaten sind gleichzeitig in der zufälligen Abgrenzung, die sie damals hatten, verfestigt. Sie bleiben für absehbare Zeiten die Form, in der sich die deutsche Politik abspielt. Ein einheitlich zentralisiertes Staatswesen kann Deutschland nicht werden, so lange die heutige Reichsverfassung besteht, die das Reich zu einem Bundes föderativer Einzelstaaten macht. So sehen wir, daß aus dem Sturz und Drang, mit dem die neue deutsche Geschichte einsetzt, nur ein sehr mageres Ergebnis hervorgegangen ist. — Das Bürgerthum ist in der Vertretung seiner Ideale erlahmt, noch mehr aber in dem Bestreben, die souveräne Macht der Monarchen zu brechen. Das Bürgerthum hat sich dem Sieger gefügt und sich damit abgefunden, daß es mehr politische Macht nicht erreichen kann. In allem, was einst das Bürgerthum vertrat, ist die Arbeiterklasse sein Erbe geworden.

Als nach der Gründung des Norddeutschen Bundes die national-liberale Partei entstand, sprach sie aus, daß sie eine Oppositionspartei bleiben wolle, welche sich zwar auf den Boden der Bundesverfassung, als des zunächst erreichbaren Stellen, aber die Verfassung im Sinne der Freiheit und Einheit weiter ausbauen wolle. In einer Erklärung, welche 24 liberale Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses im September 1866 veröffentlichten, um ihre Bewilligung der Indemnität zu rechtfertigen, heißt es, das Band zwischen Nationalliberalen und Linksliberalen solle auch in der Zukunft bestehen bleiben, denn trotz des Vertrauens, welches man der auswärtigen Politik Bismarcks entgegenbringe, sei das Vertrauen zu seiner inneren Politik noch nicht hergestellt, die national-liberale Partei werde deshalb eine lokale aber nachdrückliche Opposition treiben. — In einem Aufruf zu den Reichstagswahlen von 1867 sagte der Vorstand der national-liberalen Partei: Die Verfassung sei das, was man zur Zeit bekommen konnte, aber die konstitutionellen Rechte seien weder in ihrem Umfang noch in ihrer Durchführung befriedigend. — Auch noch im Jahre 1871, als die Verfassung des eben gegründeten Deutschen Reiches beraten war, erklärte der national-liberale Landesausführer: Es sei nun die Aufgabe des neuen Reichstages, die anerkannten Mängel der Reichsverfassung zu beseitigen, die Zentralgewalt des Reiches zu stärken und die freiheitliche Entwicklung ununterbrochen fortzubilden.

Mit diesem Programm traten die Nationalliberalen in das Parlament des neuen Deutschen Reiches ein. Ihr Schicksal aber wollte es, daß sie bei jeder Frage, die auf die Verwirklichung dieses Programms Bezug hatte, der Regierung gegenüber nachgeben mußten. Immer war die Regierung stärker als die Nationalliberalen. Schon 1867 im Norddeutschen Reichstage haben die Nationalliberalen Bismarck gegenüber nachgegeben und für die Befreiung gewisser Grundrechte aus der Verfassung gestimmt. Nur die Gewährung von Diäten an die Abgeordneten haben sie gegen Bismarcks Willen in die Verfassung aufgenommen. Als aber Bismarck, der durch die Diätenlosigkeit die Arbeiterklasse aus dem Reichstage fernhalten wollte, drohte, er werde die ganze Verfassung scheitern lassen, falls man auf den Diäten bestände, da trochen die Nationalliberalen zu Kreuzen und Strichen bei der dritten Lesung die Diätenforderung. — Ebenso nachgiebig zeigten sich die Nationalliberalen bei dem Streit um den Militäretat. Bismarck wollte eine bestimmte Summe für Militärzwecke ein für allemal in der Bundesverfassung festlegen, so daß also dem Reichstage das Recht der alljährlichen Bewilligung des Militäretats entzogen wurde. Die Nationalliberalen erklärten, sie würden die ganze Verfassung ablehnen, wenn die Militärforderungen in dieselbe hineinkämen. Es kam aber nicht zur Ablehnung, sondern zum Kompromiß. 1867 wurde unter Zustimmung der Nationalliberalen ein dreijähriges Provisorium für Militärausgaben bewilligt. Dasselbe ist dann 1870 auf weitere drei Jahre ausgedehnt worden. Nach Ablauf des Provisoriums kam es nochmals zu einem Konflikt wegen des Militäretats, aber die Nationalliberalen waren zu schwach, den Konflikt durchzusetzen. Wieder schlossen sie mit der Regierung ein Kompromiß, dessen Ergebnis das Septennat, die Bewilligung des Militäretats für sieben Jahre auf einmal, war, dem dann seit 1893 die fünfjährigen Perioden des Militäretats folgten. — Diese Beschränkungen des Budgetrechts widersprechen dem, was die Nationalliberalen am Anfang des Norddeutschen Bundes glaubten vertreten zu können. Trotzdem stimmten sie dem zu. — Aber auch gegen die Höhe der militärischen Ausgaben haben sich die Nationalliberalen anfangs gewandt. In einem Aufruf, den sie 1867 veröffentlichten, heißt es, mit dem Ablauf des Provisoriums müsse man zu der so notwendigen Sparksamkeit eines wirklichen Militärfriedenssetzels kommen. — Aber in der Folgezeit haben die Nationalliberalen jede Vermehrung der Militärforderungen bewilligt und sich dabei mit dem Wortschein des Patriotismus umgeben.

Die Nationalliberalen haben niemals die Kraft gehabt, die Opposition gegen Bismarck zu halten. Daß sie diese Kraft nicht hatten, dies erklärt sich aus den sozialen Verhältnissen dieser Partei. In der Konfliktzeit noch eine Oppositionspartei, die zum Ministerium Bismarck kein Vertrauen finden konnte, wirkte jeder Nachwuchs, den die Partei bekam, dahin, daß die alte Garde geschwächt wurde und neue, weniger entschiedene Elemente die Führung belamen. Schon bei den Wahlen im Herbst 1867 begann diese Entwicklung nach rückwärts. Während die Nationalliberalen in den altpreussischen Provinzen durch amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten der Konserverativen befähigt wurden, erschienen sie in den neupreussischen Provinzen als Regierungspartei, für die die amtliche Wahlagitator gegen die partikularistischen Parteien (Welfen, Dänen usw.) in Bewegung gesetzt wurde. Hierdurch kamen etwa 30 Nationalliberale mehr in den konstituierenden Reichstag, als ohne amtliche Wahlbeeinflussung gewählt worden wären. Zu diesen gehörte in erster Linie Bennigsen. Diese durch Unterstützung der Regierung als Regierungspartei gewählten Abgeordneten konnten der Regierung natürlich keine entschiedene Opposition machen. — Derselbe Fall, der 1867 spielte, hat sich bei den Reichstagswahlen 1871 wiederholt. In Norddeutschland verloren

die Nationalliberalen 30 Mandate an die damals entstandene Zentrumsparthei. Aber was sie im Norden, namentlich im Rheinland, verloren, das gewannen sie im Süden, wo sie von der Regierung gegen die partikularistischen Kandidaten unterstützt wurden. So verloren sie wieder die Möglichkeit, der Regierung gegenüber stark und fest zu sein. Durch diese Verhältnisse war der national-liberale Partei trotz ihres liberalen Namens das Schicksal beschieden, daß sie mehr und mehr nach der konserverativen Seite rücken mußte. Dazu kommt noch ein anderer Grund. Von 1870 bis 1873 hatten wir in Deutschland eine Zeit ungeheurer kapitalistischen Aufschwüngen. Diese Gründerperiode, ebenso die spätere Schutzollära von 1879 bis heute hat den Kapitalisten bewiesen, daß die Regierung, wenn sie auch keine politischen Konzeptionen machen wollte, doch über die wirtschaftlichen Bedürfnisse der verschiedenen kapitalistischen Gruppen mit sich reden ließ. — Leute wie Kardorff, Bennigsen, Miquel, die in der Gründerzeit glänzende Geschäfte machten, konnten natürlich nicht Opposition treiben, denn, wie sich schon anfangs der 50er Jahre gezeigt hatte, sind der Bourgeoisie die politischen Verhältnisse gleichgültig, wenn sie nur gute Geschäfte macht. — Die Wahlhülfe der Regierung ist der äußere, die glänzende Geschäftslage der innere Grund, weshalb die national-liberale Partei ihre Richtung änderte.

Als die Macht der Nationalliberalen im wesentlichen zu Ende war, traten die Zentrumsparthei in Verbindung mit den Linksliberalen (Fortschritt, Deutschfreisinnige), welche zusammen die Mehrheit im Reichstage hatten, als entschiedene Oppositionsparteien auf. Unter Führung Windhorsts wurden in den Jahren 1881—1887 leidenschaftliche Kämpfe der bürgerlichen Opposition gegen die Regierung geführt, die das Ziel hatten, die Rechte des Parlaments zu stärken. Die Zentrumsparthei ging darauf aus, der Regierung die unkontrollierbaren, ständig wachsenden Einnahmen aus der Steuerreform zu sperren und das Reich finanziell nur auf die Kontributionsbeiträge der Einzelstaaten zu stellen. Die Liberalen hofften auf den damaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich, von dessen Regierung sie eine liberale Ära erwarteten. Sie wollten die Finanzreform bewilligen, wenn eine wirklich konstitutionelle Regierung an die Stelle des Ministeriums Bismarck getreten wäre.

Man sollte meinen, daß nach dem Sturze Bismarcks im Jahre 1890 Gelegenheit gewesen wäre, die Reform der Reichsverfassung durchzusetzen, welche Zentrum und Liberale anstrebten. Aber nichts dergleichen ist geschehen. In großen wie in kleinen Fragen haben die ausschlaggebenden Parteien, Zentrum und Liberale, der Regierung nachgegeben. Selbst die größte bisher dagewesene Steigerung der Reichseinnahmen durch die letzte Steuerreform ist von den bürgerlichen Parteien nicht benutzt worden, um konstitutionelle Garantien zu fordern.

Daß die bürgerliche Opposition so früh zusammenbrach, das hat seine Ursachen in dem plötzlichen und schnellen Wachstum, welches die Sozialdemokratie in den Wahlen 1884, 1887 und 1890 zeigte. Solches Wachstum einer Partei hatte die deutsche Geschichte noch nicht gesehen. Nun war erwiesen, daß jede entschiedene Opposition der Sozialdemokratie zugute kommen mußte. 1893 bei Gelegenheit der Caprivischen Militärvorlage hat Eugen Richter noch einmal den Versuch gemacht, dem Liberalismus einen Ruck nach links zu geben, aber dieser Versuch hatte nicht den gewünschten Erfolg. Von 70 Liberalen wurde in der Hauptwahl keiner, in der Stichwahl nur 25 gewählt. Dieser Mißerfolg hat für Eugen Richter den Ausschlag gegeben, die Reste des Liberalismus den rechtsstehenden bürgerlichen Parteien anzuschließen. Es hat sich gezeigt, daß jede radikale Politik, für welche die Liberalen eintreten, der Arbeiterpartei neue Anhänger zuführt, weil diese doch die entschiedenste Oppositionspartei ist. Seitdem sind den Liberalen und dem Zentrum die Fesseln gebunden, und von da an datiert die läghliche Haltung des Reichstages gegenüber der Regierung. Alle bürgerlichen Parteien haben auf den Machtkampf gegen die Regierung verzichtet. Die Arbeiterpartei ist die einzige, welche den Kampf gegen die immer noch absolute Regierung führt.

Denselben Entwicklungsgang, den wir an der deutschen Freiheitsbewegung sehen, können wir auch an der deutschen Einheitsbewegung bemerken. Auch in dieser Hinsicht forderten die Nationalliberalen im Jahre 1867, daß die parlamentarischen Funktionen möglichst vollständig in den Reichstag verlegt werden und die Landtage der Einzelstaaten hinter den Reichstag zurücktreten, und sich schließlich mit der Rolle von Verwaltungskörperschaften begnügen müßten. Also, der Boden, auf dem die deutsche Nation politisch in Aktion tritt, soll der Reichstag des allgemeinen Wahlrechts sein. Das war national-liberales Programm im Jahre 1867. — Heut dagegen ist es die Tendenz der Regierung und der bürgerlichen Parteien geworden, heikle Fragen dem Reichstage zu entziehen und sie in den preussischen Landtag zu verlegen, weil man dort nicht den Vertretern der Arbeiterklasse Rede und Antwort zu stehen braucht. — Der erste Akt von größerer politischer Bedeutung, wo Bismarck, der als Gründer des Deutschen Reiches gefeiert wird, den Partikularismus wieder herbeiführte und sich hinter den preussischen Landtag verlor, spielte sich 1885 ab. Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten, die zusammen die Mehrheit im Reichstage hatten, wandten sich gegen die Ausweisung russisch-polnischer Staatsangehöriger aus Preußen, womit die Regierung ihre Kolonialpolitik einleitete. Eine von Windhorst begründete Interpellation wurde von der Regierung nicht beantwortet, Bismarck erklärte, das sei eine Angelegenheit Preußens. — Dann wurde dem preussischen Landtag 1892 das Schulgesetz und 1897 die Verschlechterung des Vereinsgesetzes vorgelegt. Dies war das letzte Mal, wo sich die Nationalliberalen der Regierung entgegenstellten und dagegen auftraten, daß eine Frage, die der Reichsregierung untersteht, im preussischen Landtag zum Austrag gebracht werde. Später haben dann die Nationalliberalen mit dem Zentrum und den Konserverativen zusammen den Landtag mehr und mehr aus der Versenkung hervorziehen helfen, so daß neuerdings das Bergarbeitergesetz, die Ausweisungspolitik und das Vorgehen der Breslauer Polizei im Landtage behandelt werden konnten.

Gegenüber dem Abwärtent der bürgerlichen Parteien und der Regierung zum Partikularismus steht als einzige wirklich demokratische Partei die Sozialdemokratie auf dem Boden des aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Parlaments. Die Klassenlage des Arbeiters weist ihn auf den Freiheitsstaat hin. Die Arbeiter sind in Deutschland das flutierende Element in der Bevölkerung. Die Großindustrie hat dafür gesorgt, daß die Lebenslage wie die gesamten Verhältnisse der Arbeiter in allen Teilen Deutschlands nahezu die gleichen geworden sind. So haben wir in der Arbeiterklasse eine Vereinheitlichung, eine Gleichförmigkeit des sozialen Lebens, wie wir sie früher in der Bevölkerung nicht hatten. Das Klasseninteresse der Arbeiter drängt deshalb nach einer Vereinheitlichung der staatsbürgerlichen Rechte. — Während in früheren Zeiten die unter dem gleichen Band leidenden Volksschichten kein Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen hatten, ist das Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands rege und breitet sich immer weiter aus. Die Arbeiterklasse hat mit Bewußtsein die großen Mächte des modernen Verkehrs in ihren Dienst gestellt, sie hat sich einheitlich über ganz Deutschland organisiert. Auf dieser Macht, die heute hinter der Arbeiterklasse steht, beruht die Hoffnung, daß sie die Aufgabe lösen kann, die in früheren Jahrhunderten gestellt wurde, aber nicht gelöst werden konnte: Durchführung der Demokratie und als Voraussetzung dazu: Stärkung der Zentralgewalt des Reiches gegenüber dem Partikularismus, den die Regierung und die bürgerlichen Parteien führen, weil er ihr letztes Bollwerk gegen die Arbeiterpartei ist.

Mit der Parole: „Durch Einheit zur Freiheit“ ist der Allgemeine deutsche Arbeiterverein 1867 in die Reichstagswahl eingetreten. Derselbe Ruse stellten Marx und Engels während der

deutschen Revolution auf. Was die bürgerlichen Literaten und Philosophen erträumten, was die Patriotenbewegung wollte, was 1848 der Kern der Volksbewegung war, das durchzuführen wird jetzt in immer stärkerem Maße die erste Aufgabe der Arbeiterpartei, die das Erbe der ganzen deutschen Vergangenheit angetreten hat, soweit dieselbe groß und erhebend war.

Genosse Liepmann, der den Vorkitz in der Versammlung führte, sprach sich anerkennend über die Vorträge Raurenbrechers und das lebhafteste Interesse, mit dem sie entgegengenommen wurden, aus und bemerkte, der Vorstand von Groß-Berlin habe die Absicht, im Herbst wieder ähnliche Vortragsserien, vielleicht über Nationalökonomie und Naturwissenschaft, halten zu lassen.

Partei-Angelegenheiten.

Treptow. Die Parteipedition befindet sich vom 1. Juni an beim Genossen Rob. Gramenz, Kieholzstraße 412 im Zigarrengeschäft.

Rödenitz. Die Genossen werden ersucht, sich zu der heute Freitag stattfindenden Flugblattverteilung für die Stadtverordneten-Wahlen in den bekannten Lokalen einzufinden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Wenn Niskus mit der Kommune Berlin ein für ihn profitables Geschäft machen will, so findet er in der Stadtverordnetenversammlung immer eine Mehrheit, die ihm den Gefallen tut, Ja und Amen dazu zu sagen. Diesmal ist es der Militärfiskus, dem die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit sich dienstwillig erweist. An der Eisenbahnbrücke soll die Stadt den Landstreifen, den sie zum Neubau der Brücke braucht, dem Militärfiskus teuer abkaufen. Dafür soll sie dann im Plänterwald ein Trennstück, das der Militärfiskus als Pionierübungsplatz haben will, ihm billig verkaufen. Die sozialdemokratische Fraktion forderte Zurückverweisung der bezüglichen Vorlagen des Magistrats an den Ausschuß, dessen Mehrheit diesen Plan gutgeheißen hatte. Unsere Genossen Lohndorf, Schulz und Borgmann empfahlen Enteignung des Landstreifens an der Eisenbahnbrücke und warnten vor dem Verkauf des Trennstückes, das dem Plänterwald genommen werden soll. Als Genosse Schulz dem Magistrat vorwarf, daß er sich vor dem Niskus ducke, mahnte der Vorstand: „Das dürfen Sie nicht sagen!“ Die Abstimmung ergab, daß auch die Mehrheit der Stadtverordneten „sich vor dem Niskus duckte“.

Der Antrag über die Einteilung der kommunal-wahlbezirke dritter Abteilung, den die sozialdemokratische Fraktion im Herbst vorigen Jahres gestellt hatte, ist zweimal in einem Ausschuß beraten worden, aber das Ergebnis war beide Male die Ablehnung des Antrages. Der Freisinn weiß, daß er nur dann in einzelnen Bezirken der dritten Abteilung sich noch auf einige Zeit behaupten kann, wenn die Bezirke so klein sind, daß er hier und da noch auf eine Zufallsmehrheit rechnen darf. Datum wurde gestern auch vom Plenum der Standpunkt des Ausschusses gebilligt und der Antrag unserer Genossen abgelehnt. Genosse Borgmann, der ihn noch einmal verteidigte, hob hervor, daß das Interesse der Wähler dritter Abteilung für die kommunalen Angelegenheiten sich steigern würde, wenn sie auf nur 16 Bezirke verteilt und dann alle zwei Jahre zur Wahl zusammen berufen würden. Das ist zweifellos, auch für den Freisinn. Aber schon deshalb muß die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit wünschen, daß es bei dem bisherigen Zustande verbleibt; denn eine Steigerung des Interesses der Wähler dritter Abteilung würde den Freisinn nur noch rascher aus der dritten Abteilung herausfegen. Der gleichzeitig gefaßte Beschluß, die Bezirke der dritten Abteilung neu abzugrenzen, ist eine selbstverständliche Anstandsmaßnahme, die sehr wohl noch vor 1909 erfüllt werden könnte.

Die Frage, ob die Stadtgemeinde sich auch ein bißchen um die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter solcher Unternehmer kümmern soll, die für die Stadt liefern, wurde von unserem Genossen Sassenbach erörtert aus Anlaß der geplanten Neubegebung der Altenvagenstellung. Der Fuhrherr, der die Altenvagen bisher gestellt hat, zahlt seinen Kutschern ganz miserable Löhne. Damit er sich dazu herbeiläßt eine Kleinigkeit zuzulegen, wird ihm die Stadt künftig eine höhere Vergütung zahlen.

Von den Änderungen im Berliner Verkehrsleben zum 1. Juni sind wichtig die zahlreichen neuen Anschließbetriebe der Großen und der Charlottenburger Straßenbahn, die gleichzeitig mit der neuen Gerichtsenteilung vielfache Verbindungen mit dem zur Eröffnung kommenden Landgericht III herstellen. Neu eröffnet wird eine Linie 18 Charlottenburg (Bahnhof Jungfernheide, Landgericht III) bis Grolitzer Bahnhof. Sie geht in Berlin wie Linie 12, dann Beusselstraße, Kaiserin Augusta-Allee, Osnabrückerstraße und Tegeler Weg. Verlängert werden: 8 Schönbrunn—Luisenplatz bis zum Amtsgericht Charlottenburg; 54 Schönbrunn—Luisenplatz bis zum Landgericht III; 64 Landsberger Allee—Zoologischer Garten bis zum Luisenplatz; 80 und 81 Schieflicher Bahnhof und Zentralbahnhof—Amtsgericht Charlottenburg bis zum Straßenbahnhof.

Mit lautem Gumbum und schmetterndem Trara zogen am Donnerstag die Regimenter der Garnison Berlin hinaus aufs Tempelhofer Feld, um dort die übliche Frühjahrsparade abzuhalten. Selbstverständlich konnte auch wieder die liebe Reugier nicht fehlen. Das Spalier, das die Trupps der Paradestrassen säumte, setzte sich zusammen aus Schulkindern, die wieder auf höheren Befehl frei bekommen hatten, aus Frauen, für die es dabei nichts Wichtigeres zu tun gab, und schließlich auch aus einzelnen Männern, die der Meinung waren, daß sie in diese Gesellschaft hineinpaßten. Wer sich für zu schade hielt, die Rolle des mühsigen Gaffers zu spielen, aber durch seine Berufs- und Gewerbstätigkeit genötigt war, die Paradestrassen zu passieren, der mußte wieder mal die allgemeinen Feinden der Absperrungen voll auslöfen. Bei solchen Gelegenheiten kriegt man's immer wieder zu spüren, daß der Vorzug, Bewohner der königlich preussischen Haupt- und Residenzstadt zu sein, so ganz umsonst denn doch nicht zu haben ist.

Die städtische Feuerzettel hat im vergangenen Jahre 710 945 M. Brandentschädigungen vergütet, gegen 817 390 M. in 1904 und 840 063 M. in 1903. Trotz der Zunahme der Brände in Berlin, der Verbauung und der Bevölkerung ist danach ein bemerkenswertes Sinken der Brandschäden zu verzeichnen. Diese Abnahme ist in der Hauptsache auf die Zunahme der Feuerzettel in Berlin auf Maßnahmen der Feuerwehre zur Vergütung von



Bränden und dann auf die andauernde Verlegung von feuergefährlichen Betrieben nach außerhalb zurückzuführen. Die Zahl der Fabrikbetriebe, besonders der großen, sowie die Zahl der Holz- und Kohlenplätze und der alten feuergefährlichen Bauten mit uralten Feuerungsanlagen usw. nimmt ständig ab und damit auch die Feuergefahr. Die meisten Brandentzündungen beruhen jetzt die Dachstuhlbrände.

Die Zentraltelegraphenstation hat im vergangenen Jahre (1905/6) 854 112 Depeschen befördert. Davon entfielen 804 883 auf den Polizeidienst, 37 700 bezugl. 65 329 auf die Feuerwehr und 12 029 auf den Magistrat. Der Depeschenverkehr der Polizei hat gegenüber 1904/5 um 87 110 und der des Magistrats, soweit die Zentralstation in Betracht kommt, zugenommen, während bei der Feuerwehr die Depeschen um 1409 abgenommen haben.

**Hauptprojekte in Buch.** In der letzten Sitzung der städtischen Hochbaudeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramsau legte Stadtbaurat Ludwig Hoffmann die Entwürfe für die Anlage eines Zentralfriedhofs für Buch vor. Das kleine Dorf Buch, das infolge der Errichtung zahlreicher städtischer Anstalten, wie z. B. einer großen Heimstätte, einer großen Zentrale für die Beschaffung von Licht, Heizung und Wasser, sowie elektrischer Kraft, einer Apotheke, einer Sektionsanstalt, zweier Ferienanstalten, einer Bäckerei usw., von wenigen hundert Einwohnern zu einer „Stadt“ von zirka 6000 Bewohnern mit allen modernen Einrichtungen sich auszuwickeln wird, soll nunmehr auch einen neuen Friedhof erhalten, dessen geschmackvolle Bauten und Anlagen nach den Entwürfen des Stadtbaurats L. Hoffmann dem Beifall der Deputation fanden. Die Kosten in Höhe von 177 600 M. wurden bewilligt. Ferner genehmigte die Deputation den Entwurf mit Kostenanschlag in Höhe von 71 000 M. zu einem Vierfamilienhause für Angestellte und zwei Assistenzärzte des städtischen Anstalt Wuhlgarten.

**Graf Pückler hat am Mittwochabend im „Kösliner Salon“ eine Abschiedsvorstellung gegeben, denn er hat noch einige Wochen in der Festung Weichselmünde abzumachen. Diesmal wettete er gegen die Parlamente. In unseren verclumpten Parlamenten, führte er aus, sitzen nur Eitel und Schafsköpfe. Es sind ganz unfähige Klammeln, die Heu und Stroh in ihren Schädeln haben und nie auf einen guten Gedanken kommen. Ein vernünftiges Gesetz kriegen sie nicht zustande. Da haben sie nun drei bis vier Monate an den sogenannten Steuergeetzen rumgewurselt und was dabei rausgekommen ist, das sieht man. Unsere Staatsmänner sind auch Strohköpfe. Die auswärtige Politik ist ganz jämmerlich; Marokko beweist es. Hier war die beste Gelegenheit, einen schicksalreichen Krieg anzufangen. — Das Berliner Tiergartenviertel ist besonders verfaul. Dort geben sich die raffiniertesten Spieler im „Klub des Bestens“ Rendezvous. Viele Existenzen, auch solche von Gardeoffizieren, werden hier durch die jüdischen Spieler zugrunde gerichtet. Wo aber die Juden ihre Hand im Spiele haben, versagen die Behörden. Da sucht man heute immer nach neuen Steuern. Hätte ich was zu sagen, so würde ich jedem neugeborenen jüdischen Kinde zurufen: „Komm her, Cohnchen, Nebekchen — weil Ihr die Unberühmtheit habt, im Deutschen Reiche geboren zu werden, habt Ihr sofort je 10 000 M. in die Staatskasse abzuladen.“ Auf diese Weise könnte man mit Leichtigkeit Hunderte von Millionen einheimsen und dadurch den Arbeiter von Steuern entlasten. In diesem Tone polterte der Redner weiter. Bei der darauf folgenden Diskussion entstand eine solche Unruhe, daß die Versammlung kurzerhand geschlossen werden mußte.**

**Vollständig mit Ferndrücker ausgerüstet** ist jetzt die Stadttelegraphie von Berlin. Wir hatten vor mehr als Jahresfrist berichtet, daß das Reich-Postamt die Herstellung eines Systems von Ferndrücker für den inneren Dienst der Telegraphie angeordnet habe. Sämtliche Hauptstellen mit Bestellbezirk sind nunmehr mit einem Ferndrücker ausgerüstet. Alle Reuter, 67 an der Zahl, sind unmittelbar an das Haupttelegraphenamt angeschlossen. Dort ist eine Vermittlungsstelle, durch die sie, wie Fernsprechstellen, in beliebiger Weise miteinander verbunden werden können, so daß jedes Telephonamt unmittelbar mit jedem beliebigen anderen durch den Fernschreiber sprechen kann. Stadttelegraphenamt verfehlt der Berliner verhältnismäßig viel. Sie wurden bisher abgeschrieben und mit der Post befördert. Diese Stadttelegraphen gehen jetzt ausschließlich auf telegraphischem Wege mit Hilfe der Fernschreiber, wodurch eine wesentliche Beschleunigung in der Beförderung der Telegramme erzielt wird. Soweit die Beamten und Leitungen zur Verfügung stehen, sollen auch Ferntelegraphen durch den Ferndrücker zum Haupttelegraphenamt gegeben werden. Die Sperrung der Sammlerbatterien, deren man zum Betrieb des Ferndrückers bedarf, ist den 5 Fernsprechämtern 1, 3, 4, 6 und Charlottenburg übertragen. Beim Haupttelegraphenamt wird die Sammlerbatterie unmittelbar aus dem Starkstromnetz gespeist. Die neue Anlage ist lediglich für den inneren telegraphischen Dienst bestimmt, während eine zweite Vermittlungsstelle in der Zimmerstraße besteht, an die jeder Private auf Wunsch angeschlossen werden kann.

**Eine Sperrung des Regler Schloßparks** für die Berliner Ausflügler soll dieser Tage vorgenommen werden. Der Schloßpark ist Privatbesitz der Familie v. Heinz, der nachkommen Wilhelm v. Humboldts, und in ihm befinden sich auch die Gräber der Brüder Alexander und Wilhelm v. Humboldt. Der Grund zu dieser Maßregel soll zu suchen sein in dem Ueberhandnehmen der Unflut vieler Ausflügler, Stullenpapier, Speisereste, Glascherben usw. in den Anlagen und Wegen liegen zu lassen. Am Tage nach jedem Sonn- und Feiertage habe der Park von zahlreichen Arbeitern gereinigt werden müssen. Ein anderer Grund, den Park zu sperren, soll sein, kundzugeben, daß die Besitzerin des Schlosses das Recht habe, den Park zu schließen. Wer den Park benutzen will, von dem soll in Zukunft ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben werden, eine Maßregel, die einer Sperrung gleichkommt.

Die Besitzerin hat gewiß das formale Recht, mit ihrem Eigentum zu machen, was sie will, es kann sie niemand daran hindern. Bei dem Mangel an öffentlichen Erholungsorten und Parks um Berlin wird diese Maßnahme von den Berliner Ausflüglern sehr hart empfunden werden. Was die Gründe anlangt, die zu der Sperrung Veranlassung gegeben haben, so kann natürlich der Unflug, der mit dem Wegwerfen des Stullenpapiers usw. getrieben wird, nur allgemein verurteilt werden. Wir haben erst dieser Tage darauf hingewiesen, daß dieser Unflut entschieden entgegengehandelt werden muß. Allein deshalb den Park plötzlich zu sperren für viele Tausende von Erholungsuchenden scheint uns denn doch nur ein gesuchter Grund zu sein. Uns will vielmehr der andere plausibler erscheinen, nämlich der, daß die Besitzerin wieder einmal feststellen will, daß sie das Recht dazu habe. Dieses Recht, durch eine Sperrung des Parks festzustellen, ist aber doch ein sonderbares Beginnen. Ob diese Maßnahme dem Geiste der im Park ruhenden Humboldts, den Vorfahren der jetzigen Besitzerin, entspricht, ist sehr zu bezweifeln.

So wird ein Park nach dem andern dem öffentlichen Verkehr entzogen. Hier zeigt sich wieder in voller Deutlichkeit, wie schädlich der Privatbesitz an Grund und Boden ist. Von Gemeininteresse keine Spur! Es ist nur guter Wille, wenn ein Park- oder Waldbesitzer erlaubt, daß „Fremde“ durch seine Verfügungen gehen dürfen. Der Staat handelt nicht viel besser. Die Erholungsstätten in der Umgebung Berlins werden Terrainspekulanten zu Bewohnungszielen verkauft und die schönen Wälder müssen der Art weichen. So wird der Schönholzer See der Garau gemacht und im Grunewald geht's nicht besser. Der Hokus ist hungrig und braucht viel Geld. Was kümmert es auch den Staat, ob für Erholungsorte gesorgt ist. Die Angehörigen der besitzenden Klasse regen sich darüber auch nicht weiter auf. Wollen sie Erholung, so haben sie die Mittel, sich entweder selbst in den Besitz von Wohnstätten zu setzen, in denen

sie alle Bequemlichkeiten haben, oder aber sie setzen sich auf die Bahn und besuchen die Orte, wo sie alles finden. Die Angehörigen der arbeitenden Klasse dagegen können fronden, was brauchen die Erholung! Für diese heißt es heute nur Werte schaffen, nicht aber an den Kulturgenüssen teilnehmen und seien dieselben noch so beschäbende wie die Erholung in Parks und Wäldern.

**Bei dem Gewitter am Mittwochvormittag hat der Blitz im Norden Berlins bedeutenden Schaden verursacht.** Durch Blitzschlag wurden Telephon- und Telegraphenleitungen der Post bei Birkenwerder und bei Löwenberg zerstört. In Oranienburg traf ein kalter Schlag das Haus des Eigentümers Gerde. Das Dach des Gebäudes wurde zerstört und ein Giebel völlig in Trümmer gelegt. Bei dem Gewitter am Dienstagmittag ist ebenfalls erheblicher Blitzschaden an verschiedenen Stellen der Umgebung Berlins herbeigeführt worden. Ein Blitzstrahl traf das Hauptgebäude des Korteischen Restaurants in Bernsdorf, in welchem sich eine Anzahl Gäste befanden. Ein Lokomotiv-Fahrer erlitt Brandwunden am Rücken, ein Eisenbahnkassierer Verletzungen am rechten Arm und Bein, während ein dritter Gast gelähmt wurde. Alle drei Personen befinden sich außer Lebensgefahr. In Hennickendorf wurde eine strohbedeckte Scheune vom Blitz getroffen, wobei zwei in derselben befindlichen Schweine getötet wurden. In Groß-Schönebeck wurde die Wähe des Besitzers Grasse vom elektrischen Funken in Brand gesetzt und total eingeeigert.

**Vom elektrischen Strom der Straßenbahnleitung getroffen.** Zur allgemeinen Warnung sollte ein schwerer Unfallsfall dienen, der sich Mittwoch nachmittag in der Hardenbergstraße am Bahnhof Zoologischer Garten ereignete. Der 45jährige Kaufherr Ludwig Nied, Rheinsbergerstraße 36 wohnhaft, hatte eine Ladung Heu zu transportieren und sich hoch oben auf den Wagen gesetzt. Bei der Ueberführung der Stadtbahn am Bahnhof Zoologischer Garten kam er mit dem Kopf mit der elektrischen Leitung der Straßenbahn in Berührung, wurde von einem Starkstromschlage getroffen und stürzte betäubt auf die Straße hinab. Dem Bedauernswerten wurde der rechte Oberarmel sowie die linke Hand gebrochen. In bestimmungslosem Zustande brachte ihn Postanten nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, und nach Anlegung von Rotverbänden wurde er dem Augusta-Hospital zugeführt.

**Beim Baden in der Spree ertrunken** ist gestern nachmittag der 8jährige Sohn Otto des Schuhmachers Karl Liebe aus der Ohmstraße 8. Der Knabe badete mit noch mehreren Schülern an einem an der Spree gelegenen Hinterhause der Stralauerstraße. Otto, der des Schwimmens unkundig war, hatte sich zu weit in die Wähe gewagt, so daß er den Boden unter seinen Füßen verlor und in den Wellen verschwand. Alle Rettungsversuche mit Stangen waren vergebens und nach längerem Suchen fand man seine Leiche. Die Revierpolizei ließ die Leiche nach dem Schauhause bringen.

**Zwei jugendliche Ausreißer** sind gestern auf einer Reise von Berlin nach dem „Süden“ in Klein-Glienicke festgenommen worden. Die beiden im 18. Jahre stehenden Jungen hatten sich verabredet, gemeinsam nach Italien auszuwandern. Vorhelferweise hatte einer derselben die gesamte Barschaft der Eltern eingestekt. So tippelten die jugendlichen Auswanderer bis Klein-Glienicke und baten in dem dortigen Restaurant „Waldfrieden“ um Arbeit, sowie um Nachtquartier. Da ihnen beides verweigert wurde, schlichen sie sich auf den Heuboden und machten sich dort bequem. Durch eine telefonische Anfrage in Berlin erfuhr der Wirt, daß die beiden daheim ausgerückt waren. Die zwei Reisenden waren nicht gerade angenehm überrascht, als sie gestern morgen von einem Gendarm aus dem Schlafe gerüttelt und zur Wache gebracht wurden.

**Als Raubschwindler schlimmster Sorte hat sich der Redakteur Klähre entpuppt, der in der Jagowstr. 44 zu Wilmerdorj wohnte und dort seit einigen Jahren die Monatschrift „Kunst und Kunstwissenschaft“ herausgab.** Er führte sich gern als früherer Hof- fänger von Weimar auf und kam dadurch in enge Beziehungen zu Musik- und Theaterkreisen. Obgleich er sehr gute Einnahmen hatte, reichten diese doch zur Befriedigung seiner Extrabegierungen nicht hin. Zuletzt verlegte er sich auf Raubschwindelereien, indem er Buchhalter, Bureaupersonal, Reisende usw. engagierte und sich Raubaktionen von mehreren Hundert Mark stellen ließ. Am 23. Mai sollte er in einer Betrugschance vor Gericht erscheinen, doch hatte er sich vorher aus dem Staube gemacht. Nach seinem Verschwinden erschienen in seinem Bureau noch verschiedene Personen, die engagiert worden waren gegen Raub und nun ihre Stellen antreten wollten. Vor seiner Flucht hat Klähre noch drei Schreibmaschinen, ein Harmonium, ein Pianino und andere Gegenstände, die er erst kurz vorher auf Abschlagszahlung entnommen hatte, schleunigst verkauft, so daß er nicht ohne Geldmittel ist.

**Warnung vor Wesselschwindlern.** In altgewohnter Weise treiben seit einiger Zeit zwei gefährliche Wesselschwindler in den Vororten ihre Unwesen. Die Gauner kaufen in den Geschäften Kleinigkeiten ein und geben dann Bekehrungsstücke in Zahlung. In geschickter Weise versehen sie es nun, den Verkäufer abzulenken und das Goldstück samt dem Wechselgeld unbemerkt an sich zu nehmen. Erst zu spät werden die Geschäftsinhaber gewahr, daß sie einem dreisten Schwindelmannöver zum Opfer gefallen sind. Der eine der Betrüger ist etwa 25 Jahre alt, von mittlerer Figur und trägt schwarzen Schnurrbart. Der andere zählt etwa 40 Jahre, hat volles Gesicht und ist barlos.

**Ein Opfer seiner Schwermütigkeit.** Ein schwerer Verkehrsunfall hat sich gestern morgen in der Invalidenstr. 129 zugetragen. In der Nähe des Sietzner Bahnhofes schritt der 70jährige Invalid Heinrich Pfinger, Invalidenstr. 129 wohnhaft, über den Fahrdamm und gewahrte infolge seiner Schwermütigkeit nicht das Herannahen einer Automobilkutsche. Der Greis wurde von den Rädern erfaßt, auf den Straßenrand am geschleubert und überfahren. Schwerverletzt brachte ihn ein Schuttmann nach der Unfallstation IX und von dort in das Krankenhaus Am Friedrichshain.

**Ein großer Wäschestiefelraub** ist in der gestrigen Nacht in dem Hause Karlsgrabenstr. 2 verübt worden. Eine Bande von „Plattfahrrern“ drang auf den Boden und erbrach fast sämtliche Wäschekäse. Überall fielen ihnen größere Rollen Wäsche zur Beute. Die Einbrecher packten die geraubten Wäschestücke in große Bündel zusammen und entkamen unbemerkt.

**Einem seltsamen Diebstahlspezialisten** ist gestern das Handwerk gelegt worden. Der wohnungslose Max Polowski besaß sich mit Einbrüchen auf Neubauten und Stahl dann die dort befindlichen wertvollen Baumaterialien. Bei einem Diebstahl auf einem Neubau in der Pflanzstraße wurde er von seinem Schicksal ereilt. Mehrere Arbeiter hatten ihn beobachtet und so lange festgehalten, bis zwei hinzugekommene Kriminalbeamte erschienen. Bei einer Leibesvisitation wurden mehrere große Pakete von Nägeln bei dem Verdächtigen vorgefunden. Er gab zu, auch auf einer ganzen Reihe anderer Bauten ähnliche Diebstähle ausgeführt zu haben. Er wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Die Leitung der Mißgünstigen hatte zu Mittwochabend eine außerordentliche Generalversammlung nach den Germaniafäden einberufen, deren hauptsächlichste Aufgabe sein sollte, die von verschiedenen Seiten angeführten Beschlässe der letzten Generalversammlung vom April d. J. zu wiederholen. Nachdem in der vorigen Generalversammlung mehrere Vertreter von Untergenossenschaften aus dem Saal gewiesen worden waren, hat sich diesmal eine größere Anzahl von Untergenossenschaften angeschlossen, der Generalversammlung grundsätzlich fernzubleiben und ihre Rechte auf Grund der statutenmäßig vorliegenden Beschränkungen durch nachträgliche gerichtliche Anfechtung, der gefassten Beschlüsse zu wahren. Die vorgestrige Generalversammlung stimmte durchweg den Anträgen des Vorstandes und Aufsichtsrats zu. Es wurden insbesondere die Beschlüsse der vorigen Generalversammlung auf Erhöhung der Geschäftsanteile und Kassasummen von ursprünglich 1 M. auf 200 M. angenommen, und die „Berichtigung“ der früheren

Bilanzen für die zurückliegenden Geschäftsjahre genehmigt, auch die auf der Tagesordnung stehende „Bilanz des Hauptmanns Grabenstein in den Vorstand“ programmäßig vollzogen. Für die Opposition waren nach einheitlichem Beschluß 12 Vertreter anwesend, die im Interesse aller differenzierenden Genossen bei jedem einzelnen Punkt der Tagesordnung durch den Rechtsanwalt Dr. Platau, Lehrer Franke und Müller den abweichenden Standpunkt festlegten und am Schluß der recht tumultuarisch verlaufenden Generalversammlung Proteste zu Protokoll gaben. Den Protesten dieser 12 Vertreter schlossen sich aus der Versammlung noch verschiedene andere Genossenschaftler an. Von der Opposition wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse, inwieweit sie sich gegen die ausgeschiedenen Genossenschaftler richten, ein Schlag ins Wasser seien, da die sogenannten „Berichtigungen“ der früheren Bilanzen in Wahrheit nur neue Unrichtigkeiten in die schon von vornherein falsch aufgestellten Bilanzen hineinbrächten, und daß kein ausgeschiedener Genossenschaftler an die von der Generalversammlung genehmigten Bilanzen gebunden sei.

**Auf den Linien der Straßenbahn Siemens u. Halske** werden bei günstiger Witterung am 1. und 2. Pfingstfeiertage folgende Frühzüge eingestellt werden: 1. Linie Behrenstraße — Treptow ab Hollmannstraße (Ede Lindenstraße) von früh 4.30 Uhr an, ab Behrenstraße von früh 5 Uhr an, in Abständen von 10 Minuten. — 2. Linien Mittelstraße — Pankow — Rieder-Schönhausen ab Pankow, Betriebsbahnhof Damerowstraße, von 4 Uhr an, ab Mittelstraße (Ede Friedrichstraße) von 4.40 Uhr an, in Abständen von 10 Minuten.

**Feuerwehrbericht.** Wegen eines größeren Wohnungsbrandes wurde die Feuerwehr nach der Watzstr. 3 gerufen. Möbel usw. standen dort in Flammen. Der 3. Zug mußte kräftig Wasser geben, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Drei weitere Wohnungsbrände beschäftigten die Wehr in der letzten Nacht in der Pfaffenstraße 73, Bergstr. 2 und Gr. Frankfurterstr. 63, wo Betten, Gardinen, Kleider, Möbel usw. brannten. Heute früh um 4 Uhr hatte der 16. Zug in der Reinickendorferstr. 20d zu tun, wo Kohlen und anderes in einem Keller brannten.

Zu dem Brande im Hause Bergstr. 2 wird uns von einem Bewohner des Hauses mitgeteilt, daß das Feuer gegen 10 Uhr abends ausbrach. Als eine Anzahl Bewohner des Hinterhauses, die schon im Schlafe lagen, durch den Aufbruch erschreckt, halbbeleidet schreien und klagen die Treppe hinabstürzten, drehte plötzlich der Portier das Gas aus, wodurch die Panik erheblich vergrößert wurde. Glücklicherweise ist kein größeres Unglück herbeigeführt worden.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Eine gründliche Absuhr wurde den der Hausbesitzerfraktion angehörenden Schöneberger Stadtverordneten in einer am vergangenen Sonnabend in der Schloßbrauerei stattgefundenen, von nahezu 1000 Beamten besuchten, öffentlichen Versammlung erteilt. Die Redner der Versammlung übten eine scharfe Kritik an dem Treiben der Stadtverordnetenmehrheit, die mit der sogenannten „Unabhängigen Vereinigung“ identisch ist. Ramentlich wandten sie sich gegen die von dieser Seite geübte fortgesetzte Verhinderung der von den städtischen Beamten vorgebrachten Wünsche um Verbesserung ihrer Gehälter. Auch der an der Versammlung teilnehmende, der „Unabhängigen Vereinigung“ angehörende Stadtverordnete Schüler wurde herausgefordert das Wort zu ergreifen. Dieser suchte nur die Beamten von ihrem Vorgehen abzulenken, indem er anführte, daß die „Unabhängige Vereinigung“ ja eigentlich nur gegründet sei, um ein festes Bollwerk gegen das Vordringen der Sozialdemokratie zu schaffen. (NB. Bei anderen Gelegenheiten erklärten die Herren aber wieder, daß sie es mit den Sozialdemokraten gar nicht so böse meinen, sondern nur die radikalen bürgerlichen Stadtverordneten bekämpfen wollen; ganz wie es ihnen in den Kram paßt.) Der Redner suchte den Versammelten auch plausibel zu machen, daß sie weit mehr erreichen, wenn sie sich nur ihnen recht anvertrauen und nicht den nach der Tribüne liebgeliebten Stadtverordneten der Linken. Nach Beendigung seines Klagespieles zog es der Herr dann vor, sofort zu verschwinden, um sich das Anhören der Gegenreden zu ersparen. Die Versammelten nahmen schließlich folgende Resolution einstimmig an: Die Versammlung erkennt in den heutigen Grund- und Bodenverhältnissen mit ihrer schrankenlosen Spekulationsfreiheit der Hauptgrund der ständigen Verteuerung der Wohnungen. Da durch die steigenden Mieten und durch die in den letzten Jahren stattgefundenen erheblichen Preissteigerungen an Rohungsmitteln die wirtschaftliche Lage der Beamten fortgesetzt verschlechtert worden ist, bittet die Versammlung die gesetzgebenden Körperschaften: 1. den Wohnungsgeldzuschuß der Beamten und Lehrer Schönebergs den gestiegenen Mietpreisen entsprechend zu erhöhen; 2. zur Schaffung günstiger Wohnungsverhältnisse eine eingreifende Wohnungsreform durchzuführen, welche die spekulative Verteuerung des Grund und Bodens möglichst verhindert, und welche die natürliche Wertsteigerung des Grund und Bodens durch Einführung der Zuwachssteuer der Gesamtheit nutzbar macht; 3. das dem modernen Städtewesen zuzuwachsende Hausbesitzerprivilegium abzuschaffen. Die Versammlung fordert sämtliche Beamte Schönebergs auf, bei künftigen Abgeordnetenwahlen nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die gesonnen sind, für die drei genannten Forderungen einzutreten. In bezug auf die Schöneberger Verhältnisse fordert die Versammlung alle in Schöneberg wohnhaften Beamten auf, bei künftigen Stadtverordnetenwahlen den Kandidaten der „Unabhängigen Vereinigung“ nicht ihre Stimme zu geben.

Man könnte eigentlich seine Genehmigung darüber aussprechen, daß endlich auch die Beamten eingesehen haben, was sie von der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung zu halten haben, wenn man nicht zu genau wächte, daß es weiter nichts, als ein augenblickliches Wetterleuchten ist. Die Herren von der „Unabhängigen Vereinigung“ können sich beruhigen, bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen wird der größte Teil dieser Beamten genau so wie früher für die bürgerlichen Kandidaten der „Unabhängigen Vereinigung“ stimmen und werden, wenn es sich darum handelt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Partei und Gewerkschaft lautete das Thema, über welches Genosse Nod in der letzten Wahlvereinsversammlung referierte. Ausgehend von der Behandlung dieser Frage auf dem Kölner Parteitag 1893 schilderte Referent das ungeahnte Wachstum der Gewerkschafts- und politischen Organisationen. Des weiteren legt er den engen Zusammenhang der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit dar, die es an sich schon geboten erscheinen läßt, jeden Gewerkschaftsmitglied zum Klassenbewußten Arbeiter zu erziehen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Dämmig, Müller und Gempel, die zum Teil darauf hinwiesen, daß die Zahl der politisch organisierten Genossen noch in keinem Verhältnis zu der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stünde; auch müsse eine viel intensivere Agitation in den Gewerkschaften für die sozialdemokratische Presse entfaltet werden. — Zu der Angelegenheit der Schloßbrauerei gab Genosse Müller eine eingehende Darstellung. Auf Antrag des Genossen Wollermann wurde die Angelegenheit zu näherer Prüfung der Lokalkommission überwiesen und soll in der nächsten Versammlung Bericht darüber erstattet werden. Genosse Müller gab alsdann die Abrechnung des Osterbergnußens. Einer Einnahme von 167,50 M. steht eine Ausgabe von 185,40 M. gegenüber; das Defizit beträgt somit 17,90 M. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß vom städtischen Arbeitsnachweis Arbeitsuchende nach Betrieben geschickt werden, welche ausgleichbar haben; so unter anderem nach den Gasmesserwerken in Mariendorf, in die Buchbindereien Frisch, Wahnstraße, Reuß, Pflanzstr. 107/08 und Pflanzstr. 87. Den im Anstadium stehenden Arbeiterdelegierten wurde aufgegeben, beim Arbeitsnachweis-Vorsitzenden in dieser Sache zu interpellieren.



### Charlottenburg.

Das rätselhafte Verschwinden zweier Schulknaben wird aus Charlottenburg gemeldet. Es handelt sich um den 12jährigen Walter Daumann und den 10jährigen Leonhard Ambos, welche beide in der Kaiserstr. 76 bei den Eltern wohnten. Am Montag vormittag gingen die Knaben von daheim weg, um wie gewöhnlich die Schule in der Suarezstraße zu besuchen. Sie sind jedoch weder dort eingetroffen noch in die elterliche Wohnung zurückgekehrt. Dagegen wurden ihre Schultaschen in der Nähe der Suarezstraße von einem Gärtner aufgefunden. Die Nachforschungen nach dem Verbleib der Verschwindenden waren bisher vergeblich. D. ist 1,30 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen und blaßes Gesicht. Bekleidet war er mit schwarzer Hose, grauer Wulst- und schwarzen Schürstiefeln. Der vermiste A. ist 1,25 Meter groß, hat hellblondes Haar, blaue Augen und frisches rundes Gesicht; er trägt blaue Hose und hellgraues Jackett.

Wenig erbauet von seinen Gästen scheint der Inhaber der „Hohenzollern-Kesselfabrik“, Herr Schmidt, zu sein. Das Lokal ist bekanntlich für moderne Arbeiterorganisationen gesperrt. Der blaue Verein der Arbeiter hat jedoch, wie alljährlich, auch diesmal wieder sein Sommervergnügen in diesem Lokal abgehalten. Nun mögen wohl jene Getreuen des Guten zu viel genossen haben, denn am Schlusse des Vergnügens entspann sich eine anfängliche Keilerei. Der Lokalbestyrer wies hierauf den Gästen, um sein Inventar einigermaßen ganz zu behalten, die Tür. Dieser Vorgang wirkt wieder einmal ein eigenartliches Licht auf die blauen Vereinsbrüder. In modernen Organisationen pflegen solche Szenen einen anderen Verlauf zu nehmen. Würden sich solche Episoden auf Festlichkeiten moderner Arbeiterorganisationen abspielen, die bürgerliche Ortspresse würde sicher sehr schnell davon unterrichten.

### Zempelhof.

In Zempelhof, das in letzter Zeit mehrfach von großen Bränden heimgegriffen worden ist, wurde gestern nachmittag eine Lösungskommission im Beisein des Wägenermeisters Kussch und der Gemeindevorsteher mehrerer Vororte auf dem Hofe der Feuerwache eine neue Patent-Valance-Drehleiter, sogenannt Kaiserdrehleiter der Nürnberger Feuerlöschgeräte- u. Fabrik von G. Ehr. Braun & Co., fertig zum Gebrauch vorgeführt und abgenommen. Wegen der zunehmenden Bekanntheit der Vororte, die bis auf Charlottenburg und Schöneberg sämtlich der Berufsfeuerwehren noch anhängen, müssen die freiwilligen Wehren mehr als bisher Bedacht auf große Schlagfertigkeit und gute Ausrüstung legen. Die Draumische Drehleiter ist nach den Vorschriften der Berliner Bauordnung konstruiert, hat 26 Meter Steighöhe und wird in 80 Sekunden von zwei Mann bequem aufgerichtet. Sie hat neun Eise und sechs Stahlpfähle für Feuerwachen, einen aufgezogenen Schlauchwagen für 200 Meter Schlauch und ist mit Patent-Ruffest-Rollenwagen ausgerüstet. Sie bildet mit ihrer übrigen Ausrüstung bestehend aus Standrohr, Strahlrohren, Sprungtuch, Rauchschugapparaten, Sauerstoffkoffer zur Wiederbelebung von Ersticken usw. ein ausgezeichnetes Gerät für den ersten Angriff und wird deshalb als erstes Fahrzeug ausrücken.

### Königs-Wusterhausen.

Weber die letzte Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede, über welche der „Vorwärts“ bereits berichtet hat, referierte in der letzten Schmiedeverammlung Kollege Wehne. Nach lebhafter Diskussion gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, worin der Generalversammlung zum Vorwurf gemacht wird, daß sie den Erwartungen der Kollegen nicht nur in sehr unvollkommener Weise entsprochen habe. So sei die eingeführte Erwerbslosenunterstützung geeignet, die Organisation vom Wege einer Kampforganisation abzubringen. Es wird ferner dem Vertreter der Generalkommission, dem Genossen Sabath, zum Vorwurf gemacht, daß er sich mit dem Ausspruch: „Er weine den Hilfslosen keine Träne nach“, in Widerspruch mit der Reichstagsfraktion gesetzt habe, die im Reichstage gegen die Erdrosselung der Hilfslosen eingetreten sei.

### Teltow.

Beim Teltow-Kanalbau ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Unglücksfall. Der bei der Firma Steffens u. Köhle angestellte Arbeiter Petermann aus der Knebebedstraße in Rixdorf war am Hafen in Teltow mit mehreren Arbeitern dabei beschäftigt, das Gerüst von einem Drehkran zu entfernen. P., der auf einem Balken oberhalb der Krananlage stand, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte von dem sieben Meter hohen Gerüst auf das Fundament hinunter, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Er wurde, nachdem ihm an Ort und Stelle ein Notverband angelegt worden, mittels Transportwagens nach dem Kreis-Krankenhaus in Wetz übergeführt, wo sich sein Zustand als lebensgefährlich herausstellte.

### Köpenick.

Weber „Geschichtsauffassung und Geschichtslehre“ referierte in der letzten Wahlvereinsversammlung Genosse Schütte. Daraus erfolgte die Auffstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Ergebnissen. Für den Genossen August Köhlig wurde der Restaurateur Genosse August Taudert und für den Genossen Hüpenbeder der Maurerpolier Genosse Karl Bier als Hausbesitzer aufgestellt. In die Lokalkommission wählte die Versammlung an Stelle des Genossen Köhlig den Genossen Lehmann. Dem Parteibericht ist zu entnehmen, daß sieben Genossen eine Anklage schrift erhalten haben, wonach sie am 1. Mai an einem öffentlichen Aufzug teilgenommen haben sollten. In der Versammlung wurde betont, daß ein Genosse, der gleichfalls angeklagt ist, zur Zeit des angeblichen Umzuges bei der Firma Spindler Streikposten gestanden hat. Auf Beschluß der Versammlung erhalten diejenigen „Vorwärts“-Leser, welche Mitglied des Wahlvereins und noch von der Ausperrung betroffen sind, den „Vorwärts“ vom 1. Juni ab gratis. Zum Schluß wurde noch auf das vom Gewerkschaftsartell arrangierte Festkonzert zum ersten Feiertag aufmerksam gemacht. Da der Ueberblick desselben für die Ausgesperrten bestimmt ist, wurde zu reger Beteiligung aufgefordert.

## Gerichts-Zeitung.

### Liebesgefühle eines Amtsrichters vor dem Reichsgericht.

Der im Jahre 1886 an das Amtsgericht in Pasewalk i. P. versetzte Amtsrichter Ernst Henning lernte einen Dr. med. Weiterer (oder Pfeiffer), der sich im Jahre 1899 dort als Arzt niederließ, kennen und freundete sich ihm innig an. Die Freundschaft blieb auch noch bestehen, als der Doktor einige Zeit später sich mit einer jungen hübschen Dame verheiratete. Sehr bald übertrug Henning die Freundschaft auf die Gattin des Arztes, und inniger als dies dem Ehemann gegenüber möglich war. Schließlich führten eigenartige Liebesbeteuerungen des

Herrn Amtsrichters am 15. September 1906 zu seiner Verurteilung durch das Amtsgericht Stettin — wegen Bedrohung der Frau Doktor mit dem Verbrechen des Totschlages zu 200 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte Henning nun Revision beim Reichsgericht ein, die gestern verhandelt wurde. Aus dem Aktenreferat ging hervor, daß Henning mit Frau Doktor ohne weitere Begleitung auch Bergungsgreifen gemacht hat. So wird gesagt, daß festgestellt sei, daß Henning am 25. Mai 1903 seine Geliebte in einem Chambre-separée in Berlin geliebt, ihren Busen entblößt habe usw. Daß die Frau Doktor oft erben muß, erfährt die Frau Doktor im September 1903. Henning ging am 7. September zu dem mit ihm noch immer befreundeten Ehemann der Frau Doktor, um sich ein ärztliches Zeugnis über seine „Kerzbarkeit“ ausstellen zu lassen, womit er sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen längeren Urlaub verschaffen wollte. Statt des Arztes traf er dessen Frau allein an. P. versuchte nun, daß sie ihm während seiner Abwesenheit abtrünnig werden könnte und sagte zu ihr, indem er mit einer von der Wand genommenen Pistole spielte: „Komm ich krank zurück und ich sehe, daß Du mir Dein Spiel mit mir getrieben hättest, wäre es nicht unmöglich, daß wir die Todesstrafe gemeinschaftlich antreten werden!“ Und auf ihre Erwiderung, daß er dem Kinde doch nicht die Mutter rauben würde, antwortete er: „Ich würde es mir noch überlegen, ob ich das Kind nicht auch noch mitnehmen würde.“ Die Pistole nach der Geliebten richtend, meinte er schließlich, daß das Erschießen gar nicht weit tue.

Vor dieser Art Liebesbeteuerung graute es der Frau Kerstin nun aber doch. Staatsanwalt und Gericht wurden in Bewegung gesetzt. Sie erschlichen in der durch Pistole und Hinweis auf eine Reise in das Land, von dem keine Rückkehr möglich, bekräftigten Zuneigung eine strafbare Bedrohung mit einem Verbrechen. Mit 200 M., wie erwähnt, kam der Amtsrichter davon. Trotzdem die Strafsache kaum die Höhe der Reisekosten für die Chambre-separée-Reise erreichte, legte der Amtsrichter gegen das Urteil Revision ein. In seiner Revisionschrift meinte er, daß er nur Scherz gemacht habe; im übrigen will er sich in einem solch nervös krankhaften Zustande befinden haben, daß er nicht mehr Herr seines Willens war. Dies war aber durch das bei den Akten befindliche Attest des Kreisarztes widerlegt. Das Reichsgericht schloß sich der Vorinstanz an und verwarf die Revision.

## Versammlungen.

**Abspaltung der Berliner Kohrleger vom Metallarbeiter-Verband.** Die Versammlung der Kohrleger und Helfer hielt am Mittwoch in Keller's Saal eine von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung ab, in der die Entscheidung darüber getroffen werden sollte, ob die Kohrleger infolge ihrer Differenzen mit der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes die Mitgliedschaft im Verbande aufgeben und eine neue Organisation gründen wollten oder nicht. Zu der Versammlung waren auch mehrere Mitglieder der Ortsverwaltung erschienen, von denen Ramsdorf als erster Redner das Wort erhielt. Auch er ist der Ansicht, daß die Differenzen zur Hauptsache auf die persönliche Gegnerschaft des jetzigen ersten Bevollmächtigten Cohen und des früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenhal zurückzuführen sind. Er glaubt aber, daß diese Differenzen nicht so schwerwiegender Natur seien, als daß sie nicht wieder überbrückt werden könnten. Wenn die Kohrleger trotzdem die Abtrennung vom Verband beabsichtigen, so treffe die Schuld hieran vor allem Wiesenhal. Bereits vor Wiesenhal habe Wiesenhal ihm in einem Privatgespräch erklärt, wenn er, Wiesenhal, in seiner Ausschlußsache vom Verband nicht sein Recht beläume, dann würde er einen neuen Metallarbeiter-Verband gründen. Damals habe Redner jene Worte nur als eine im Wergez hingeworfene Bemerkung betrachtet, die er nicht ernst genommen habe. Nun er aber sehe, was gespielt werde, müsse er Wiesenhal's Verhalten geradezu als einen Verrat an der Arbeiterschaft bezeichnen. Redner warnte schließlich vor der Abspaltung und mit seinen Ermahnungen jedoch so gut wie gar keinen Anklang. Wiesenhal ging nun seinerseits ausführlich auf die Ursachen und die Weiterentwicklung des Konflikts bis zu seiner jetzigen Schärfe ein, wobei er unter heftigen Angriffen gegen den Bevollmächtigten Cohen gleichzeitig eine äußerst scharfe Kritik an der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes übte. Unter der „Gehässigen Mißwirtschaft“ sei das Geld der Organisation in geradezu unverantwortlicher Weise „verpulvert“ worden, denn die Gehässige Streiktaktik habe eine Niederlage nach der anderen zur Folge gehabt. Cohen habe nur unter ständigen Kämpfen in der Ortsverwaltung und mit Anwendung von Unwahrheiten seine Herrschaft in Berlin aufrecht erhalten. Die Weisheit der Ortsverwaltung aber sei nicht Manns genug gewesen, trotz einiger Anläufe, dieser Mißwirtschaft energisch ein Ende zu machen. Immer sei im angeblichen Interesse der Organisation vertuscht und verschwiegen worden. So habe denn ein Fehler den anderen und eine Ungerechtigkeit die andere nach sich gezogen, unter denen sowohl er persönlich wie schließlich auch die Agitationskommission der Kohrleger mitsamt der ganzen Versammlung zu leiden hatte. Es sei alles getan worden, um es nicht zum äußersten kommen zu lassen. Doch die Ortsverwaltung habe sich auf ihre Macht versteift und Unrecht auf Unrecht gehäuft. Da Recht im Deutschen Metallarbeiterverbande nicht mehr zu erhalten sei, so empfehle er auch die Abtrennung vom Verband und Gründung einer neuen Organisation. So sehr er auch ein Befürworter der Einheitsorganisation sei, so sage er doch: Einigkeit und Freiheit müßten zusammenwohnen. Das sei im Metallarbeiterverband aber leider nicht der Fall. Deshalb seien die Kohrleger gezwungen, so lange ihre eigenen Wege zu gehen, bis die Verhältnisse im Metallarbeiter-Verband erst wieder gesundet seien. Dann werde sich auch wieder über eine erneute Vereinigung reden lassen. (Stürmischer Beifall.) Die meisten Disziplinardredner stimmten den Ausführungen Wiesenhal's vollinhaltlich zu und richteten auch ihrerseits die heftigsten Angriffe gegen den Bevollmächtigten Cohen. Eine Besserung der Verhältnisse erwarten sie nur mit der Abdankung Cohens. Bächner warnte hierauf nochmals dringend vor der Abspaltung und empfahl, die Entscheidung zu vertagen; vielleicht finde der Hauptvorstand einen Weg zur Verständigung. Dem Redner wurde jedoch zugeteilt, der Hauptvorstand sei nicht besser wie die Berliner Ortsverwaltung. — Es kam sodann zur namentlichen Abstimmung. An derselben durften sich nur diejenigen Kohrleger und Helfer beteiligen, die ihr Verbandsbuch bei sich hatten. Das Resultat war, daß 840 für den Austritt aus dem Metallarbeiter-Verband und Gründung einer neuen Organisation stimmten und 66 dagegen; 47 Stimmen waren ungültig. Damit war die Abspaltung vollzogen. Um 1/2 Uhr nachts wurde die Versammlung geschlossen.

## Vermischtes.

Eine furchtbare Explosion setzte gestern vormittag 11 Uhr die Bewohner von Herbschthal in große Aufregung. In dem Güterschuppen des nur 150 Meter von der Grenze entfernten belgischen Bahnhofes Weldenraedt war eine mit etwa tausend Dynamitkapseln gefüllte Kiste explodiert. In einem Augenblick stand das ganze etwa 100 Quadratmeter umfassende Gebäude in heller Flamme. In der Nähe des Schuppens lagen viele Häuser mit Schießpulver, die in Sicherheit gebracht werden konnten. In kurzer Zeit war das ganze Gebäude eingestürzt. Bisher wurden drei Tote aus den Trümmern hervorgezogen.

Starke Gewitter, anhaltende Regengüsse und heftiger Hagel haben auch gestern in Schlesien bedeutende Schäden angerichtet. Durch das vorgestrige Hagelgewitter wurden im Nordwesten, Norden und Nordosten des Kreises Koßchütz bis zu 75 h. d. der Feldfrüchte vernichtet. In Neu-Wezinka wurde der Hausbesitzer Schwoigott, bei Weutchen ein Bergmann aus Wilsenhain und bei der Feldarbeit zwischen Wilsenhain und Heidersdorf eine Arbeiterin Schicksale aus Heidersdorf vom Wlig erschlagen. Vier andere Arbeiterinnen wurden so betäubt, daß sie noch trant darniederliegen.

Fele- und Diskantierklub „Norden“. Sitzung heute, Freitag, abend 8 1/2 Uhr bei Herrn, Ellabethstraße 18. Gäste willkommen.  
 Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Bromberg-Stadt und Land. Sitzung am Freitag, den 1. Juni, bei Ostrowski, Schillingstr. 24.

## Briefkasten der Redaktion.

§. 13. Sie sind alimentationspflichtig und haben, soweit ersichtlich, keinen Scheidungsgrund. — C. P. C. 99. Jede Polizeiverwaltung nennt Ihnen die Nummer und den Preis. — Wetteude 1000. Zu keinem. — Kind. 1, 2, 3, 4. Rein. 2. Ja. — G. G. 600. Sie können die Hinsen in voller Höhe pflanzen. — S. S. 110. Am 1. Januar 1891. — C. T. 108. Der Offenbarungseid kann durch Haft erzwungen werden. Der Gläubiger hat für die Verhaftung 15 M. und allmonatlich 25 M. Haftkosten vorzuschlagen. Der Schuldner hat durch Leistung des Offenbarungseides seinen Rechtteil. — Curt 100. Wenige Wochen oder Monate: Sie müßten das Erforderliche durch den Rechtsbeistand des Kindes herbeiführen. — H. B. Sind Sie verheiratet, so wird wohl das Gesamte für unpfändbar erachtet werden, sonst wären etwa Sofa, Schrank und zwei Stühle pfändbar. — H. B. 11. Verführung liegt nicht vor. Die vierjährige Frist ist anwendbar. — G. D. 81. Verleihen. — Pianofabrik. 1. Rein. 2. Koch keine: die Verhandlungen schweben noch. — Reumesser. 1. 1882, 1888 und 1893. 2. Somet und erimatio 1897. — D. C. W. Rein. — Rauffir. 6. Tragen Sie die Voraussetzungen eines bestimmten Falles in der juristischen Sprechweise oder schriftlich vor, dann wird Ihnen Antwort erteilt. Die Mitteilung allgemeiner Vorschriften verbietet schon die Raumräuschler. — S. S. 11. In Neubrück ist Wilhelm Lehmann, in Hennigsdorf Brose und Rud. Lehmann frei. Dasselbe belagt Ihnen ein Bild in die Lokalfiste. — R. 300. 1. Rein. 2. Bestrafung (Geld- oder Freiheitsstrafe) kann nur eintreten, wenn das Vorliegen einer Fahrlässigkeit behauptet wurde. — A. 1. 1. Die Vorschriften des alten Vertrages sind maßgebend. 2. Der Vater und die Schwester erben. Sie können bei dem Amtsgericht für Voten nachtragsgewisser beantragen, falls Sie nicht eine Einigung erreichen. — Anfrage. Ein Mädchen bedarf von dem zurückgelegten 21. Lebensjahre ab der Einwilligung des Vaters, der Mutter oder des Vormundes zur Heirat nicht mehr. Die einem jüngeren Mädchen vom Vater oder der Mutter verweigerte Genehmigung läßt sich gerichtlich nur dann ergreifen, wenn das Mädchen für großjährig erklärt ist. — R. G. 42. 1. Die Eltern hatten nicht. 2. Ja. 3. Verschleppung Ihrer Heimatsbehörde, daß nach österreichischem Gesetz Ihrer Heirat nichts entgegensteht. Wenden Sie sich an Ihre Volkshaus.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der k. k. Reichlichen Markthallen-Direktion. Rundfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ia 54—64, IIIa 50—53, IVa 44—49, engl. Rindfleisch 65—75, bän. Bullen 0,00, hell. Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 85—90, IIIa 70—80, IIIa 56—68, Sammelfleisch Ia 68—78, IIa 60—66, Schweinefleisch 55—63, Rindfleisch per Stk. 0,40—0,84, Hühner, alte, Stk. 1,65—3,15, Junge, per Stk. 0,45—0,87, Tauben, Junge 0,25—0,58, alte 0,00, Enten, prima, per Stk. 1,00—2,25, Hamburger, Junge, per Stk. 2,20 bis 3,25, Gänse, Junge, per Pfd. 0,70—0,78, per Stk. 3,00—6,00, Gänse 105—113, Schafe 113—123, Biele 55—65, Wale, groß 110—115, mittel 105—112, klein 50—73, unrot. 77—87, Wölven 0,00, Färsen, domm. I. P. Schaf 3,00—6,00, Kieler, Selge Ia 4—6, do. mittel, per Rste 2—4, do. klein, per Rste 0,00, Wädlinge, holl. per Ball 0,00, Kieler 1,50—3,50, Straß. 3,00—3,50, Wale, groß, p. Pfd. 1,10—1,20, mittel 0,80—1,00, II. 0,50 bis 0,70, Sprotten, Kieler, 2 Ball 0,00, Sib. per Rste 0,00, Sardellen, 1902er, per Kiste 70,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00, Schottische Seelische 1905 0,00, largo 40—44, full 30—33, mod. 33—35, deutsche 37—41, Herings, neue Rastles, per 1/2, Ia. 60—120, Summern, Ia. 100 Pfd. 0,00, Rastles, per Schof, große 34,50, mittlere 16,00, kleine 0,00—0,00, unsortiert 11,00—15,50, Eier, Land, per Schof 3,20—3,30, frische 0,00, Butter per 100 Pfund, Ia 112—116, IIa 108—112, IIIa 104—108, abfallende 100—104, Saure Curden, Schof 3,50—4 M., Pfeffergurken 3,50—4 M., Kartoffeln per 100 Pfd. magna, holl. 2,10—2,25, rote Daberliche 2,00—2,20, trunde weiße 1,80—2,00, Ralla 0,00, Sommer-Ralla 11—12, franz. 15—17, ital. 9—11, ungar. 8,00, Spinat, per 100 Pfd. 10—15, Karotten 10—15, Koberrüben, per 100 Pfund 3—4, Kohlrabi, per Schof 1,00 bis 1,75, Rettig, holl., per Schof 2,40—4,80, Rhabarber, Hamb., per 100 Ksp. 3,50—4,00, Berged. 1,50—2,50, Nadieschen, per Schof 0,75, Salat, 100 Ksp. 0,00, Gubener, per Schof 0,50—0,70, Spargel I. per Pfd. 0,30—0,49, II. 0,20—0,35, III. 0,08—0,20, Beeliger I. 0,40—0,58, II. 0,30 bis 0,45, III. 0,15—0,25, Bruchspargel 0,03—0,09, Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70—100, Schoten, Beeliger, per 100 Pfd. 20—22, Rirschen, ital., per 100 Pfd. 35—50, franz. 15—60, Gubener 30—35, Berderische, per Pfd. 0,35—0,40, Erdbeeren, Hefige, per Korb 0,60—2,00, holl., per Pfd. 0,80 bis 1,00, franz., per Pfd. 0,80—0,90, Beeliger, per Korb 1,10—1,25, Dressener, per Pfd. 1,00, Zitronen, Weizina, 800 Stk. 8,00—10,00, 300 Stk. 6,75—9,00, 200 Stk. 6,50—9,00, 420 Stk. Klein 7,00.

### Witterungsübersicht vom 31. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.
Swinemünde	754 B		3 bedekt	13	Sabaranda	759 D		2 wolflig	15
Hamburg	756 B		3 bedekt	11	Petersburg	753 DND		1 bedekt	13
Berlin	756 B		4 bedekt	13	Sibirij	759 BNS		2 bedekt	11
Frankfurt	759 D		2 heiter	15	Usterben	750 BNS		1 wolflig	12
Ranken	760 D		4 bedekt	14	Paris	758 DMS		wolflig	18
Wien	760 B		5 bedekt	15					

### Wetter-Prognose für Freitag, den 1. Juni 1906.

Hiemlich kühl, zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 30. Mai. Elbe bei Kuffig + 0,29 Meter, bei Dresden + 1,10 Meter, bei Radeburg + 1,94 Meter. — Untrui bei Strahfurt + 1,85 Meter. — Oder bei Raibor + 1,06 Meter, bei Dresden Ueberpegel + 5,08 Meter, bei Dresden Unterpegel - 0,74 Meter, bei Frankfurt + 2,22 Meter. — Weichsel bei Graudenz + 2,82 Meter. — Warthe bei Josen - 0,88 Meter.

**Teures Fleisch — billige Seefische!!**

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!  
 Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen  
**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
 Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.  
 Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.  
**Seefisch-Kochbücher gratis.**  
 Verkauf-Niederlagen:  
 Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53  
 (am Moritzplatz). | (im Schloschen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).  
 Vom Mai bis August inkl. bis 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geöffnet.

**Seefische - Volksnahrung!**  
**Gr. Schellfisch** m. Kopf im Ganzen 18 Pl. 25  
**Cabliu** ohne Kopf im Ganzen 23 Pl.  
**Seelachs** mit Kopf im Ganzen 20 Pl.  
**Bratschellfische** 20 Pl.  
**Bratflundern** 3 Pl. 50 Pl.  
 Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Am Sonnabend, den 2. Juni werden auf allen  
Zahlstellen von 7 bis 9 Uhr Beiträge entgegen-  
genommen.

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Der Pfingstfeiertage wegen bleibt das Bureau an  
folgenden Tagen geschlossen:

Sonnabend, den 2. Juni nachmittags;  
Montag, den 4. Juni, den ganzen Tag;  
Dienstag, den 5. Juni, nachmittags.

Der Arbeitsnachweis ist an diesen  
Tagen vollständig geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

# Willners Brauerei-Ausschank, Adolph Schäbler.

Pankow, Berlinerstraße 80-82. 1340L\*

Täglich: **Künstler-Frei-Konzert.**  
Am 1. und 2. Pfingst- **Großes Frühkonzert**  
feiertag: Anfang 5 Uhr morgens. Entree frei!

## Kurz und gut! Für die Hälfte

das Katalogpreises selbst bei Einzelbezug liefern wir Ihnen Alles,  
dadurch kosten Fahrräder A 50, 60, Freilauf A 3 mehr.  
Multiplerzäder 6 Jahr schriftliche Garantie. Laufdecken  
3,90, 4,25, 4,75 schriftliche Garantie. Sattel 1,60. Pumps-  
pumpe 80 g. Konnaue, Achsen etc. zu jedem System,  
stauend billig. Prachtkatalog gratis und portofrei.  
Vertreter auch für nur gelegentlichen Verkauf gesucht. Nebenverdienst.  
Multiplerz-Fahrrad-Industrie Berlin 175, Glitschinerstr. 15.

Kettensarmbänder in echt Silber, von M. 150-8.-  
auch mit reiz. Anhängern in Goldplatt. v. M. 3-15.  
Goldene Glieder- und Kettensarmbänder mit  
Edelsteinen verziert bis 300 M.

**Nur Mk. 10 kostet unsere**  
**Patent-Anker-Remontoir-**  
**Kavalier-Stahl-Uhr**

Nr. 1806,  
Modell 1906

14karat gold. Damenuhr  
mit 6 echten Diamanten  
à Jour gefasst 16 M.

Wir geben  
dieselbe  
30 Tage zur Probe  
und verpflichten uns,  
innerhalb 30 Tagen die  
Uhr anstandslos zurückzu-  
nehmen u. den bezahlten Betrag  
ohne jeden Abzug zurückzahlen,  
wenn dieselbe nicht gefällt oder den  
gestellten Anforderungen nicht entspricht.

Kaufen Sie nur noch fugenlose Trauringe Marke B. & C. Wir haben die technisch vollkommenste mech. Einrichtung für die Fabrikation v. fugenlosen Trauringen am Platze.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche  
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort  
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
zahlen doppelt.

## Verkäufe.

Ein Posten Blüschepflüge mit  
Werkzeugen aus einer Fabrik, nur in  
Größe 175x250 und 200x300 zu  
noch nie dagewesenen Spottpreisen.  
Weihenbergs Teppichhaus, Große  
Frankfurterstraße 125.

Angeschmuckte Gardinen und  
Stores, 1, 2, 3 Fenster, jetzt für die  
Hälfte des früheren Preises. Extra  
große Läden, creme und weiß,  
2,15; 2,85; 3,25 usw. Weihenbergs  
Teppichhaus, Große Frankfurter-  
straße 125.

Zum Ausverkauf: Schlafdecken  
1,75; 1,75; 2,15; 2,65 usw.; imitierte  
Sammetdecken, Wert 7,50 jetzt 3,85.

Blüsch und Tuchportieren, Kell-  
decken 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Schals unter Preis. Tuch-  
decken jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.

Blüschdecken mit Stiefel-  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,35 usw.

Teppichdecken, Gelegenheitskauf,  
Eimilleise, 2,85; 3,65; 4,35; 5,65;  
6,75. Ganzarbeit, 100 breit, 200 lang  
(Wert 10,50), jetzt 5,85. Weihenbergs  
Teppichhaus, Große Frankfurter-  
straße 125.

Abfallteppiche, imitierte Japaner,  
Perles, in allen Größen, werden  
zu Spottpreisen ausverkauft. Möbel-  
stoffe in Wolle und Blüsch,  
Weihenbergs Teppichhaus, Große  
Frankfurterstraße 125.

Gardinen - Versandhaus Fern-  
telemerstraße 11/12 Saiten-Ausnahmeweile  
für Gardinen, Stores, Bett-  
decken, Portieren, Tischdecken. Seite  
enorm billig. 15118\*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit  
glattrotem Auflett, zusammen 10,50,  
nur (Pflandleibe) Andreasstraße acht-  
unddreißig. 15528\*

Kottoja-gestricktes Deckbett, Unter-  
bett, zwei Kissen, 18,00, Andreas-  
straße achtunddreißig. 15538\*

Herrenhüte, Kinderhüte, Stüd  
50 Wienig, Engros-Geschäft Neuer  
Markt 1-2. Laden. 15368\*

Fahrräder, Triebmaschinen, Berg-  
straße 28, Salfingerstraße 40. 15098\*

Hochveredelte Herrenanzüge,  
Sommerpaletots, die aus feinsten  
Wollstoffen gefertigt wurden, 18 bis  
38,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft  
täglich, Sonntags. Deutsches Ver-  
landhaus, Bäckerstraße 68, 1 Trepp.

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue  
und gebrauchte billig Linienstr. 247 I.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,  
wie neu, 45,00. Holz, Blumen-  
straße 38h. 15428\*

Teppiche! (schlechteste) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Brunn, Hackescher  
Markt 4, Bahnhofs Börse. 263/3

Teppichdecken billig Herbst Große  
Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Blusen in jeder Preislage, direkt  
Fabrik, Blumenstraße 9 II. 125/7\*

Kostüme nach Maß, auch bei Stoff-  
zugeben. Gutstehende Schneiderarbeit.  
Blumenstraße 9 II. 124/20\*

Kostüme von 2 Karat an,  
Spezialfabrik, Blumenstraße 9. 125/1\*

Anzüge, Hüten, Schmuckwaren,  
Wäsche, Betten, Gardinen, Teppiche,  
Decken, Sportbillig, Pfandleibhaus,  
Kühnertplatz 7. 15098\*

# Julius Lindenbaum

Ecke der Fruchtstraße. Große Frankfurterstraße 141. Ecke der Fruchtstraße.

## Größtes und ältestes Geschäft im Ostbezirk für Herren- und Knaben-Garderobe.

Spezialität: **Anfertigung nach Maß.**

XXX Für beste und reellste Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meiner seit 1879 bestehenden Firma. XXX

Bezahlung der Arbeitslöhne erfolgt nach dem von mir im vorigen Jahre mit dem Verbands der Schneider und Schneiderinnen vereinbarten Tarif.

## Monats-Garderoben-Haus

# 6 Prinzenstraße 6

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge in getragener, speziell Monats-Garderobe. Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**  
1417L\* Hochbahnstation: Prinzenstraße.



Täglich von 4-8 Uhr nachm.  
findet Probewaschen mit den welt-  
berühmten patentierten Wasch-  
maschinen, Ringmaschinen und  
Waschpulver „Ruhperle“ von dem  
größten Spezial-Fabrik-Geschäft  
der Welt „Karl Kampmann jr.,  
G. m. b. H., Rülheim-Ruhr“  
statt. - Heinrich Lohbed, Berlin  
N., Invalidenstr. Nr. 142, Hof,  
Quergebäude.

NIEGEDRUCHT

Spazierstöcke mit echt silb. 3.- an Goldene Anker-Remontoir-Herrenuhren 60-350 mit 15 Rubin, elegantes Zifferblatt, 3 Jahre Garantie M.

# Belmonte & Co.

Leipziger Str. 35 und Königstrasse 46  
Böke Charlottenstrasse Ecke Hoher Steinweg.

Fabrikation mit elektrischem Kraftbetrieb.  
Gold- und Silber-Walz- und Prägewerk. - Engros-Export nach allen Ländern.

14kar. gold. Herren-Ketton 685/1000 gesetzl. gestemp., solide Panzerform inkl. Fassung, per Gramm M. 2.-. Das Gewicht ist auf jedem Etikett aufgedruckt.

Ring, 14kar. Mattgold, in der Mitte 1 echter Saphir u. a. d. Seiten je 1 echt. Diamant M. 16.-

Ring zum Ausinandernehmen. 14karat. Gold, 685/1000 gesetzlich gestempelt, eine Schlange Mattgold mit echtem Diamant, die andere Glasgold mit echtem Rubin. 25.- M. Auch einzeln zu tragen.

Lange Damen-Uhrkette von 5-300 M.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annehm-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

**Gesucht!**  
**Schlosser u. Klempner,**  
erste Straße, weiße in Bronze-Scham-  
festerantebanten und Treibarbeiten  
bemannert sind, per sofort gesucht.  
**Käpfs & Co., Bremen**  
Grünenstraße 11-12.

**Deutscher Buchhändlerverband**  
(Zahlfelle Berlin).  
Folgende Firmen haben, weil das  
Personal nach der Beendigung der  
Kaufperung nicht räumlich und  
bedingungslos in die Betriebe zurück-  
kehrte, weiter zeitweise erneut aus-  
gesperrt:  
**G. Wübben & Co.,** Bühelm-  
straße 9.  
**H. Sperling,** Friedrichstr. 16.  
**D. Bietstein,** Friedrichstr. 16.  
**Lüderitz & Bauer,** Wauer-  
straße 80.  
**Fritsche-Baumbach,** Söde-  
nberg, Bahnhofsstr.  
**H. Reiss,** Södestr. 107/8.  
**H. Schubert,** Wilhelmstr. 121.  
**C. Hetschke & Co.,** Zimmer-  
straße 94.  
**A. Schoß,** Saitenamerstraße 19.  
**A. Schoß,** Desianerstraße.  
**Schneider & Ziegler,**  
Kühnertstr. 76.  
**Rickmann,** Wilhelmstr. 121.  
**Naucke'sche Buchdruckerei,** Stall-  
hofenstraße 5.  
**Ad. Ludwig,** Elisabeth-Ufer 5/6.  
**Fleck Nachf.,** Södestr. 87.  
**Kammerer,** Kochstr. 67.  
**Werner,** Lindenstraße 3.  
**C. F. Walter,** Wallstr. 16/17.  
**Rich. Gahl,** Chausseest. 26.  
**Agthe,** Wilhelmstr. 119/20.  
**Lotze & Sieler,** Kochstr. 3.  
**Ad. Wittenburg,** Bühelm-  
straße 15.  
**Xaver Külle,** Reichenberger-  
straße 36.  
**Heckendorf,** Reichenberger-  
straße 36.  
**Schreiber & Co.,** Ludowikstr. 7.  
Diese Betriebe sind gesperrt!  
Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt!  
Zugang ist streng fernzuhalten!  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlfelle Rigdort.  
Die Zahlfelle von **Kastner,**  
Wandenerstraße 16, ist wegen  
Diamanten gesperrt. 8611\*

**Vermietungen.**

**Zimmer.**  
Einfach möblierte Stube nach  
vorn, Flureingang, an einzelnen  
Herrn, 15,00, zu vermieten. Nahe  
Jannowitzbrücke, Schillingstraße 1, II.  
bei Gabel. +27

Möbliertes Zimmer für zwei  
Herrn, Polsterstraße 34, 1. Auf-  
gang III, Lehmann. +1

**Schlafstellen.**  
Möblierte Schlafstelle für Herrn  
bei Hinz, Große Straße 6, 1. Ober-  
gebäude 3 Treppen.

Schlafstelle zu vermieten Boy-  
bagenstraße 14/15, vorn IV rechts.

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren  
oder Damen, Elisabethstraße 8,  
vorn II rechts. +141

Freundliche Schlafstelle bei Ger-  
hardt, Reichenbergerstraße 37, vorn I.

**Mietsgesuche.**  
Durchaus ruhiges, sauberes, möb-  
liertes Zimmer, allein, Kosten, zum  
15. 6. oder 1. 7. sucht Herr. Eiferen  
unter „F. 29“ Parteilspedition Rügen-  
straße 24. 21946

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**  
Junger Mann sucht Stellung als  
Kassierer oder Portier. Offerten  
unter H. M. 100, Postamt 17. +27\*

Kinder Einflüchter bietet um  
Arbeits. Stelle werden abgeholt und  
zurückgeführt. H. Gajer, Pulad-  
straße 27. 14658

**Stellenangebote.**  
Botenfrauen finden sofort loh-  
nende und dauernde Beschäftigung.  
Lour Schönebergstraße. Melanien  
Schäferstraße 22. 129/12\*

**Verschiedenes.**

**Kunststofferei** von Frau Kolosch,  
Charlottenburg, Goethestraße 84, I.\*

**Pflandleibe,** Prinzenstraße 63,  
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 14298\*

**Platinabfälle,** altes Gold, Bruch-  
gold, Silber, Gebisse, alte Uhren,  
Blattgold, Nebergold, Stambgold, sowie  
sämtliche gold- und silberhaltigen Ab-  
fälle kauft Goldschmelze Drob,  
Wangelstraße 4, Telefon 4, 6088.

**Wandleibe** Markstraße 27.\*

**Patentanwalt** Wesel, Södestr.  
Krahe 94a. 21725\*

**Möbel,** Kleiderschränke, Sofas,  
Beistellen, reelle Matratzen, Küchen-  
möbel, Sportbillig, Grobpartige Aus-  
wahl. Saalfelds Möbelspeicher, Krau-  
straße 50, kein Laden. 41425

**Damenjackets,** Paletots, Kostüm-  
röcke, hochlegante Reifemuster, teils  
auf Seide, durchweg 8 Mark, Posten  
Steppdecken (Seidenstoff), flatt 8 Mark  
durchweg 3,75. Julius Neumann,  
Welleallanstraße 108. 15078\*

**Hochlegante Herrenanzüge** und  
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40  
Mark. Verkauf Sonnabend und Son-  
ntag. Versandhaus Germania, Unter-  
den Linden 21, Reimefällalen. 15078\*

**Teppiche,** großer Posten mit  
feinen Webeschleim, in verschiedenen  
Mustern Sportbillig, Teppich, Gar-  
dinenhaus Joseph, Rosenhale-  
straße 2, am Tor. 15078\*

**Rähmaschinen,** reell, vorteilhaft,  
ohne Anzahlung, Woche 1,00, ge-  
braucht 12,00. Köpferstr. 60/61,  
Große Frankfurterstraße 43, Preis-  
lauertstraße 59/60. +89\*

**Rähmaschinen,** Jahle bis 15,00,  
wer Teilzahlung kauft oder nach-  
weist. Sämlische Systeme. Woche  
1,00. Postkarte. Brauer, Tücher-  
straße 90. +25\*

**Rähmaschinen,** Lithovers anerkannt  
beste Systeme ohne Anzahlung, fünf-  
jährige Garantie, Reparaturen billig,  
komme Postkarte. Wärfenstraße 67,  
Blücherstraße 5, Adersstraße 111. +21785

**Kinderwagen** 8,00, 12,00 bis 20,00,  
Sportwagen 4,00, 6,00 bis 20,00,  
Kleing. Saitenamerstraße 15. 21796

**20 Jahre** Motor verkauft. Aus-  
kunft Freitag, Großmann, Stralauer-  
straße 7. 21886

**Sichere** Existenz bietet sich, weil  
in Fabrik- und Baugewerbe gelegen,  
für Käufer einer Södeffizitation. Be-  
dingungen günstig, weil Brauerei  
billig. Auskunft Rügenstraße 24,  
Expedition. +95\*

**Metallbetten,** komplett, elegant,  
45,00, hochfeines Blüschlo 40,00,  
bidere Möbel dringend, jeden Preis  
Landsbergerstraße 42 II. 21755

**Möbel** kauft man am billigsten  
und am besten nur Kalkanten-Allee 56,  
am Weinbergsweg. Teils größte  
Kustochl Bekant reell. Eigene  
Möbelpolstererei. 21875

**Pinoletum,** Tapeten, Kette, Ge-  
legensbetten. Müller, Große Fran-  
furterstraße 45/46. +27\*

**Zwei** Damenhemden mit Hand-  
tücher 3,90, Herrenhemden, Viertel-  
bügend 3,50, vollständiger Bettzeug  
3,95, Ausstattungen sowie elegante  
Reifenmuster Sportbillig. Wärfenstraße  
Salomonstraße, Dirksenstraße 21,  
Alexanderplatz. 240/2

**Handwagen,** Sportwagen, Kinder-  
beistellen, gebrauchte, zurückgelehte  
Sportbillig. Schneider, Kurfürsten-  
straße 172. 21765\*

**Gerrenrad,** Henze, Rigdort, Schiller-  
promenade 1. 21778

**Hochlegante** Damenkleider aus  
sämtlichen Stoffen, wenig getragen,  
billig. Engels, Brunnenstraße 3.

**Fahrräder,** verlässige, am billigsten  
Leibhaus, Neue Schönhauserstraße 11.  
(Achtung Hausnummer.) Wunder-  
bare Strahrentreimer und Luxusräder  
überaus billig, säneidige Halb-  
renner, nappeln, 45,00, gebrauchte  
Fahrräder kleinste Preislagen. Weber-  
mann beschläge, Reihhaus, Neue  
Schönhauserstraße 11. 265/20

**Infanterie** veranlagt: Th. Viedt, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann'sche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.,

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den